Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 2, 3. Jg., 4/2016
Im Netz: www.free21.org

Themen:

Gesetz der hybriden Kriegsführung
Eine der signifikantesten strategischen Entwicklungen der USA ▶ SEITE 11

Türkische Hilfe für Daesh
Ein Bericht des russischen Geheimdienstes ▶ SEITE 21

Fukushima ist überall
Interview mit Alex Rosen vom IPPNW ▶ SEITE 27

Uns wird unser Land entzogen
Ein Kommentar von Willy Wimmer ▶ SEITE 30

Wahrheit ist uns nicht zumutbar
Ein Kommentar von Dirk C. Fleck ▶ SEITE 33

Geschäft mit den Staatsschulden
Wer regiert das Geld? von Paul Schreyer ▶ SEITE 40

Wer erhält das globale Finanzsystem am Leben?
Die Helfershelfer der Zentralbanken ▶ SEITE 41

Geld aus dem Nichts – Mythos oder Tatsache?
Recherchen zeigen, dass die Kontroverse dazu über hundert Jahre alt ist ▶ SEITE 43

Das Free21-Prinzip:

Schwerpunkt: Drohnen

MQ-1 Predator (U.S. Air Force photo/Lt Col Leslie Pratt, public domain)

Tötungen ohne Gerichtsurteil und oft auch mit „Kollateralschäden" – wer in der Nähe ist, stirbt mit, Unschuldige inklusive. Viele dieser bewaffneten Drohneneinsätze werden von der in Deutschland gelegenen US-Airbase Ramstein aus gesteuert. Mehr dazu lesen Sie in unserem Schwerpunkt: ▶ SEITE 3–10

Wenn Regierungen lügen und Medien

mitmachen. Das Vertrauen in die Medien ist so gering wie selten zuvor. Man fühlt sich nicht repräsentiert, einseitig informiert, „belogen" sogar. Doch was ist dran an solchen Vorwürfen? Ein Interview mit David Goeßmann ▶ SEITE 17

Blaupause für totalen Krieg

Das neue „Handbuch zum Kriegsrecht" (Law of War Manual) des Pentagon ist im Wesentlichen eine Anleitung, wie man das Völkerrecht und US-Gesetze bricht und Kriegsverbrechen begeht. Ein Artikel von Tom Carter ▶ SEITE 23

Geheimverträge im 1. Weltkrieg

1917 brachte die Veröffentlichung geheimer Verträge das reibungslose Funktionieren der Kriegsmaschine kurzzeitig ins Stocken. Das war die Geburtsstunde moderner Propaganda aus dem Geist der Reklame, so Hermann Ploppa ▶ SEITE 47

Das Zerstörungswerk der USA

Unter dem Banner „Freiheit, Demokratie und Menschenrechte" gegen geopolitische Widersacher ▶ SEITE 13

Friedensfahrt Berlin–Moskau

Geopolitik von unten: Eine Privatinitiative setzt ein Zeichen für Frieden und Völkerverständigung. ▶ SEITE 31

Die dunkle Seite des US-Imperiums

Anmerkungen zur neueren Geschichte von Machtpolitik und Verbrechen, von Mathias Bröckers ▶ SEITE 35

Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 2, 3. Jg., 4/2016 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
Bank: GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21.org funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, dass frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Tommy Hansen

Chefredakteur:
Tommy Hansen

Postanschrift:
Bennigsenstraße 15,1
12159 Berlin

Kontakt:
Telefon: 0152/15 67 38 20
E-Mail: info@free21.org

ViSdPR:
Tommy Hansen
Bennigsenstraße 15
12159 Berlin

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Genug ist **genug**

In den letzten 18 Monaten hat die NATO – oder eher gesagt die USA, die zu drei Viertel die NATO finanziert und somit auch kontrolliert – die größte Aufstockung militärischer Kräfte seit dem Zweiten Weltkrieg entlang der russischen Westgrenze durchgeführt. In Lettland, Litauen und Estland – gleich neben Russland – stationieren die USA Kampftruppen, Panzer und schwere Waffen. US-Ausrüstung sowie US-Munition sind ohne große Aufmerksamkeit auch durch Deutschland nach Osten gebracht worden, alles in Ruhe und Gemütlichkeit – ist ja unser „Partner", wir sind ja die Guten, oder?

Mit Hilfe und Unterstützung der deutschen Bundesregierung, ist die USA gleichzeitig dabei, ihre neuen B61-12-Atombomben auf deutschem Boden zu installieren. Diese neuen taktisch-strategischen Waffen sind in die deutschen Tornado-Jagdbomber integrierbar.

Seit der Wende – und schon lange davor – haben die USA mit Hilfe der CIA (oder umgekehrt) ihren eigenen geheimen Kriegsaufbau durchgeführt. Da geht es um Regime-Changes in nicht USA-freundlichen Ländern, und seit den 50er Jahren gibt es nur wenige Putsche auf dem Planeten ohne Mitwirkung der CIA. Die Veröffentlichung der 3.800 CIA-Geheimdokumente vom „Projekt Aerodynamic" in 2015 belegen, wie die CIA seit 1953 verschiedene nazistische Gruppen in der Ukraine infiltriert und unterstützt hat, um auch dieses Land zu destabilisieren.

Die Ukraine ist nur das letzte Beispiel in einer endlosen Reihe, die zeigt, wie „Der tiefe Staat" – diese einzigartige Symbiose zwischen der Militärindustrie, den Geheimdiensten, der Großfinanz und den mitmachenden Politikern – in den USA die Macht übernommen hat.

Die Friedensnobelpreisträger-Obama-Regierung lässt noch mehr Nuklearwaffen bauen und der amerikanischen Waffenindustrie geht es blendend. Dazu kommen noch die durch die CIA generierten „legalen" und illegalen Waffenexporte.

Auch in den Mittleren Osten hat die USA Tonnen von Waffen und Munition geliefert, und die amerikanischen Waffenexporte in „Entwicklungsländer" haben sich seit 2008 verdoppelt.

Der ganze Mittelosten wird hauptsächlich unter westlichen Waffen begraben, und jede Gruppe, welche zur Destabilisierung – von Al-Qaeda bis ISIS usw. – beiträgt, wird bedient. Neulich ist in Syrien die Lage dermaßen außer Kontrolle geraten, dass Milizen, welche das Pentagon aufgerüstet hatte, gegen solche von der CIA bewaffneten, gekämpft haben. Was machen das Pentagon und die CIA dort überhaupt?

Heute weiß jeder, dass in Polen – einem der europäischen Hinterhöfe der CIA – in geheimen Gefängnissen gefoltert worden ist, wie in Guantanamo und Abu Graib – auch diese Liste ist erweiterbar.

„Hätten die Journalisten ihren Job korrekt erledigt und die Propaganda bezüglich Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen hinterfragt und hätten die Medien die Lügen von George W. Bush und Tony Blair nicht noch verstärkt und nachgeplappert, wäre die Invasion des Irak möglicherweise ausgeblieben und somit hunderttausende Menschen noch heute am Leben." So schrieb mein guter Kollege John Pilger in einem Aufruf an die Welt Ende März 2016.

Und genau das ist unser aktuelles Problem, welches zu der weltweiten gefährlichen und inakzeptablen Lage geführt hat. Die Elite-Journalisten im Westen sind nicht objektiv, sie sind völlig unter Kontrolle und lassen sich manipulieren. Diese NATO-Propagandisten plappern genauso viel nach wie zuvor und ihr Credo ist genau dasselbe: „Wir sind die Guten."

Genug ist genug! Was in der Zwischenzeit jeder Zweite auf der Straße weiß, muss nun endlich im Westen, vor allem aber in der europäischen Presse und bei den europäischen Politikern Gehör finden. Alles andere wäre eine Tragödie.

Tommy Hansen, Chefredakteur free21.org

150 Drohnentote in Somalia und die (völker-)rechtswidrige Arroganz der USA

Am 7. März 2016 kam die Meldung, dass die USA in Somalia 150 Al-Shabaab-Kämpfer bei Luftangriffen getötet haben. Ob es Drohnen waren oder bemannte Kampfflugzeuge, ist umstritten. Die FAZ zum Beispiel stellt das fest und applaudiert in gewisser Weise, weil es ja gegen islamische Terroristen gegangen ist. So einfach ist das nicht. Es kann nicht richtig sein, dass die USA nach Lust und Laune einfach Luftangriffe auf souveräne Staaten fliegen.

von Peter Haisenko

US-Drohnenangriff in Somalia 2014 (Foto: Africanagenda.net)

Seit langer Zeit wird uns mit reißerischen Hollywood-Produktionen suggeriert, dass es völlig normal ist, wenn Bedienstete der USA – Soldaten, FBI oder CIA – in allen Staaten der Welt operieren und Menschen umbringen. Es sind ja immer die Guten, die wie James Bond die Welt vor Bösewichtern retten. Mit Selbstverständlichkeit wird vorgeführt, wie Amerikaner weltweit in Ermittlungen in fremden Ländern die Führung übernehmen und der Fall kann am Ende natürlich nur gelöst werden, weil die omnipotenten Amerikaner den blöden Nicht-Amerikanern zeigen, wie man mit Bösewichtern umzugehen hat, meist unter Missachtung lokaler Gesetzgebung. Niemand beschwert sich darüber, dass dabei jegliches Völkerrecht mit Füßen getreten wird, denn der Weltpolizist rettet ja die Welt.

Permanenter Völkerrechtsbruch – und keiner sagt etwas

Die Realität sieht nicht anders aus. Täglich unterschreibt der US-Präsident die Befehle, aufgrund derer weltweit Menschen von Drohnen ermordet werden, ohne Rücksicht auf irgendein rechtsstaatliches Verfahren. Jetzt mal wieder war Somalia dran. Die US-Luftwaffe fliegt – erst letzte Woche [Anfang März 2016] – Angriffe in Libyen, denen auch Nicht-Libyer zum Opfer fallen. In Syrien bombardiert sie routinemäßig seit einem Jahr was immer ihr zerstörungswürdig erscheint, Seit an Seit mit einer Koalition der Willigen. Die völkerrechtswidrige Zerstörung des Irak und Libyens ist schon Geschichte und darf in öffentlichen Diskussionen nicht als Ursache für die Flüchtlingsströme gebrandmarkt werden. Wofür haben wir überhaupt noch ein Völkerrecht?

Das NATO-Mitglied Türkei schießt mit schweren Waffen auf seinen Nachbarn Syrien, bombardiert in großem Stil die eigene Bevölkerung, die Kurden, unterstützt und bewaffnet den IS. Demonstrationen werden gewaltsam aufgelöst und es gibt keine Pressefreiheit mehr. Was tut der Westen, die NATO-Führung? Nichts! Im Gegenteil wird Erdogans Kalifat von unserer Regierung hofiert und sie lässt sich erpressen. Die NATO handelt mittlerweile ganz offen gegen die 2+4-Verträge, indem sie schwere Waffen durch das Gebiet der ehemaligen DDR transportiert zu einem Aufmarsch gegen Russland. Hat man auch nur ein Wort aus dem Kanzleramt dazu gehört, das diesbezüglich Vertragstreue anmahnt? Fehlanzeige.

Messen mit zweierlei Maßstab

Saudi-Arabien bombardiert den Jemen, zerstört Städte, Altenheime und Krankenhäuser. Völkerrechtswidrig. Hat man irgendeinen Westpolitiker gehört, der auch nur ein mahnendes Wort dazu gesagt hätte? Fehlanzeige. Die USA bombardieren in Kundus gezielt ein Krankenhaus. Die Welt akzeptiert den Hinweis auf ein „Versehen“, fordert nicht einmal eine Entschuldigung. Ich muss leider feststellen: Das Völkerrecht existiert nur noch dann, wenn es gegen erklärte „Feinde“ der USA instrumentalisiert werden kann. Dann müssen selbstverständlich Sanktionen verhängt werden, die aber in der Regel nur so sein dürfen, dass sie den USA selbst keinen Schaden zufügen. Abgesehen davon, dass sich die USA selbst an ihre eigenen Sanktionen nicht halten, wann immer es ihnen passt.

(Foto: Bureau of Investagive Journalism)

Nun stelle man sich vor, was passieren würde, wenn China, Russland oder der Iran auch nur ansatzweise ähnlich handelten wie oben beschrieben. Halt, da muss man nur in die Geschichte blicken: Kubakrise. Das wurde sofort als Anlass für einen Dritten Weltkrieg hochstilisiert. Was aber auch damals bereits falsch dargestellt wurde, ist die Rolle der Türkei. Der Auslöser für die Kubakrise waren die USA. Sie haben Raketen in der Türkei stationiert, die wegen der Nähe zur Sowjetunion das Gleichgewicht massiv gestört haben. Chruschtschows Aktionen in Kuba waren nur eine Reaktion darauf. Aber bereits diese Krise hat gezeigt, dass Washington nur dann bereit ist, sich an Völkerrecht oder Verträge zu halten, wenn sie unter massiven Druck geraten und bis heute ist das nicht anders – siehe die Entwicklung in Syrien.

Wo sind die berühmten „westlichen Werte“ geblieben?

Enthauptungen nach Scharia-Recht werden bei uns als besonders grausam dargestellt. Aber stelle sich doch jeder einmal selbst die Frage, ob es nicht wesentlich grausamer ist, ein Todesurteil mit der Giftspritze zu vollstrecken und dann ein derart untaugliches Gift zu verwenden, das den Delinquenten nach zwei Stunden härtesten Leidens am Herzinfarkt elendiglich verenden lässt – wie in den USA geschehen? Oder man versetze sich gedanklich in die Situation, ohne Anklage oder Prozess in einem Käfig eingesperrt zu sein, länger als zehn Jahre, ohne auch nur einen Hauch von Privatsphäre, dafür aber mit täglicher Folter und ohne die Aussicht, dass das jemals enden wird: Guantanamo! Ich für mich kann da nur sagen, ich würde eine sofortige Enthauptung vorziehen. Aber selbst der Tod durch Nahrungsverweigerung (Hungerstreik) wird den Insassen von Guantanamo versagt. Oder das Leben in Afghanistan, Jemen oder eben Somalia, wo man mit der täglichen Gefahr leben muss, jederzeit von einer Drohne ausgelöscht zu werden, wo Unschuldige zu „Kollateralschäden“ werden.

Erdogans Türkei tritt unsere „westlichen Werte“ mit Füßen und steht damit dicht hinter den USA. Wo bitte, sind da noch irgendwelche „westlichen Werte“ erkennbar? Und Merkel schweigt dazu, hofiert die Türkei und kriegt ihre Nase keinen Zentimeter hoch aus ihrem Kotau gegenüber Washington.

Sanktionen gegen Iran, weil man ihm nicht glauben will, dass er sich an die Verträge hält, die er unterschrieben hat – den Atomwaffensperrvertrag. Nach Völkerrecht befindet sich Iran im selben Zustand wie Deutschland. Beide haben sich verpflichtet, keine Atomwaffen zu bauen und beide könnten es. Iran beteuert, das nicht tun zu wollen und hat sich bislang an alle Verträge gehalten. Ist es nicht so, dass ein notorischer Lügner immer glaubt, alle anderen würden genauso lügen wie er selbst? So lügen, wie es die USA andauernd tun? In welchem Paralleluniversum muss man leben, den USA überhaupt noch etwas zu glauben? Dafür aber allen anderen Unredlichkeit und Lügen vorzuwerfen, die ihre Verträge alle eingehalten haben? Wie Russland, Iran, Syrien, Libyen und China.

Erst Russlands Eingreifen brachte Hoffnung für Syrien

Die USA haben sich im Laufe des 20. Jahrhunderts eine immer frechere Chuzpe zugelegt. Sie brechen fortlaufend internationales Recht, geben ihre Pläne offen bekannt, wie sie Staaten destabilisieren und zerstören wollen – und genau diesen Teil, die Wahrheit nämlich, will ihnen niemand glauben. Vielleicht, weil es derart monströs ist, dass sich ein gesundes Gehirn weigert, glauben zu wollen, dass sich irgend jemand derart menschenverachtende Pläne ausdenken kann und sie auch noch ausführt? Es ist die nackte Realität, dass es die USA sind, die während der letzten 70 Jahre Millionen Tonnen Bomben auf neutrale Staaten (Laos, Kambodscha, Libyen und Mittelamerika) abgeworfen, Millionen Leichen produziert und Dutzende Staaten ins Chaos geschickt haben. Im Namen und Auftrag der USA werden bis heute täglich Menschen mit Drohnen ermordet, Terroristen bewaffnet, Söldner ausgebildet und in alle Welt geschickt, um ihr mörderisches Handwerk zu vollbringen.

Gerade in Syrien wird unübersehbar, dass es tatsächlich Russland ist, das „unsere“ westlichen Werte verteidigt und den Menschen dort wieder Hoffnung schenkt. Es ist Russland, das einen Genozid in der Ostukraine verhindert. Es ist Russland, das dem Kalif von Ankara die Stirn bietet und das effektiv. Es ist Russland, das die Versorgungswege aus der Türkei für die Terroristen in Syrien abschneidet und so weiteres Morden reduziert. Und es ist Russland, das dafür mit Sanktionen gequält wird. Und es ist Frau Merkel, die gegen alle Widerstände diese Sanktionen weiterhin durchsetzt.

Legte man dieselben Maßstäbe, die für Russland gelten, an die Türkei, die USA oder an die Kiew-Regierung, dann hätten schon längst massivste Sanktionen gegen diese Verbrecherstaaten verhängt werden müssen. Aber wenn die USA in Somalia angeblich nur Terroristen totbomben, dann wird das nicht einmal ansatzweise hinterfragt in der Weise, wie auf sämtliche Aktionen Russlands in Syrien reagiert wird. Wer will denn ernsthaft glauben, dass bei diesem US-Angriff keine Zivilisten oder Kinder als Kollateralschäden ihr Leben lassen mussten? Ach ja, wir sind die Guten und schicken mit den Bomben ja nur die Segnungen der Demokratie. Demokratie, Ausbeutung, Hoffnungslosigkeit und jede Menge neuer Flüchtlinge. Ja, wie eben in Erdogans Kalifat, in dem die Pressefreiheit und Menschenrechte abgeschafft worden sind und mit dem Krieg gegen die Kurden immer neue Flüchtlinge produziert werden, die jetzt auch noch visafrei nach Europa kommen sollen, wenn Frau Merkel auch in dieser Hinsicht Erdogan weiterhin alles durchgehen lässt. Ich fürchte, Frau Merkel gehört in die Psychiatrie. Sie leidet entweder an einer kognitiven Dissonanz oder sie verfolgt einen wirklich teuflischen Plan an der Seite Washingtons. Den höchsten Orden der USA hat sie ja schon bekommen.

Autor:

Peter Haisenko

Peter Haisenko, Verkehrspilot für 30 Jahre, seit 2004 als Autor und Journalist tätig, hat in den letzten Jahren etwa 300 Artikel veröffentlicht mit Schwerpunkten Wirtschaft, Historie, Politik und Luftfahrt.

www.anderweltonline.com

Dieser Text wurde zuerst am 9. März 2016 auf AnderweltOnline unter der URL ‹http://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-2016/150-drohnentote-in-somalia-und-die-voelker-rechtswidrige-arroganz-der-usa/› veröffentlicht (Lizenz: AnderweltOnline)

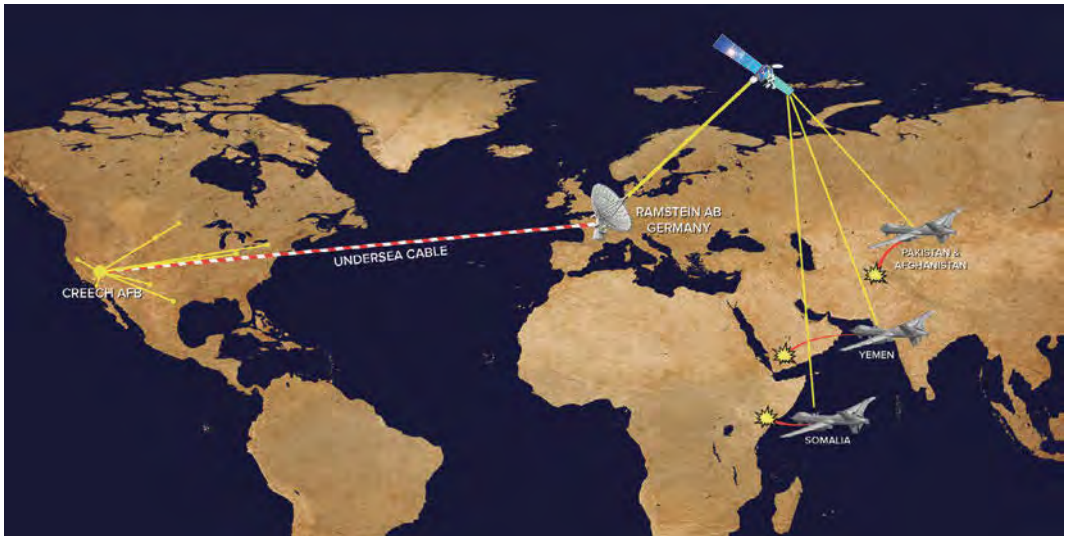
‹http://www.free21.org/?p=21648›

Publiziert auf Free21 am 21.03.2016, 13:23 Uhr, von Peter Haisenko auf AnderweltOnline, Lizenz: AnderweltOnline

„Alles was mit **Drohnen** zu tun hat, **läuft über Ramstein**“

Eingeladen vom Disruption Network Lab sprach der ehemalige US-Drohnenpilot Brandon Bryant in Berlin. In seinem Vortrag erläuterte der Veteran was der 1.626-fache Mord an Menschen für ihn bedeutet, welche Konsequenzen er seit seinem Ausstieg aus der Armee gezogen hat und wie der Drohnenkrieg vor allem über das rheinland-pfälzische Ramstein organisiert wird. Neu veröffentliche Dokumente der Enthüllungsplattform „The Intercept“ um den britischen Journalisten Glenn Greenwald stützen diese Aussagen.

von Florian Hauschild



Brandon Bryant wollte schon immer ein Held sein, schon als kleines Kind glaubte er an den Ehrenkodex des Kriegers. Auch heute ist Bryant kein Pazifist, ist sich aber sicher, Krieg müsse, wenn er denn nötig ist, so geführt werden, dass dabei verhindert wird, dass er außer Kontrolle gerät. Das Ringen auf Augenhöhe schaffe Intimität und sogar eine gewisse Verbundenheit zwischen den Kombattanten, die abnimmt je mehr der technische Fortschritt dafür sorgt, dass der Kampf immer mehr aus der Distanz geführt wird. Mit der Erfindung von Handfeuerwaffen und später der Artillerie wurde ein Weg eingeschritten, der für den US-Amerikaner immer weniger mit dem klassischen Weg des Kriegers zu tun hat und dessen kulturimmanente Regeln und Kodizes immer mehr in Vergessenheit geraten lässt. Den gegenwärtigen Höhepunkt dieser Entwicklung sieht Bryant in der Durchführung moderner Drohnenkriege, wie sie von der US-Regierung seit Barack Obamas Amtsantritt umfangreich ausgeweitet wurden und, auch mit Deckung der deutschen Bundesregierung, vor allem vom Militärstützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein koordiniert werden.

Brandon Bryant war von 2005 bis 2011 Drohnenpilot der US-Streitkräfte und tötete während dieser Zeit per Knopfdruck 1.626 Menschen. Heute sagt er:

„Mein Land hat mich zu einem Mörder gemacht. Ich wollte ein Held sein, aber eine Drohne zu bedienen gab mir das Gefühl ein Feigling zu sein.“

Er bezeichnet diese Erkenntnis als das schlimmste Gefühl, dass er jemals hatte und unterstreicht: „Es riss mir die Seele aus dem Leib.“

Bryant sprach vor dem mit rund 150 Besuchern bis auf den letzten Platz gefüllten Kunstraum Bethanien in Berlin. Geladen hatte das von Tatiana Bazzichelli, Daniela Silversterin und Kim Voss neu gegründete Initiative Disruption Network Lab. In einer sechsteiligen Veranstaltungsreihe, die sich bis Ende des Jahres erstreckt, will die Plattform einen Dialog über Technologie führen. Technologie, so Kuratorin Bazzichelli in ihrer Eröffnungsrede, ist eigentlich erst einmal neutral. Es komme jedoch darauf an, wie der Mensch sie nutzt. Eine Erkenntnis, die sicher schon seit der Erfindung des Hammers gilt, mit dem einem Menschen entweder der Kopf eingeschlagen werden kann, oder der genutzt werden kann um einen Nagel in eine Wand zu schlagen um daran ein schönes Bild aufzuhängen.

Zwischen der Dichotomie von Gebrauch und Missbrauch technologischen Fortschritts will das Disruption Network Lab einen Korridor schaffen, in dem mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Kunst und Multi-Media-Inhalten Antworten auf diese Fragen gefunden werden können. Wie der Name des Zukunftslabors vermuten lässt, geht es dabei nicht um die Verbreitung von Katastrophismus und Endzeitstimmung. Es geht eher um den Bruch, die Diskontinuität, eben die Disruption, möglicher Entwicklungen und ihrer Bedeutung für die menschliche Zivilisation. Also die großen Fragen der Zukunft.

Das Disruption Network Lab sieht sich als Freifläche auf der Künstler, Hacker, Netzwerke, kritische Denker und Unternehmer in einen gemeinsamen Dialog über Technologie und ihrer künftigen Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft - aber auch Krieg - treten können.

Die Event-Reihe beginnt mit dem Thema Drohnen. Eine Technologie, die durchaus auch dem Gemeinwohl dienlich sein kann. Sei es für spektakuläre Filmaufnahmen, zivilen Warentransport oder als technische Spielerei. In Brandon Byrants Rede offenbart sich jedoch zunächst das destruktive Potential dieser Technologie, die nicht nur das Leben des ehemaligen Drohnenpiloten grundlegend veränderte, sondern vor allem viele Menschenleben kostete.

Byrant beginnt seine Rede mit mit einem Dank an Edward Snowden und Chelsea Manning, deren Veröffentlichungen streng geheimer Dokumente einen wichtigen Impuls zur Beendigung zu ächtender Regierungspraktiken lieferten und deren Mut weitere Insider, wie ihn selbst, inspirierte und inspirieren wird, ihr Wissen

mit der Öffentlichkeit zu teilen. In Solidarität mit der ehemaligen Angehörigen der US-Streitkräfte und inhaftierten Whistleblowerin Chelsea Manning ist auch das Chelsea Manning Support Network mit einem Stand auf der Veranstaltung vertreten.

Brandon Bryant ist nicht gekommen, um Abbitte zu leisten, nicht um sich zu beklagen oder sich von seiner früheren Tätigkeit freizusprechen und sich zum Opfer zu stilisieren. Der ehemalige Kampfpilot weiß - das wird in seiner Ansprache immer wieder deutlich - welche Bürde auf seinen Schultern liegt und ebenso deutlich ist, dass er sich vollends bewusst darüber ist, dass seine Zeit als Drohnenpilot und die, wie er sagt, Morde, die er beging ihn bis zum Ende seines eigenen Lebens begleiten werden.

Doch Bryant zeigt sich auch ungebrochen, kämpferisch und entschlossen die Hintergründe von Obamas Drohnenkrieg aufzudecken. Mit harten Worten kritisiert er die US-amerikanische Regierung, die alles tue, damit der Drohnenkrieg in der Öffentlichkeit als „sauber" erscheint. Organisiertes Abschlachten und Morden, das man dem amerikanischen Volk vor allem in der wagen Formel „Krieg gegen den Terror" anpreist, und das vor allem in Afghanistan und Pakistan, aber auch in Somalia und Jemen, unzählige Menschenleben, darunter auch die vieler Zivilisten, kostete. „Es ist nicht sauber", so Bryant zu diesem Ansatz.

Auf Nachfrage aus dem Publikum bricht es schließlich aus ihm heraus:

„Alles was mit Drohnen zu tun hat, geht über Ramstein. Sie [die US-amerikanische Regierung] nutzen das Vertrauen der deutschen Regierung und Bevölkerung aus, um einen Krieg zu führen."

Bryants Aussage wird sogleich von einem Diskussionsteilnehmer gestützt. Als ehemaliger Bundeswehrsoldat und Beteiligter an drei Afghanistan-Missionen habe dieser Einblick in die Abläufe des Drohnenkrieges und könne die Angaben bestätigen. Es gehe sogar noch weiter als Ramstein.

„Die wahren Opferzahlen werden vor Medien, Politikern und den Militärs der unteren Ränge abgeschirmt", doch biete die Leakingplattform Wikileaks mittlerweile Daten über das ganze Ausmaß des Drohnenkrieges an. Diese gelte es auszuwerten und die Verantwortlichen in Haftung zu nehmen.

Auch der aktuelle Beitrag „Bündnisse: Der Krieg via Ramstein" auf Spiegel Online widmet sich der Thematik, des völkerrechtswidrigen Drohnenkrieges von deutschem Boden. Der umfangreiche Artikel, der sich vor allem auf Informationen aus dem Jahre 2012 stützt, die die Enthüllungsplattform „The Intercept" um den britischen Journalisten und Snowden-Vertrauten Glenn Greenwald am Freitag veröffentlichte, deckt sich mit Bryants Aussagen und klagt die mutmaßlichen Kriegsverbrechen, gestützt und gedeckt von der deutschen Bundesregierung, an:

Rund 150 Gäste kamen zur Veranstaltung. (Foto: RT Deutsch)

„Die Grafiken dokumentieren, dass praktisch alle Drohnenangriffe der Air Force über Ramstein abgewickelt werden. Mögen die Piloten auf Militärbasen in Nevada, Arizona oder Missouri sitzen, mögen die Ziele der Todeskommandos am Horn von Afrika liegen oder auf der Arabischen Halbinsel: Das Hauptquartier der USAFE in der Pfalz ist fast immer involviert."

[...]

„Das ist schlicht Mord", sagt der Kölner Völkerrechtler Björn Schiffbauer. Die in die Luftwaffeneinsätze eingespannten Air-Force-Leute könnten als mut-

Brandon Bryant in Berlin (Foto: RT Deutsch)

maßliche Mordgehilfen von der Staatsanwaltschaft Zweibrücken und als Kriegsverbrecher vom Generalbundesanwalt verfolgt werden.

„Zumindest soweit es um Kriegsverbrechen geht, können sich die US-Militärs nach herrschender Auffassung auch nicht auf ihre Immunität als Amtswalter einer fremden Staatsmacht berufen. Das deutsche Völkerstrafgesetzbuch ist 2002 eigens in die Welt gesetzt worden, um die Verfolgung von in- wie ausländischen Kriegsverbrechen sicherzustellen. Nun kommt die Bewährungsprobe für das Strafgesetz, das weltweit als vorbildlich gilt."

Die deutsche Bundesregierung bestreitet nach Informationen von Spiegel Online indes, über die zentrale Bedeutung des Luftwaffenstützpunktes Ramstein für den Drohnenkrieg überhaupt Bescheid zu wissen. Spiegel Online:

„Es ist wie seinerzeit in der NSA-Affäre, nachdem der SPIEGEL enthüllt hatte, dass amerikanische Geheimdienste ein Handy der Bundeskanzlerin als Spionageziel führten. Die USA schweigen oder bestreiten, die Deutschen staunen ob solcher Dreistigkeit.

Wahr ist aber auch, dass ein Gutteil der Berliner Ahnungslosigkeit in Sachen Ramstein vorgeschoben ist, wie verschiedene vertrauliche Vermerke der Bundesregierung zeigen, die dem SPIEGEL vorliegen."

Für Brandon Bryant ist derweil klar, dass er alles tun will um seinen Namen - auch vor seinen Nachkommen - nicht bloß mit den von ihn durchgeführten Drohnenmorden in Erinnerung stehen zu lassen. Zusammen mit Wikileaks-Aktivisten, Amnesty International, Fachleuten für nachhaltiges Wirtschaftens und weiteren Gefährten seines neuen Weges baut der ehemalige Drohnenpilot gerade das Projekt „Red Hand" auf.

In der Kurzbeschreibung der Initiative heißt es:

„Wir sind ein Team von Veteranen, Menschenrechtsaktivisten und besorgten Bürgen, die das Ziel haben Korruption zu enthüllen, Wahrheit aufzudecken und zwischenmenschliche Solidarität zu steigern."

An seinem Kindheitswunsch, ein Held sein zu wollen, hält Bryant trotz seiner Vergangenheit fest.

Quellen:

Disruption Network Lab: *<http://www.disruptionlab.org/>*

Project Red Hand: *<http://projectredhand.org/about/>*

The Charles Manning Support Network: *<https://www.chelseamanning.org/>*

Autor:

Florian Hauschild

ist Journalist und Blogger und auch in der Friedensbewegung aktiv. Florian Hauschild arbeitet als Redakteur bei RT Deutsch.

www.rtdeutsch.com
www.twitter.com/f_hauschild

Dieser Text wurde zuerst auf deutsch.rt.com unter der URL <https://deutsch.rt.com/17406/inland/ex-us-drohnenpilot-brandon-byrant-in-berlin-alles-was-mit-drohnen-zu-tun-hat-laeuft-ueber-ramstein/> veröffentlicht (Lizenz: RT Deutsch)

‹http://www.free21.org/?p=21732›

Israels Drohnen von NSA und GCHQ angezapft?

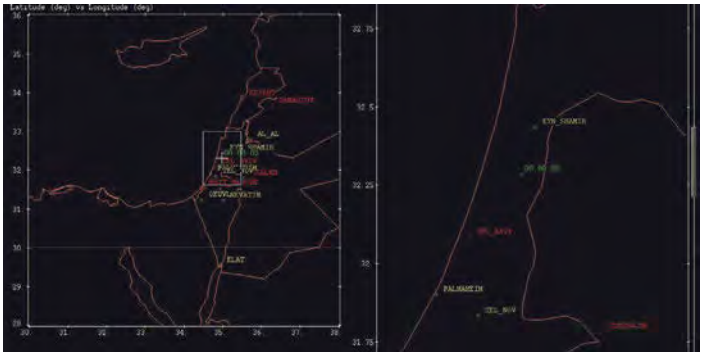
In einem geheimen Programm mit dem Codenamen „Anarchist“ des britischen Government Communications Headquarters (GCHQ) zusammen mit der National Security Agency (NSA) wurden systematisch zielgerichtete israelische Drohnen von einer Bergspitze auf der Mittelmeer Insel Zypern angezapft. Durch den NSA-Dissidenten Edward Snowden geleakte GCHQ-Dateien beinhalten eine Reihe von „Anarchist Snapshots“, Miniaturansichten von Videos von Drohnen-Kameras aufgenommen.

von Gerd R. Rueger

Die IAI Heron Drohne bei einer Ausstellung in Paris 2009 (Foto: Georges Seguin, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0)

US-amerikanische und britische Geheimdienste unter Führung von NSA und GCHQ haben heimlich Video-Feeds aus israelischen Drohnen und Kampfjets angezapft. Es ging um die Überwachung von Militäroperationen im Gazastreifen sowie für einen möglichen Angriff auf den Iran. NSA und GCHQ haben Zugriff auf die Drohnen-Technologie, die Israel in die ganze Welt exportiert -darunter auch die bewaffnete Riesendrohne Heron TP.

In einem geheimen Programm mit dem Codenamen „Anarchist“ des britischen Government Communications Headquarters (GCHQ) zusamme mit der National Security Agency (NSA) wurden systematisch zielgerichtete israelische Drohnen von einer Bergspitze auf der Mittelmeer Insel Zypern angezapft. Durch den NSA-Dissidenten Edward Snowden geleakte GCHQ-Dateien beinhalten eine Reihe von „Anarchist Snapshots“ Miniaturansichten von Videos von Drohnen-Kameras aufgenommen. Die Dateien zeigen auch die Standortdaten sowie die Zuordnung der Flugrouten des Flugzeugs. Amerikanische und britische Dienste machten sich im Wesentlichen die Vogelperspektive der israelischen Drohnen zu Nutze.



(Schirmbild: ‚Spies in the Sky‘ The Intercept)

Mehrere Snapshots, teils zusammengestellt 2009 und 2010, scheinen Drohnen zu zeigen, die Raketenangriffe durchführen. Obwohl sie nicht deutlich genug sind, um völlig schlüssig zu sein, bieten die Bilder seltene visuelle Beweise für Berichte, dass Israel überhaupt Drohnen-Angriffe fliegt -bislang ein offenes Geheimnis, welches die israelische Regierung kaum anerkennen wird.

„There’s a good chance that we are looking at the first images of an armed Israeli drone in the public domain,“ so Chrisblackwater Woods, Autor von „Sudden Justice, a history of drone warfare“, „They’ve gone to extraordinary lengths to suppress information on weaponized drones.“

The Intercept publizierte eine Auswahl von drone snapshots in einem weiteren Artikel. Zusätzlich berichtete 2012 ein GCHQ-Analyst „regular collects of Heron TP carrying weapons,“ bezüglich einer „giant drone“, welche die staatliche Israel Aerospace Industries (IAI) produzierte. (…)

Autor:

Gerd R. Rueger

Jahrgang 1972. Geboren in Frankfurt am Main als Sohn einer Tunesierin und eines dt. Arztes, aufgewachsen in Frankfurt und Tunis. Ausbildung zum Fernmeldetechniker bei der Deutschen Bundespost. Studium der Soziologie, Politik, Geschichte und Kulturwissenschaft in Münster, Berlin und Tunis. Arbeitsgebiete: Orientalistik, Technik- und Medizingeschichte, Power Structure Research, Wissenssoziologie, Netzpolitik, WikiLeaks, Whistleblower. Blogger u.a. bei The Intelligence, Le Bohemien. Buchpublikationen: „Julian Assange -Die Zerstörung von WikiLeaks? Anonymous...“ und „Cholera und Kommunikation“.

https://jasminrevolution.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst auf Jasminrevolution.wordpress.com unter der URL ‹https://jasminrevolution.wordpress.com/2016/01/31/gazakriegiran-israels-drohnen-von-nsa-und-gchq-angezapft/› veröffentlicht (CC). Originalartikel von Cora Currier und Henrik Moltke auf the Intercept: ‹https://theintercept.com/2016/01/28/israeli-drone-feeds-hacked-by-british-and-american-intelligence/›

‹http://www.free21.org/?p=20902›

Leaks: „Neuer Snowden“ veröffentlicht geheime Dokumentensammlung zum Drohnenkrieg der USA

Neu veröffentlichte und bis dato als geheim eingestufte Dokumente zeigen die inneren Abläufe des US-Drohnenkrieges in Somalia und im Jemen auf. In den Papieren, die im Oktober 2015 auf The Intercept publiziert wurden, wird auch beschrieben, wie Verdächtige für Erschießungen ausgewählt und zivile Opfer gezielt verschleiert werden. Es ist der umfangreichste Einblick in das System der US-Drohnenkriege, der bisher den Weg an die Öffentlichkeit fand.

von RT Deutsch

(Foto: U.S. Air Force photo by Lt Col Leslie Pratt, Gemeinfrei)

Die Dokumente wurden am 14.10.2015 auf der Enthüllungsplattform The Intercept um den Snowden-Vertrauten Glenn Greenwald unter dem Titel „The Drone Papers“ veröffentlicht.

Aufgrund der aggressiven Vorgehensweise der US-Regierung gegenüber Whistleblowern, zieht die Quelle es allerdings vor, anonym zu bleiben. Die Leaks umfassen Dokumente, Präsentationen, Bildertafeln und Analysen.

Der anonyme Whistleblower sagt, die US-amerikanische Öffentlichkeit habe ein Recht darauf, über den Prozess, nach dem Menschen auf Todeslisten gelangen und ohne Gerichtsprozess auf Geheiß von Regierungsbeamten erschossen werden, Bescheid zu wissen.

Per Twitter meldete The Intercept, niemals zuvor gab es ein vergleichbares Maß an Leaks zum US-amerikanischen Drohnenkrieg.

Gegenüber der Enthüllungsplattform sagte der Whistleblower auch:

„Der abscheuliche Ausbau von Watchlisten, des Beobachtens von Menschen und diese auf Listen zu setzen, ihnen Nummern oder Baseball-Karten zuzuordnen und sie ohne Angabe von Gründen auf einem globalen Schlachtfeld zum Tode zu verurteilen, war von Anfang an falsch.“

Die Enthüllungen enthalten zwei Pakete von Papieren, die detailliert den US-Drohnenkrieg in Somalia und im Jemen zwischen 2011 und 2013 beschreiben. Durchgeführt wurden die Kriegshandlungen von der geheimen Task Force 48-4. Glenn Greenwald kommentiert:

> „Diese Dokumente belegen, dass die Drohnenmorde zu einer Art Videospiel wurden, losgelöst von jeder Menschlichkeit.“

Zusätzliche Dokumente zu den Drohnenoperationen in Afghanistan zeigen, dass die US-Regierung auch unidentifizierte Individuen, die bei Angriffen getötet wurden als Feinde kategorisiert hat. Auf diese Art wird die Zahl ziviler Opfer gezielt verschleiert.

Die meisten Erschießungen basieren auf geheimdienstlicher Informationsgewinnung (SIGINT). Dabei werden Metadaten von Mobilfunktelefonen genutzt. Häufig kommt es dabei zu fehlerhafter Zielauswertung, was der Hauptgrund für zivile Opfer ist, so der Whistleblower.

Auch entmenschlicht das Drohnenprogramm die Opfer gezielt und macht es den Verantwortlichen leicht, moralische Fragen zu umgehen. Die Quelle sagt über die Drohnenpiloten:

„Sie kennen kein Recht, sie kennen keine Würde, sie haben selbst keine Menschlichkeit. Sie sind nur das ausführende Element für die Analysten.“

Dokumente, die die Operation Haymaker beschreiben, die zwischen Januar 2012 und Februar 2013 im Nordosten Afghanistans durchgeführt wurde, zeigen auf, dass von den 200 dort getöteten Menschen lediglich 35 beabsichtigte Ziele waren. Doch jeder Erschossene gilt generell als „Enemy killed in action „EIKA“; als Feind, der erfolgreich eliminiert wurde.

Quellen:

The Intercept: The Drone Papers: *<https://theintercept.com/drone-papers/>*

Dieser Text wurde zuerst am 15.10.2015 auf deutsch.rt.com unter der URL ‹https://deutsch.rt.com/34470/international/leaks-neuer-snowden-veroeffentlicht-geheime-dokumentensammlung-zum-drohnenkrieg-der-usa/› veröffentlicht (Lizenz)

‹http://www.free21.org/?p=21608›

Unterstütze Free21.org
donate
CROWDFUNDING-Konto:
Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Publiziert auf Free21 am 16.03.2016, 20:30 Uhr, von RT Deutsch auf deutsch.rt.com, Lizenz: RT Deutsch

Es muss nicht immer **Ramstein** sein ...

Neuer Alltag: Drohnen über Europa? (Foto: 50skyshades.com)

Als Steuerparadies für die Reichen hat Luxemburg, dank der verschärften Gesetzgebung, deutlich an Attraktivität verloren. Und mit den Royals allein lässt sich auf Dauer „kein Staat machen". Möchte das Großherzogtum durch Aktivitäten im militärischen Umfeld für neue Wachstumsimpulse sorgen?

Von Andrea Drescher

Amerikanische MQ-9 Drohne beim Abflug (Foto: US Air Force, Public Domain)

Einige Informationen aus luxemburgischen Medien belegen, dass sich das kleine Land im Herzen Europas schon seit längerem im militärischen Bereich neue Geschäftschancen erschließt.

Ein „Markt" bzw. Bedarf ist bei den Militärs immer vorhanden, speziell wenn es um den Einsatz von Drohnentechnologie geht. Satellitenkapazitäten sind knapp. Laut Tageblatt.lu (6) bauen die USA ihr Drohnenprogramm aus, und auch die Zeit berichtet, dass man dadurch die „Aufklärungs- und Angriffsfähigkeit" verbessern kann. Dazu soll die Zahl der täglichen Drohnenflüge bis 2019 um 50 Prozent erhöht werden. Und dafür werden u.a. dringend eine erweiterte Satellitenkapazität und die entsprechende Technologie benötigt.

Wirtschaftliche Vorteile und Bündnisverpflichtung – die berühmten zwei Fliegen ...

Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sind aber nicht die einzige Motivation, die Luxemburg voranzutreiben scheint. Als NATO-Partner ist das Land verpflichtet, dem Bündnis einen signifikanten finanziellen Beitrag zu leisten. Die Allianz wünschte bereits 2014 mehr Einsatz: Die investierten 0,4% des BIP lagen weit von den geforderten 2% entfernt (8).

Seit 2012 ist das Land bereits bei der Beschaffung von Drohnen beteiligt. Wie berichtet wurde (9), beteiligte sich Luxemburg schon zu diesem Zeitpunkt, gemeinsam mit 12 weiteren NATO-Ländern, darunter auch Deutschland, am Erwerb von fünf Killer-Drohnen, die beim US-Rüstungskonzern Northrop Gruman in Auftrag gegeben werden sollten.

Und was im Juli 2014 noch ein Plan war – sich mit einem eigenen Militärsatelliten an diesem Markt aktiv zu beteiligen – wurde im Oktober des gleichen Jahres bereits entschieden. Der Ministerrat stimmte dem Gesetzesentwurf zur Beschaffung eines luxemburgischen Satelliten zu. Der Nato werden Übertragungskapazitäten zur Verfügung gestellt, die als Luxemburgs Beitrag für die Allianz angerechnet werden. Laut Armeeminister Etienne Schneider beläuft sich dieser Beitrag auf 100 Millionen Euro, ein Betrag, der sich noch dazu positiv auf die Wirtschaft auswirken werde (10).

Von der Idee zur Public-Private-Partnership

2017 soll der Kommunikationssatellit SES-16/GovSat in Betrieb genommen werden und für militärische – aber auch zivile – Nutzung zur Verfügung stehen. Stationiert auf der Orbitalposition 21,5 Grad wird er einen geographischen Bereich über Europa, Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Asien-Pazifik abdecken (11). Hergestellt wird dieser Mehrzwecksatellit, der leistungsstarke und voll steuerbare Spotbeams im militärischen Frequenzbereich (X-Band und militärisches Ka-Band) zur Verfügung stellt, von Orbital ATK Inc. (12).

Damit dieses ehrgeizige Projekt erfolgreich abgewickelt werden kann, haben der Satellitenbetreiber SES und die Luxemburger Regierung ein Joint-Venture für Anschaffung und Betrieb gegründet. Ein Startkapital in Höhe von 50 Millionen Euro wurde jeweils von beiden Partnern eingebracht, weitere 125 Millionen stammen vom Luxemburger Kapitalmarkt.

Das „Start-Up"-Unternehmen namens LuxGovSat wird seit 1. Juli 2015 von Patrick Biewer geleitet, der über 22 Jahre bei SES beschäftigt war. Erster Kunde des Unternehmens ist der luxemburgische Staat, der die für sich reservierten Übertragungskapazitäten an die NATO weiter gibt.

Die Begeisterung der Luxemburger an dieser PPP ist geteilt. Einer Online-Umfrage des Tageblatts nach, sagten 58% der User, dass sich das Land aus solchen Geschäften raushalten sollte, 36% äußerten die Meinung, dass man dadurch die Wirtschaft voranbringen würde, 6% hatten keine Meinung. Dabei hat Armeeminister Schneider seine sehr hohen Erwartungen an das Unternehmen bereits öffentlich gemacht. Er sieht den Satelliten als „weitere Unterstützung der Regierungspolitik bei der wirtschaftlichen Diversifizierung in einem technologischen Schlüsselsektor" und hat bei der Vorstellung des Rüstungsprojektes von „zweistelligen Renditemöglichkeiten" gesprochen. (13).

Ein lohnenswerter „Markt" – mit tödlichen Folgen

Es ist ein Wachstumsmarkt – ohne Zweifel – und hauptsächlich in Wachstumsmärkten können Investoren heute noch vergleichbare

Renditen abschöpfen. Er entstand, wie so vieles, als anscheinend direkte Folge von 9/11.

Ob nun seit September 2001, wie es die Zeit im Juli 2015 (1) berichtete, oder seit 04.02.2002, wie man in der Oktober-Ausgabe des Blattes (2) nachlesen kann: Die bewaffneten Drohnen der USA haben seit Beginn des Drohnenkrieges nicht nur das Todesurteil an unzähligen „Terroristen" ohne jegliches rechtsstaatliche Gerichtsverfahren vollstreckt. Viel höher war die Zahl der zivilen Opfer. Kinder, Frauen und Männer, die einfach das Pech hatten, sich in der Nähe eines Drohnenzieles aufzuhalten oder fälschlicherweise als ein solches Ziel ausgemacht worden zu sein. Genaue Zahlen kennt niemand, zu sehr sind die Opfer auf der Welt verstreut. Aber zahlreiche Presse-Artikel geben Hinweise auf das ungefähre Ausmaß.

So berichtet The Guardian (3), dass nach Stand von 2014 etwa allein die Jagd auf 41 Personen im Jemen 1.147 Menschen das Leben gekostet hat – ein Verhältnis von ca. 1:27. Telesur TV (4) veröffentlichte im September 2015 eine Information des U.N. Office of the High Commissioner for Human Rights, dass in den vergangenen 12 Monaten mehr jemenitische Zivilisten durch US-Drohnen gestorben sind als durch Angriffe der al-Qaida. Und im Schweizmagazin (5) kann man nachlesen, dass nur eines von 50 Todesopfern amerikanischer Drohnenangriffe in Pakistan ein Terrorist ist, während der Rest unschuldige Zivilisten sind. Eine Studie der Universitäten in Stanford und New York sei zu dem Schluss gekommen, dass Männer, Frauen und Kinder mit den amerikanischen 24/7 Operationen terrorisiert werden sollen.

Bisher wurden die meisten dieser Drohnen direkt von Ramstein aus gesteuert. Dank Luxemburg könnten die USA in absehbarer Zeit über eine alternative Option für den Ausbau ihres Programms verfügen, auch wenn das für den SES-16/GovSat bis dato nicht geplant ist. Aber es ist ja immer gut, potenziell mehr als einen „kompetenten Partner" zu haben, wenn es um die Verfolgung strategischer Ziele geht.

Von „Keine militärischen Ziele" bis zu „Vertrauen in die Kunden" – ein breites Spektrum

Dass es sich bei diesen Zielen um Menschen handelt – Menschen, die in vielen Fällen nicht einmal das eigentliche Ziel darstellen – scheint man dabei zu übersehen oder – im Falle LuxGovSat ein wirklich naheliegender Verdacht – möglicherweise übersehen zu wollen. Denn die angekündigte Nutzung durch die zukünftigen Kunden des Satellitens lässt zumindest Zweifel aufkommen.

Im Oktober 2014 hieß es, „dass nur unbewaffnete Drohnen über den Satelliten gesteuert werden … Außerdem soll in Verträgen klar definiert werden, wozu die Kapazitäten genutzt werden". (10). Das hatte auch Armeeminister Schneider versichert. Man müsse vertraglich regeln, dass nur Aufklärungsdrohnen mithilfe des Luxemburger Satelliten gesteuert werden dürften. Auch die SES hatte im Juni 2015 erklärt, dass der Satellit nicht zur Kommunikation von Waffensystemen genutzt werde (14). Im September war zu lesen, dass sich Luxemburg zwar am Breitband-Satellitenkommunikationssystem des US-Militärs beteiligen würde, über das auch Einsatzdaten von Kampfdrohnen gesendet werden, dies aber nichts mit dem LuxGovSat-Projekt zu tun habe (15).

Aber bereits in der Ausgabe vom 23. August 2015 stand in gleichem Medium, dass „sich LuxGovSat gerade im militärischen Bereiche als zuverlässiger Partner beweisen will" (16). Und – die Frage muss erlaubt sein – warum hat sich Luxemburg vertraglich abgesichert, nicht zur Verantwortung gezogen werden zu können, für den Fall, dass doch ungenehmigte Killerdrohnen über diesen Satelliten gesteuert werden (17)? Der Staat suche sich die Kunden selbst aus, lässt zumindest die SES vernehmen, die selbst auf Vertrauen zu seinen Kunden setzt, da man die Datenströme nicht abrufen werde.

Das Unternehmen hält sich aus der moralischen Diskussion weitestgehend heraus. So wird Markus Payer von SES mit den Worten zitiert: „Man kann darüber politische Diskussionen führen, ob ein Staat eine Armee haben darf und ob Kriege notwendig oder ob sie erlaubt sind. Wir gehen davon aus, dass eine demokratisch gewählte Regierung berechtigte Sicherheitsinteressen in der Welt hat. Und dass dazu auch Technologien notwendig sind." Der Betreiber – LuxGovSat – gibt ebenfalls an, nicht zu wissen, was über den Satelliten kommuniziert wird. „Man setze hier auf das Vertrauen der künftigen Kunden, betonten sowohl CEO Patrick Biewer als auch Sasha Baillie." (18)

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" – ein Zitat, das Lenin zumindest in ähnlicher Form zugesprochen wird. Man kann nur hoffen, dass die Regierung Luxemburgs den Einsatz von SES-16/GovSat sehr genau kontrolliert.

Quellen:

(1) Die Zeit: Drohnenangriffe in Afghanistan – Die Todesengel kommen wieder <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-07/drohnen-opfer-afghanistan-umdenken-politik>

(2) Die Zeit: Kampfdrohnen: Die zynischen Regeln des Drohnenkrieges <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-10/usa-drohnen-drohnenkrieg-rechtfertigung>

(3) The Guardian: 41 men targeted but 1,147 people killed: US drone strikes – the facts on the ground <http://www.theguardian.com/us-news/2014/nov/24/-sp-us-drone-strikes-kill-1147>

(4) TelesurTV: US Drone Strikes Kill More Yemeni Civilians than al-Qaida: UN <http://www.telesurtv.net/english/news/US-Drone-Strikes-Kill-More-Yemeni-Civilians-than-al-Qaida-UN-20150915-0026.html>

(5) Schweizmagazin: Drohnentote: Ein Terrorist kommt auf 49 Zivilisten <http://www.schweizmagazin.ch/nachrichten/ausland/24746-Drohnentote-Ein-Terrorist-kommt-auf-Zivilisten.html>

(6) Tageblatt vom 23.8.2015

(7) Die Zeit: USA weiten Drohnen-Programm aus <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/us-militaer-pentagon-drohnen-krisengebiete>

(8) Tageblatt vom 25.7.2014(9) Zeitung vom Letzebuerger Vollek vom 18.2.2012

(10) Tageblatt Luxemburg vom 22.10.2014

(11) Luxemburger Wort vom 13.1.2015

(12) Wallstreet Online 2.6.2015

(13) Zeitung vom Letzebuerger Vollek vom 14.1.2015

(14) Tageblatt vom 3.6.2015

(15) Tageblatt vom 29.9.2015

(16) Tageblatt vom 23.8.2015

(17) Zeitung vom Letzebuerger Vollek vom 23.10.2014

(18) Tageblatt vom 24.8.2015

Autor:

Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

‹http://www.free21.org/?p=21274›

Publiziert auf Free21 am 09.03.2016, 11:45 Uhr, von Andrea Drescher, Lizenz: free21.org

Illustration: OrientalReview.org

Hybride Kriege Teil 1:

Das Gesetz der **hybriden Kriegsführung**

Das eigentliche Ziel hinter hybriden Kriegen ist es, multipolare, transnationale, verbindende Projekte durch von außen provozierte Identitätskonflikte (ethnisch, religiös, regional, politisch, u.s.W.) innerhalb des betroffenen Staates zu zerstören.

von Andrew Korybko

Hybride Kriegsführung ist eine der signifikantesten strategischen Entwicklungen, die in den USA bisher vorangetrieben wurde. Die Entwicklung von Farbrevolutionen hin zu unkonventionellen Kriegen ist vermutlich einer der wesentlichen Destabilisierungsmechanismen der nächsten Jahrzehnte. Wer Geopolitik nicht aus dem Blickwinkel hybrider Kriege betrachtet, hat Schwierigkeiten zu erkennen, wo es vermutlich zum nächsten Krieg kommen wird. Dabei ist es nicht wirklich schwer, die Regionen und Länder zu identifizieren, in denen das Risiko einer Bedrohung durch diese neue Form der Agression, am höchsten liegt. Der Schlüssel für eine derartige Vorhersage liegt darin, zu akzeptieren, dass es sich bei hybriden Kriegen um von außen angeheizte, asymetrische Konflikte handelt, um geo-ökonomische Interessen zu sabotieren. Beginnt man eine Analyse auf dieser Basis, ist es relativ einfach, die nächsten Angriffsziele punktgenau zu lokalisieren.

In der Artikelserie werden zunächst die Muster hybrider Kriegsführung erklärt und das Verständnis der Leser im Hinblick auf deren strategische Ausrichtung geschärft. Anschließend wird belegt, wie dieses Vorgehen bei den US-geführten Kriegen in Syrien und in der Ukraine, den beiden ersten Opfern hybrider Kriegsführung, angewendet wurde. Im nächsten Teil werden die bisherigen Erfahrungen analysiert und zur Vorhersage für die nächsten möglichen Einsatzgebiete hybrider Kriegsführung und die wahrscheinlichsten geopolitischen Auslöser dort genutzt. In weiteren Artikeln konzentrieren wir uns auf diese Regionen und betrachten, warum sie strategisch und soziopolitisch besonders gefährdet sind, um zum nächsten Opfer postmoderner US-amerikanischer Kriegsführung zu werden.

Muster hybrider Kriege

Als Erstes muss man sich bewusst sein, dass hybride Kriege nie gegen Verbündete der USA oder gegen Länder, in denen die USA große infrastrukturelle Interessen hat, gerichtet sein werden. Die chaotischen Prozesse, die während des Regime-Changes unvermeidbar sind, lassen sich nicht kontrollieren und könnten genau die geopolitischen Rückschläge gegen die USA auslösen, die man aus Washington direkt oder indirekt dem Gegner zufügen möchte. Das gilt natürlich auch für Regionen, die

aus Sicht der USA „too big to fail" sind. Auch hier werden keine hybriden Kriege ausgelöst, wobei sich die Bewertung entsprechend der aktuellen geopolitischen Umstände jederzeit ändern kann. Als Daumenregel gilt, dass die USA ihre eigenen Interessen nie absichtlich sabotieren werden. Einzige Ausnahme: Sie sehen einen Vorteil in einer Politik der verbrannten Erde, falls man sich komplett zurückziehen muss. Dies wäre z.B. in Saudi Arabien denkbar, falls die USA jemals gezwungen wären, den mittleren Osten zu verlassen.

Geostrategisch-wirtschaftlicher Einfluß

Bevor man die geo-wirtschaftlichen Grundlagen hybrider Kriege näher untersucht, muß man sich bewusst sein, dass die USA auch eine geostrategische Basis für ihre Handlungen haben. So wollen sie z.B. Russland in einem absehbaren Sumpf verstricken. Der „Umgekehrte Brzezinski" wie es der Autor gerne sagt, lässt sich simultan von Osteuropa bis zum Donbass, vom Kaukasus bis Nagorno-Karabakh und von Zentralasien bis ins Fergana Valley anwenden. Wenn es durch zeitlich abgestimmte Provokationen geschickt synchronisiert wird, könnte sich diese „Dreifachfalle" als ungeheuer effizient erweisen, den russischen Bären permanent in Schwierigkeiten zu verstricken. Dieses Machiavelli-Schema ist ein ständiges Risiko, da es auf geopolitischer Realität basiert. Die beste Reaktion Moskaus darauf ist, dem Flächenbrand an den – früher sowjetischen - Außengrenzen zuvorzukommen und auf durch die USA provozierten Krisen zu reagieren, sobald diese aufflammen. Die geostrategischen Elemente sind besonders im Falle Russlands nur schwerlich von den geo-ökonomischen zu trennen. Wendet man dieses Muster aber breiter auf Ziele wie z.B. China oder Iran an, ist es notwendig. die „Reverse Brzezinski" Strategie als Voraussetzung fallen zu lassen und sich primär auf die wirtschaftlichen Interessen der USA in den jeweiligen Ländern zu konzentrieren.

Das eigentliche Ziel hinter jedem hybriden Krieg ist es, multipolare, transnationale, verbindende Projekte durch von außen provozierte Identitätskonflikte (ethnisch, religiös, regional, politisch, usw) innerhalb des betroffenen Staates zu zerstören.

Dieses Muster lässt sich in Syrien und der Ukraine klar erkennen. Es ist das Gesetz hybrider Kriegsführung. Die spezifischen Taktiken und politischen Methoden, die in den jeweiligen Destabilisierungsphasen eingesetzt werden, unterscheiden sich zwar geringfügig, die Strategie dahinter ist jedoch die gleiche. Auf Basis der bekannten Ziele kann man sich deren praktische Anwendung im Zuge der Entwicklung der verschiedenen Projekte näher anschauen, die im Fokus der USA liegen.

Publiziert auf Free21 10.03.2016 14:15, von Andrew Korybko - Originalartikel auf English (OrientalReview.org), short URL: ‹http://goo.gl/RAE8L›

Ein ukrainischer Soldat beim Steuern einer Drohne während eines Trainings außerhalb von Kiew, 6. November 2014 (Foto: Nato.int /© REUTERS)

Um es konkret zu machen: Die Projekte können energie-basiert, institutionaler oder ökonomischer Natur sein. Je höher die Überschneidung der drei Kategorien, desto wahrscheinlicher ist es, dass ein hybrides Kriegsszenario für ein spezifisches Land in Planung ist.

Sozio-politische strukturelle Anfälligkeiten

Haben die USA ein Ziel identifiziert, wird mit der Suche nach strukturellen Schwächen, die im zukünftigen hybriden Krieg genutzt werden können, begonnen. Dabei geht es nicht um reale Sabotageziele wie Elektrizitätswerke oder Straßen (diese werden von anderen Destabilisierungsteams aber ebenfalls näher untersucht). Es geht um sozio-politische Charakteristika, die manipuliert werden können, um ausgewählte demografische „Unterschiede" im bestehenden nationalen Gebilde hervorzuheben, die später die Basis für eine „Legitimierung" zukünftiger – von außen gesteuerter – Revolten gegen die örtlichen Autoritäten bilden. Je stärker sich die im folgenden genannten häufigsten sozio-politischen strukturellen Schwächen in einer bestimmten geografischen Region häufen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie sich zu Auslösern einer kommenden Farbrevolution entwickeln und die Demarkationslinie für eine spätere unkonventionelle Kriegsführung bilden.

- Ethnien
- Religion
- Geschichte
- Administrative Grenzen
- Sozio-ökonomische Unterschiede
- Physikalische Geographie

Je intensiver diese Faktoren kombiniert werden können, desto stärker ist das Potential für einen hybriden Krieg. Jede Kombination der Variablen erhöht die Durchfürbarkeit und die Fähigkeit, eine Krise über einen langen Zeitraum zu entwickeln, um ein Vielfaches.

Vorbereitungen:

Hybriden Kriegen geht immer eine Phase gesellschaftlicher und struktureller Aktivitäten voraus. Zum einen betrifft dies Bereiche wie Informationsverbreitung und Soft Power (Kultur, Ideologie), die wesentlich die demographische Akzeptanz einer kommenden Destabilisierung maximieren. Sie führen zu der unbedingten Annahme, dass irgendeine Aktivität notwendig ist, um den aktuellen Zustand zu verändern. Zum anderen geht es um die verschiedenen Tricks auf die die USA zurückgreifen, in deren Folge die Regierung des Ziellandes, die bestehenden sozio-politische Differenzen unbeabsichtigt verschärft. Ziel ist es, die Spaltung in gegensätzliche Gruppen voranzutreiben. Diese sind dann empfänglicher für Vorabmaßnahmen und anschließende – durch NGOs gesteuerte – politische Organisation (was in den meisten Fällen mit der Soros Foundation und/oder mit der National Endowment for Democracy in Verbindung steht).

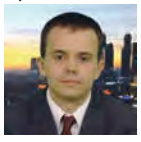
Die gängigste strukturelle und global eingesetzte Vorabmaßname sind Sanktionen. Sie haben das implizite – wenn auch nicht immer erfolgreiche – Ziel, das Leben der Bevölkerung zu erschweren. Unter schlechteren Lebensbedingungen stehen diese der Idee eines Regime Changes positiver gegenüber und lassen sich durch externe Impulse leichter in Richtung der gewünschten Aktionen lenken. Weniger bekannt ist eine eher unredliche aber nahezu immer angewendete Methode, dieses Ziel zu erreichen. Die USA nutzen dabei ihre Möglichkeiten, die jeweiligen Staatsbudgets zu beeinflussen – sowohl was die Höhe der Einnahmen angeht als auch für welche Zwecke Gelder ausgegeben werden.

Der globale Preissturz im Energie-Sektor und bei anderen Gütern hat die betroffenen Exportstaaten außergewöhnlich schwer belastet, da sie in vielen Fällen erheblich vom Verkauf dieser Rohstoffe abhängen, um ihre Haushaltsbudgets im Griff zu behalten. Der Einkommenseinbruch hat nahezu überall zu Einschränkungen bei den Sozialausgaben geführt. Parallel dazu sind einige der Staaten mit Sicherheitsbedrohungen – herbeigeführt durch die USA – konfrontiert, auf die sie reagieren müssen. Das führt zu einer ungeplanten Erhöhung der Verteidigungsbudgets – und reduziert so die Höhe der Sozialausgaben weiter. Jede dieser Maßnahmen beschränkt die Möglichkeiten der Regierung, etwas für die Bevölkerung zu tun und schafft damit mittelfristig die notwendigen Rahmenbedingungen, um eine Farbrevolution – die erste Stufe hybrider Kriege – auszulösen. Der Fall, dass ein Staat gleichzeitig Einnahmenkürzungen und unerwartete Erhöhungen bei Verteidigungsbudget hinnehmen muss, kann die Zeitspanne bis zum Beginn einer Farbrevolution von mittel- auf kurzfristig verkürzen, je nach dem, wie gravierend die daraus resultierende Krise im Land und wie fortgeschritten die Organisation einer Opposition seitens der durch die USA beeinflussten NGOs bereits ist.

Autor:

Andrew Korybko

Der US-Amerianer Andrew Korybko arbeitet als politischer Kommentator für die Agentur Sputnik. Er hat sein Studium an der MGIMO Universität abgeschlossen ist Autor der Momographie „Hybrid Wars: The Indirect Adaptive Approach To Regime Change", das 2015 erschien.



Dieser Text erschien ursprünglich am 4. März 2016 bei OrientalReview.org ‹http://orientalreview.org/2016/03/04/hybrid-wars-1-the-law-of-hybrid-warfare/›(Rechte bei OrientalReview)

‹http://www.free21.org/?p=21263›

Das Zerstörungswerk der USA im Irak und die Bildung des „Islamischen Staates“

Seit 2001 haben die USA in sieben mehrheitlich muslimischen Staaten militärisch interveniert oder sie mit Drohnen angegriffen: Afghanistan, Irak, Somalia, Jemen, Pakistan, Libyen und Syrien. Hinter dem verlogenen Banner von „Freiheit, Demokratie und Menschenrechten“ geht es allein darum, geopolitische Widersacher auszuschalten und keine Macht zu dulden, die andere als amerikanische Interessen vertritt.

von Herbert Ludwig

Vorneweg dabei war stets Großbritannien, weitere europäische Vasallen schlossen sich an, nicht zuletzt auch Deutschland. Dabei wird ein Land umkreist, eingehegt und geschwächt, das sich als besonders hartnäckiger Störenfried benimmt, der Iran. Die Folgen sind immer: unendlich viel Tote, Verwundete, Flüchtlinge, Zerstörung und Chaos, aus dem sich neue Gewalt erzeugt.Hier sollen die Ereignisse im Irak etwas näher beleuchtet werden, da sie für das Entstehen des IS die Grundlagen geschaffen haben.[1]

Amerikanische Truppen in der Irakischen Stadt Tall Afar, 2005 (Foto: United States Air Force, Public Domain)

Der irakisch-iranische Krieg

Saddam Hussein machte sich schon als Vizepräsident des Irak zum Feind der angloamerikanischen Elite, als er 1972 die irakische Ölindustrie verstaatlichte, die bis dahin von britischen und amerikanischen Ölfirmen ausgebeutet wurde. „Mit den Öleinnahmen entwickelte er das Land zu einer regionalen militärischen Großmacht. Die Einnahmen aus dem Ölverkauf sorgten aber auch für den Wohlstand breiterer Bevölkerungsschichten.“ (Wikipedia) Als er 1979 Präsident wurde und in Verkennung der Realität 1980 glaubte, den vermeintlich schwachen Iran besiegen und ihm die Provinz Khusistan mit den Raffinerien von Abadan abnehmen zu können, wurde er von den USA und GB listig unterstützt.

Nach anfänglichen Erfolgen gerieten die Iraker militärisch ernsthaft in Bedrängnis und hätten den Krieg verloren, wenn Washington nicht, um einen iranischen Sieg zu verhindern, Bagdad mit Waffen und Geld massiv unterstützt hätte. Auch die Golfstaaten schlossen sich an. Donald Rumsfelds Handschlag mit Saddam Hussein am 20. 12. 1983 in Bagdad ging zwanzig Jahre später um die Welt, als er als US-Kriegsminister den Sturz Saddams forcierte.[2] Die US-Regierung wusste, dass Saddam Hussein Giftgas nicht allein gegen iranische Truppen, sondern auch gegen kurdische Aufständische einsetzte, erschwerte dessen Lieferung durch US-, französische und deutsche Firmen nur halbherzig und sorgte dafür, dass iranische Beschwerden bei den UN ins Leere liefen.

Im Januar 1995 sagte der ehemalige Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der USA Howard Teicher vor einem Gericht in Florida aus:

„Nachdem Ronald Reagan eine Direktive des Nationalen Sicherheitsrates unterzeichnet hatte, der zufolge alles zu unternehmen sei, um Iraks Niederlage im Krieg zu verhindern, koordinierte CIA-Direktor William Casey persönlich alle Maßnahmen, die sicherstellten, dass der Irak über genügend Waffen verfügte, einschließlich Streubomben. Er sorgte auch dafür, dass der Irak die erforderlichen Kredite erhielt und mit Feindaufklärung sowie strategischen, militärischen Ratschlägen versorgt wurde. Die CIA beschaffte dem Irak auch militärischen Nachschub für seine sowjetischen Waffensysteme, über dritte Parteien, darunter Israel und Ägypten.“ [3]

Doch die perfide Strategie der USA besteht vielfach darin, polare Parteien zu schaffen und zu unterstützen, die sich gegenseitig schwächen oder zerstören. So belieferten sie auch den Iran mit Waffen, der überwiegend mit amerikanischen Waffen aus Schah-Zeiten kämpfte und auf US-Waffen-Nachschub angewiesen war. Dies geschah vielfach verdeckt über Dritte, darunter Israel (!).

1988 endete der Krieg quasi unentschieden; die Grenzen blieben wie zuvor. Aber rund eine Mil-

lion Menschen hatten ihr Leben verloren, drei Viertel davon Iraner. Der Irak hatte seine Goldreserven von 35 Milliarden Dollar eingebüßt und war nun mit 80 Milliarden Dollar verschuldet. Der Ölpreis für ein Barrel fiel wegen der Überproduktion Kuweits und der Vereinigten Arabischen Emirate auf zehn Dollar und brachte kaum Einnahmen. Und weder die Golfstaaten noch die USA waren zu nennenswertem Schuldenerlass bereit. In dieser üblichen US-Falle beschloss Saddam unter dem Vorwand, Grenzstreitigkeiten zu bereinigen, Kuweit zu besetzen und damit zum weltweit größten Erdölproduzenten zu werden.

Die USA schlagen zu

Kuweit war zu der Zeit neben Saudi-Arabien der wichtigste Erdöllieferant der USA. Doch die US-Botschafterin in Bagdad signalisierte Saddam Hussein ihr Verständnis und versicherte ihm: „Wir haben keine Meinung zu innerarabischen Konflikten, auch nicht zu Ihren Grenzstreitigkeiten mit Kuweit.“ [4] Natürlich schmiedeten die USA unter Präsident Bush sen. nach dem irakischen Einmarsch am 2.8.1990 eine internationale Koalition, die dann unter ihrer Führung ab Januar 1991 innerhalb von sechs Wochen die Iraker wieder aus Kuweit vertrieb. Die Sieger marschierten nicht in den Irak ein, ging es doch vor der Welt nur um die Befreiung Kuweits. Aber amerikanische und britische Flugzeuge griffen fast täglich Ziele im Irak an, was Tausende Zivilisten das Leben kostete und die Infrastruktur zerstörte.

Den USA kostete das Unternehmen 62 Milliarden Dollar, wovon aber die Hälfte Saudi-Arabien und die andere Hälfte die europäischen Vasallen-Staaten übernahmen, darunter Deutschland, das 17 Milliarden bezahlen durfte. Von Saddam Hussein, vorher noch Verbündeter im Dienste westlicher Machtpolitik, wurde nun von der westlichen Politik und Propaganda nach der üblichen Methode das Bild eines fanatischen und grausamen Diktators gezeichnet, eines neuen Hitlers. Jetzt kreidete man ihm auf

Sunni Awakening movement (Sons of Iraq) – de facto gesponsert durch die USA (Foto: U.S. Army, Public Domain)

einmal das Massaker mit dem – vom Westen gelieferten – Giftgas gegen die Kurden an, bei dem 1988 über 5.000 Menschen umgekommen waren, und ebenfalls die brutale Niederschlagung des schiitischen Aufstandes, der man zugesehen hatte.

Mit der auf Betreiben der USA erfolgten Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 6.8.1990 reagierte der Westen auf seine wertorientierte Weise. Er verhängte ein umfassendes Wirtschaftsembargo gegen den Irak, von dem die medizinische Versorgung, Nahrungsmittel und andere zum Leben notwendige Güter nur pro forma, aber nicht tatsächlich ausgenommen wurden. „Offenbar in dem Bestreben, die Iraker kollektiv ins Elend zu stürzen und damit eine Revolte gegen das Saddam-Regime auszulösen, wurde die Sanktionspolitik ein Instrument der bewussten und vorsätzlichen Massentötung.“ [5] Mangel an sauberem Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten führte zu Hungersnöten und vielfachen Krankheiten in der Bevölkerung. Die bis dahin vorbildlichen unentgeltlichen Gesundheits- und Bildungssysteme des hochentwickelten Landes der arabischen Welt, das bis 1990 die Grundversorgung der Bevölkerung in allen wesentlichen Bereichen hatte sichern können, lagen am Boden. Laut UNICEF und der WHO starben mehr als eine Million Iraker – darunter mehr als 500.000 Kinder unter fünf Jahren – an den Folgen der Wirtschaftssanktionen.

Am 12.5.1996 fragte die Moderatorin einer US-Nachrichtensendung die damalige UN-Botschafterin und spätere Außenministerin Madeleine Albright, ob der Tod von einer halben Million Kinder im Irak, mehr als in Hiroshima, den Preis wert sei. Sie antwortete: „Das ist eine sehr harte Wahl, aber … wir glauben, dass es den Preis wert ist.“. Ist das ein Mensch, der eiskalt solche vernichtenden Urteile spricht? Zwei Jahre später erklärte diese sanfte Stimme der tödlichen Arroganz Amerikas: „Ich wette, dass wir uns mehr Gedanken machen über das irakische Volk als Saddam Hussein. … Wenn wir Gewalt anwenden, dann deswegen, weil wir Amerika sind! Wir sind die unverzichtbare Nation. Wir haben Größe, und wir blicken weiter in die Zukunft.“ [6]

Die ursprünglich große Mittelschicht des Irak wurde durch die barbarische Einschnürung in die Armut getrieben und vollständig zerstört. Es blieb nur noch eine dünne Schicht Vermögender aus dem Umfeld des Regimes, die übrigen 90 bis 95 % der Bevölkerung lebten mehr oder weniger von der Hand in den Mund. Der Analphabetismus von 5 %, 1989 der niedrigste in der arabischen Welt, war bis 2000 auf über 50 % gestiegen.

„Diese namentlich von den USA und Großbritannien vorsätzlich herbeigeführte Verelendung der irakischen Bevölkerung gehört zu den am wenigsten … zur Kenntnis genommenen Verbrechen westlicher Politik nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie ist eine der wesentlichen Ursachen für den Zusammenbruch zivilisatorischer Werte im Irak wie auch des irakischen Staates. Auf diesen Zusammenbruch folgte, wenige Jahre und einen weiteren Krieg später, die Schreckensherrschaft der Milizen, allen voran des „Islamischen Staates“. [7]

Erneutes Zuschlagen

Der nächste Kriegszug gegen den Irak wurde dadurch vorbereitet, dass eine wachsende akute Bedrohung durch Massenvernichtungsmittel des Irak behauptet wurde. Jahrelange UN-Inspektionen konnten den Verdacht auf biologische, chemische und atomare Waffen jedoch nicht bestätigen. Trotzdem verlangte die neokonservative Denkfabrik „Project for the New American Century“ 1998 in einem offenen Brief an Präsident Clinton, den Regimewechsel im Irak zum Ziel der amerikanischen Außenpolitik zu machen. Mit dem Wahlsieg von George W. Bush im Jahr 2.000 kamen diese Hartliner an die Macht und damit eine Ideologie, die Michael Lüders treffend so beschreibt:

„Auf den Punkt gebracht handelt es sich um einen messianischen Konservatismus mit dem Ziel einer globalen Pax Americana. Werte wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit werden ideologisch instrumentalisiert, um sie als Rammbock machtpolitischer Interessen einzusetzen. So soll die amerikanische Hegemonie weltweit durchgesetzt und verteidigt werden, in Verbindung mit einem so weit wie möglich deregulierten, deutlich am Finanzkapital ausgerichteten Wirtschafts-System. Weniger freundlich gesagt: Sozialdarwinismus gepaart mit Größenwahn und Zynismus.“ [8]

Der alte „Saddam-Freund“ Donald Rumsfeld wurde Kriegsminister und legte bereits im Juli 2001 konkrete Pläne für eine militärische Intervention vor, die schon zwei Monate später, am 11.9.2001,

Publiziert auf Free21 am 07.03.2016, 14:25 Uhr, von Herbert Ludwig, Original: ‹https://goo.gl/Z7Gwah›, Lizenz: Herbert Ludwig

durch die mysteriösen, bis heute unaufgeklärten „Terroranschläge gegen Amerika“ einen Dringlichkeitsschub erhielten, wurden diese doch dem Terror-Netzwerk Al-Qaida in die Schuhe geschoben, mit dem natürlich Saddam Hussein in Verbindung stehen sollte. Doch man zog erst mal den Krieg gegen die Höhlen von Afghanistan und die vormals dort unter der Regie von Brzezinski gegen die UdSSR aufgebauten Taliban vor. Dort brauchte man ja auch einen Brückenkopf im Rücken des Iran und zu China. Die von Außenminister Colin Powell am 5.2.2003 dem UN- Sicherheitsrat vorgelegten „unumstößlichen“ Beweise für gelagerte Massenvernichtungswaffen im Irak stellten sich später zwar als plumpe Fälschungen der Geheimdienste heraus, verliehen den US-Kriegern und ihren Vasallen aber vorerst den Anschein einer moralischen Rechtfertigung.

Am 19.3.2003 begann der von der UN nicht gedeckte völkerrechtswidrige Angriffskrieg der USA, Großbritanniens und einer „Koalition der Willigen“ gegen den Irak, und am 7.4. marschierten Amerikaner und Briten in Bagdad ein. Mit dem Regime brach die staatliche Ordnung zusammen. Saddam Hussein floh in den Untergrund, wurde im Dezember 2003 festgenommen und am 30.12.2006 gehängt.

(Foto: Pixabay, CCo)

Das Chaos

Die Amerikaner und Briten schauten nach dem Einmarsch zu, wie alle Ministerien, Banken, Museen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen geplündert wurden und sich Anarchie und Chaos ausbreiteten. Bezeichnend, dass lediglich das Erdölministerium von Soldaten gesichert wurde. Von Mai 2003 bis zur ersten Parlamentswahl im Januar 2005 regierte der von Bush eingesetzte Zivilverwalter Paul Bremer, der einen neoliberalen Modellstaat bilden wollte. Er machte die 1972 von Saddam Hussein verfügte Verstaatlichung der irakischen Ölindustrie rückgängig und verschaffte – welche Überraschung – den westlichen Ölfirmen Shell, Exxon Mobil, Chevron, Halliburton, BP und Total wieder eine Schlüsselrolle bei der Ausbeutung der drittgrößten Erdölreserven der Erde. Sogar der US-Sender CNN zog den Schluss: „Ja, im Irakkrieg ging es um Öl, und es gab einen klaren Gewinner in diesem Krieg: Big Oil.“ [9]

Paul Bremers Politik war nicht darauf gerichtet, die verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen des Landes für eine Neuordnung zu gewinnen, die allen gerecht würde. Im Gegenteil liefen seine Maßnahmen darauf hinaus, den Gruppenegoismus der Schiiten, Sunniten und Kurden anzuregen und alte Rivalitäten zu wecken. Die religiöse Zugehörigkeit als Schiit oder Sunnit hatte im Alltag der Menschen bis zum Sturz Saddam Husseins nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Mischehen waren weit verbreitet, und Schiiten und Sunniten bewohnten vielfach gemeinsam friedlich dieselben Stadtviertel. Jetzt wurde die Saat für die Konfessionalisierung des Landes und das Hochspielen alter Glaubensgegensätze gelegt.

Gravierend wirkte sich die Entscheidung der Amerikaner aus, die irakische Armee aufzulösen und die Baath-Partei Saddam Husseins als „kriminelle Vereinigung“ zu verbieten. Hunderttausende Iraker der seit Jahrhunderten herrschenden sunnitischen Machtelite verloren damit ihre Existenzgrundlage. Und, was für Orientalen eine große Rolle spielt: sie fühlten sich auf schmähliche Weise gedemütigt. Daraus erwuchs der verbitterte sunnitische Widerstand gegen die amerikanische Besatzung und die neuen schiitischen Machthaber und bereitete weiteren Boden für Gewalt und Terror. Viele von Saddam Husseins ehemaligen Offizieren und Abertausende Soldaten, Parteikader und Geheimdienstleute tauchten in den Untergrund zu Milizen und Terrororganisationen ab.

Natürlich mussten 2005 mit den ersten Wahlen der übergestülpten westlichen Scheindemokratie die Schiiten an die Macht kommen, die 60 % der Bevölkerung des Irak ausmachen. Bei dem von 2006 bis 2014 regierenden Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki war nicht der Gedanke an Versöhnung und Teilung der Macht bestimmend, sondern der Wunsch nach Rache für Jahrhunderte von Gewalt und Unterdrückung durch die sunnitische Minderheit. Systematisch entfernte er die meisten Sunniten aus der staatlichen Verwaltung und befeuerte damit den wachsenden inneren Konflikt. Ab 2010 war er nicht nur Premier, sondern auch Innen- und Verteidigungsminister, Chef der Geheimdienste und Oberkommandierender der neuen Armee. Demonstrationen und Proteste der Sunniten ließ er niederschlagen und seinen sunnitischen Stellvertreter unter fadenscheinige Terroranklage stellen. Amerikaner und Briten schauten nicht nur wohlwollend zu, wie unten dargelegt wird.

Bei den Sunniten im Untergrund gaben bald radikale Islamisten die Richtung vor. Al-Qaida setzte sich im Irak unter Führung des Jordaniers Abu Musab al-Sarkawi fest. Und nach dessen Tod 2006 ging aus dem Umfeld von Al-Qaida die neue terroristische Miliz „Islamischer Staat im Irak“ (ISI) hervor, die sich nach der Ausdehnung auf Syrien ab 2011 „Islamischer Staat im Irak und in Syrien“ (ISIS) nannte und seit 2014 „Islamischer Staat“ (IS).[10] Ihre militärischen Erfolge gehen nicht zum geringen Teil darauf zurück, dass zahlreiche Offiziere und Soldaten

der früheren irakischen Armee militärische Struktur und Strategie in sie eingebracht haben.

US-gefördert und -finanziert

Der „Islamische Staat“ ist de facto Produkt amerikanischer Invasion und Politik. Aber er entsprang sogar amerikanischer Förderung, Finanzierung und offenbar auch Planung. Der amerikanische Historiker und Journalist Webster Griffin Tarpley erläutert in einem Gespräch mit Prof. Michael Vogt, dass im Anfang der Besatzungszeit 2005 bis 2007 noch die gesamte irakische Gesellschaft feindlich gegen die US-geführte Invasionsarmee eingestellt gewesen sei und die Armee zu verlieren begonnen habe, wie er sich ausdrückt, also das Land ihr aus den Händen zu gleiten drohte. Da habe der US-General David Petraeus die Strategie entwickelt, „die Sunniten gegen die Schiiten auszuspielen“. Die Rivalitäten waren ja schon vorbereitend geweckt worden. „Das war der Beginn eines gewollten Bürgerkrieges.“

Unter dem Programm „Sunni Awakening“ (sunnitisches Erwachen) sei die sunnitische Seite von Amerika bezahlt worden und diese hätten mit den Gewaltattacken gegen die an der Macht befindlichen Schiiten begonnen. Da lägen die Wurzeln des „Islamischen Staates“, der also in diesem Zusammenhang mitfinanziert worden sei. General Petraeus, später CIA-Chef, sei der Vater des ISIS. Von dem Wallstreet-Investor Henry Kravis seien für die Finanzierung dieser Dinge erhebliche Gelder geflossen. General John Allen sei dann als persönlicher Botschafter Obamas für alles, was mit ISIS zu tun hat, dafür zuständig gewesen, den ISIS zu retten, indem er die amerikanischen Luftschläge gegen ihn nur zum Schein habe durchführen lassen, ohne ihn wirklich zu schwächen. Er werde ja auch noch gegen den Iran gebraucht.

ISIS sei in den US-Medien bewusst hochgelobt worden. Das seien Supermenschen, gleichsam mit magischen Kräften und dem Nimbus der Unverwundbarkeit ausgestattet. Dabei sei der erste Sieg gegen die irakische Armee dadurch zustande gekommen, dass deren Generäle mit Saudi-Geldern bestochen worden waren. „Deshalb sind sie weggelaufen, und natürlich die Truppe auch. Die CIA-Netzwerke haben Millionen, vielleicht Milliarden Dollar in diesen Mythos der Unverwundbarkeit und Unbesiegbarkeit von ISIS investiert.“ Michael Vogt fasst die Darstellung Webster Tarpley so zusammen: „Also man muss sich das so vorstellen, dass aus der CIA heraus eine terroristische Organisation gegründet, finanziert, bezahlt, munitioniert, ausgestattet wird, um dann den Kampf gegen den Terror weiter zu legitimieren.“

Da passt ein Bericht des militärischen US-Geheimdienstes DIA vom August 2012 ins Bild. Er belegt, dass den USA das Entstehen des Islamischen Staates frühzeitig bekannt und erwünscht war. Darin heißt es im Blick auf Syrien:

> Es gibt die Möglichkeit der Schaffung eines sich konstituierenden oder nicht offiziell erklärten salafistischen Kalifats im Osten Syriens, und das ist genau das, was die Unterstützer der [syrischen] Opposition [also die USA und ihre Verbündeten] wollen, um das syrische Regime zu isolieren und die schiitische Expansion im Irak durch Iran einzudämmen.

Und mit Blick auf den Irak: „Dies schafft ideale Voraussetzungen für die Rückkehr von ‘Al Qaida im Irak’ [AQI, ISI] in ihre früheren Enklaven in Mosul und Ramadi. Und einen neuen Impuls, den Jihad der irakischen und syrischen Sunniten sowie der übrigen Sunniten der arabischen Welt gegen die ‚Abtrünnigen‘ – das was als Feind wahrgenommen wird – zu vereinigen. Der ISI (im Irak) könnte, durch seinen Zusammenschluss mit anderen Terror-Organisationen im Irak und Syrien, auch einen ‚islamischen Staat‘ ausrufen …“

Der IS ist ein fanatisches Instrument in den Händen der USA, das ungewollt für deren gnadenlose Weltherrschafts-Ziele kämpft. Tod und Leid, Not und Vertreibung, die der IS verbreitet, gehören ebenso auf das Unheil-Konto der scheinheiligen US-Machtelite, das sie im Vorderasien seit Jahrzehnten angehäuft hat. Und die europäischen Vasallen-Regierungen, auch die deutsche im Verein mit ihren permanent die Wahrheit verschleiernden Propaganda-Medien, haben ihren schändlichen Anteil daran.

Quellen:

YouTube: US-Außenministerin: 500‘000 Tote Kinder waren den Preis wert! <https://www.youtube.com/watch?v=MwXA1j9hqGA>

Süddeutsche: Ölkonzerne im Irak: Fördern - und fordern <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/oelkonzerne-im-irak-foerdern-und-fordern-1.179987>

YouTube: Webster Tarpley: ISIS – die Drahtzieher & Finanziers im Hintergrund <https://www.youtube.com/watch?v=Z4hri5Ke3pE>

RT Deutsch: „Terroristisches Watergate“ - Freigegebener US-Geheimdienstbericht belegt Förderung des IS durch USA <https://deutsch.rt.com/international/20831-terroristisches-watergate-freigegebener-us-geheimdienstbericht/>

1 **Michael Lüders: Wer** den Wind sät, München 2015

2 **a. a. O.** S. 37 f.

3 **Zitiert nach Michael** Lüders a. a. O. S. 39

4 **a. a. O.** S. 41

5 **a. a. O.** S. 43

6 **a. a. O.** S. 46

7 **a. a. O.**

8 **a. a. O.** S. 48

9 **a. a. O.** S. 52

10 **Vgl. a. a.** O. S. 56

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Herbert Ludwig

Nach kaufmännischer Lehre Studium und Ausbildung zum Rechtspfleger, 4 Jahre Tätigkeit an hessischen Amtsgerichten. Danach Studium an der Pädagogischen Hochschule Reutlingen mit den Schwerpunkten Erziehungswissenschaften, Philosophie, Geschichte, Deutsch, sowie Waldorfpädagogik am Waldorflehrer-Seminar Stuttgart. 27 Jahre Lehrer an der “Goetheschule – Freie Waldorfschule – Pforzheim”. Ruhestand.

www.fassadenkratzer.wordpress.com

Dieser Text wurde zuerst am 10. Februar 2016 auf fassadenkratzer.wordpress.com unter der URL ‹https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/02/10/das-zerstoerungswerk-der-usa-im-irak-und-die-bildung-des-islamischen-staates/› veröffentlicht

(Lizenz: Herbert Ludwig)

‹http://www.free21.org/?p=21139›

Einen Auswahl von Zeitungen aus der ganzen Welt mit dem selben Inhalt am selben Tag

Wenn Regierungen lügen und Medien mitmachen

Das Vertrauen in die Medien ist so gering wie selten zuvor. Man fühlt sich nicht repräsentiert, einseitig informiert, „belogen" sogar. Doch was ist dran an solchen Vorwürfen, die von Leitmedien und Arrivierten in aller Regel mit dem Hinweis, niemals zu lügen, abgetan wird?

von Jens Wernicke

Jens Wernicke sprach hierzu mit dem Autor, Journalisten und Medienkritiker David Goeßmann, Mitbegründer des unabhängigen TV-Nachrichtenmagazins Kontext TV.

JENS WERNICKE: *Herr Goeßmann, auch Sie sind mit einem Beitrag im gerade erschienenen Buch „ARD & Co.: Wie Medien manipulieren" vertreten. Und ich dachte immer, der Vorwurf, Medien würden manipulieren, käme „von rechts" – Sie aber erheben ihn auch als Journalist. Wie kommt es dazu? Wogegen richtet sich Ihre Kritik?*

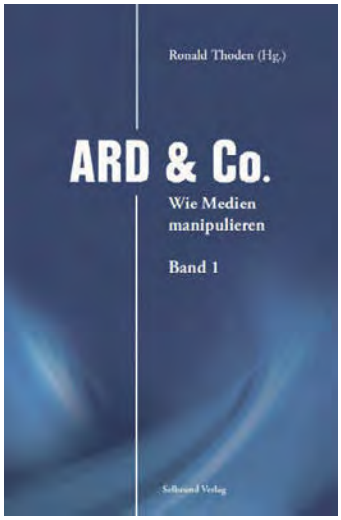
DAVID GOESSMANN: Lassen Sie es mich mit einem der größten investigativen Journalisten des letzten Jahrhunderts sagen. Der US-Journalist I. F. Stone hatte bei seiner Arbeit ein ehernes Prinzip: Reporter sollten mit der Voraussetzung an ihre Arbeit gehen, dass mächtige Institutionen lügen und nicht damit, dass sie die Wahrheit sagen. „Governments lie", war seine Devise. In den 1950er Jahren wollte jedoch keine Zeitung den angesehenen Journalisten anstellen. Er stand auf schwarzen Listen der US-Regierung.

1953 gründete er das berühmte I.F. Stone Weekly, einen Newsletter, aus der Not geboren. Der „muckraking journalist" Stone war damit eine Art Pionier-Blogger, Vorbild für unabhängige Journalisten wie Michael Moore, Glenn Greenwald oder Jeremy Scahill. Während New York Times, CBS und Co. in den Vereinigten Staaten einfach Regierungspropaganda weiterreichten, opponierte Stone bereits früh gegen den Vietnamkrieg, gegen Diskriminierung und politische Repression. Sein journalistischer Stil war schmucklos:

„Ich habe mich nie für Insider-Kram interessiert. (…) Ich versuchte vielmehr Informationen bereitzustellen, die belegt werden können, so dass die Leser sie selbst überprüfen können. Ich bemühte mich, die Wahrheit aus Anhörungen, offiziellen Mitschriften und Regierungsdokumenten so akkurat wie möglich freizulegen. (…) In jeder Ausgabe habe ich versucht, Fakten und Meinungen, die sonst nirgends in der Presse aufzufinden sind, zu bieten."

Stone war es auch, der dem US-Präsidenten Lyndon B. Johnson nachwies, dass er zum Vorfall im „Golf von Tonkin" gelogen hatte, veröffentlicht in seinem „one-man" Weekly. Die millionenschweren US-Mainstreammedien von New York Times und Washington Post mit besten Kontakten in die gesellschaftlichen Schaltzentralen schwiegen dazu.

Mit der gleichen Skepsis, die I.F. Stone der Regierung entgegenbrachte, sollte man auch an die Berichterstattung der Mainstreammedien herangehen. Denn auch sie stellen mächtige Institutionen dar. Wer sich anschaut, wer die Medien besitzt, finanziert, managt, den notwendigen Strom an Informationen und Nachrichten täglich bereitstellt oder sie mit „Gegenfeuer" beeinflussen und disziplinieren kann, der sollte die Zeitung morgens mit einer tiefen Grundskepsis aufschlagen oder die Nachrichten anschalten. Die Frage sollte im Kopf immer lauten: Sieht die Weltwirklich so aus? Erhalten wir das volle Bild über relevante Ereignisse? Wer erhält ein großes Forum und wer nicht? Wo wird verzerrt, gelogen, weggelassen,ausgeblendet und mit doppelten Standards berichtet?



Selbrund Verlag: ARD & Co. Wie Medien manipulieren – Band 1 Ronald Thoden (Hg.)

Man kann natürlich auch dem Idealismus der „freien Presse" folgen. Das ist die Grundhaltung, die uns anerzogen worden ist. Sie macht jedoch keinen Sinn. Ich meine, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse enden ja nicht auf wunderbare Weise an den Toren der Medienunternehmen und Rundfunkanstalten.

Journalisten sollten daher vor allem mit der Wahrheit verheiratet sein – und nicht mit ihren Medienunternehmen oder -anstalten. Und Medienkritik sollte eine ihrer vornehmsten Aufgaben sein. Denn was die Bürger über die Welt erfahren, bekommen sie aus den Massenmedien. Daher muss die Berichterstattung permanent überprüft und hinterfragt werden, in Hinsicht darauf, ob die Medien dieser Verantwortung auch gerecht werden.

Und dabei ist es ja auch nicht so, dass wir bei null anfangen müssten: Es gibt bereits einen enormen Korpus an fundierter, gut belegter Medienkritik und -analyse. Und auch viele Journalistinnen und Journalisten tragen täglich dazu bei, uns eine andere, zum Schweigen gebrachte Welt zu präsentieren, fast immer jedoch außerhalb der klassischen medialen Öffentlichkeit. Sehr beindruckend, sehr progressiv, sehr inspirierend. Das ist der Keim für die allerorts so dringend notwendige Veränderung.

JW: *Aber ist Medienkritik nicht per se „rechts"? Also, etwa die Rede von der „Lügenpresse"; ein Wort, das ja zum Unwort des letzten Jahres erklärt worden ist…*

DG: Es hat immer auch eine Kritik an den Medien gegeben, dass sie zu „links", zu „liberal" seien. Im politischen Mainstream wird dieser Mythos permanent evoziert, um Grenzen zu markieren und Meinungs-„Exzesse" schon im Keim zu ersticken. Aber es gibt die Vorwürfe auch von außerhalb – mit einer ähnlich kruden Vorstellung von „Liberalität". Das Pegida-Wort „Lügenpresse" ist natürlich ein Geschenk für jene, die fundierte Kritik auf Distanz halten wollen.

Denn wer das Grundvertrauen in Süddeutsche, Spiegel & Co. infrage stellt, darf keine Liebkosungen erwarten. Mächtige gesellschaftliche Institutionen haben kein Interesse daran, infrage gestellt zu werden. Das gilt auch für moderne Massenmedien.

Wer in den 60er Jahren den Vietnamkrieg und die Rolle westlicher Medien kritisierte, wurde als „antiamerikanisch" diskreditiert. Wer den offiziellen Diskurs über die „Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat" attackiert, ob nun als Agenda 2010 oder „Griechenlandrettung" maskiert, dem werden ideologische Kreuzzüge unterstellt. Bei der Ukraine-Krise landet man schnell neben Putin und Menschenrechtsverletzungen, früher waren es Stalin und der Gulag. Bei der Kritik an den Massakern der israelischen Regierung im Gazastreifen und deren medialer Präsentation wird rituell eine neue „Welle von Antisemitismus" ausgemacht. Und wer nach 9/11 in Vorbereitung auf den US-geführten Luftkrieg gegen Afghanistan nur leicht vom offiziellen Meinungskurs abwich, fand sich als Terroristen-Versteher einsortiert.

Wir erinnern uns noch an die Demutsgeste, die der damalige Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert machen musste, weil er es gewagt hatte, in einem Interview auf die Bush-Kritik der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy hinzuweisen. Die damalige CDU-Vorsitzende Angela Merkel stellte in der Bild-Zeitung daraufhin fest, dass Wickert damit „absolut nicht mehr tragbar als Nachrichtenmoderator im öffentlich-rechtlichen Fernsehen" sei. Wickert hatte schlicht missverstanden, dass eine im Feuilleton der Frankfurter Allgemeine Zeitung publizierte "Außenansicht", noch lange nicht bedeutet, dass solche Meinungen auch zitierfähig sind.

Und heute eben der Verweis auf Lügenpresse, Pegida, Deutschnationale oder rechte Verschwörungstheoretiker. Alles nicht überraschend und schon gar nicht neu. Die wirksamste Waffe ist aber, unangenehme Medienkritik einfach zu ignorieren..

JW: *Und auf welche Art und Weise „manipulieren" die Medien denn nun genau? Wie organisiert sie hier die Manipulation – und was ist sozusagen ihr Handwerkszeug?*

DG: Um nicht missverstanden zu werden: Es ist nicht so, dass Journalisten sich hinsetzen und sagen: So, jetzt manipulieren wir mal die Ereignisse, die Realität. Ich denke nicht einmal, dass man das Journalisten der Prawda zu Zeiten der Sowjetunion vorwerfen könnte. Jedenfalls sind bewusste Manipulationen nicht das Kernproblem.

Journalisten der Medienunternehmen und Rundfunkanstalten berichten im Prinzip, was sie vor Augen haben, durchaus professionell und objektiv. Aber sie tun das nicht im luftleeren Raum, sondern in einem sehr engen ideologischen Rahmen. Wie gesagt, die Massenmedien haben eine institutionelle Schlagseite. Und diese Schlagseite funktioniert wie ein Set von Filtern, durch das die Informationen und Meinungen hindurchgehen. Und die Filter sind so beschaffen, dass nicht alle Informationen, Meinungen, Hintergründe und Stimmen die gleiche Chance haben zu passieren, die gleiche Aufmerksamkeit erhalten, auch wenn ihre Relevanz für das Verständnis von Ereignissen essentiell ist.

JW: *Haben Sie dazu vielleicht ein konkretes Beispiel parat?*

DG: Ja, nehmen wir exemplarisch die Weltklimakonferenz in Paris. Das Leitmedium FAZ brachte zum Auftakt ein mehrseitiges „Klimagipfel-Special". Im Aufmacher erfuhren wir, dass unter Führung der Klimakanzlerin Angela Merkel die „Klimamusterschüler", die Europäer, beim letzten entscheidenden Gipfel in Kopenhagen 2009 „machtlos … vom Katzentisch aus" zusahen, wie Obama in Nachtsitzungen versuchte, einen Deal herzustellen – und scheiterte. Nun solle gewährleistet werden, dass die Energiewende, wie sie „unter Ächzen" in Deutschland vorgemacht werde, auch weltweit gelinge. Klima habe längst eine Priorität auf den „Tagesordnungen der G-7-, der G-20-Staaten" – dank Merkel. Aber es gäbe da Bremser und Klimaschurken. „Saudi-Arabien und Venezuela" etwa blockierten die Klimaverhandlungen. Und sie sind nicht allein: „Unter Verweis auf die ‚historische Verantwortung' der Europäer und Amerikaner weigern sich Staaten wie China, Indien oder reiche Ölstaaten bisher, einen angemessenen Anteil der Kosten dafür zu tragen, den Klimawandel zu verhindern oder sich an seine Folgen anzupassen." Wir erfahren, dass die Industrienationen nicht mehr wie noch 1990 zwei Drittel, sondern „nur noch die Hälfte" der weltweiten Treibhausgase emittierten. Aber: „Die Europäer allein können das Klima nicht retten".

Im Kern ist das der ideologische Rahmen, in dem die Mainstreammedien Klimaschutz und die Klimakrise thematisieren: EU und Deutschland bemühen sich, die Welt zu retten, andere – wie die USA – müssen noch mitgezogen werden, und die Bremser – China & Co. – müssen endlich auch liefern, nur so kann die Klimakrise verhindert werden. Es gibt noch weitere ideologische Elemente in der medialen Berichterstattung, zum Beispiel, dass die Bevölkerungen für die Rettung des Planeten aufkommen müssen und sollen – und nicht etwa jene, die bis heute mit der Schädigung der Atmosphäre enorme Profite gemacht haben.

Schauen wir uns demgegenüber aber einmal die Realität an: Bisher haben Deutschland und die EU kaum Emissionsreduktionen durch Klimaschutz erreicht, die „Musterschüler" haben unter anderem von günstigen externen Umständen wie der Deindustrialisierung nach dem Fall der Mauer profitiert. Die deutsche Regierung hat auf EU-Ebene sogar viele Klimaschutz-Maßnahmen blockiert und aufgeweicht, so beispielsweise die CO-2-Grenzwerte bei Neuwagen. Deutschland ist zudem „kohlenstoffinsolvent", hat von 1990 an gemessen längst sein „Emissionsbudget" ausgeschöpft und ist tief im Treibhausgas-Soll. Würden die Emissionen, die in China usw. bei der Produktion von Gütern entstehen, die schließlich in Deutschland konsumiert werden, nicht auf das Konto von China, sondern auf das der Deutschen angerechnet, hätten wir ein Viertel mehr Treibhausgase in der Bilanz, China hingegen weitaus weniger. Auch ist es weiter in einer Führungsposition bei den Pro-Kopf-Verbräuchen von Treibhausgasen. Ein Deutscher produziert beispielsweise doppelt so viele Treibhausgase im Jahr wie ein Chinese und achtmal so viele wie ein Inder.

Auch macht die EU-Zusage, bis 2030 40 Prozent der Treibhausgase zu senken, nur ein Fünftel des „fairen Anteils" aus, den die Staatengemeinschaft eigentlich leisten müsste, wenn man das verbleibende Globalbudget an CO-2-Emissionen einigermaßen gleich verteilen würde Ähnliches gilt für die USA, während die Entwicklungsländer wie China, Indien & Co. mit ihren Reduktionszusagen ihren Anteil sogar übererfüllen, wenn man konservative Fairness-Kriterien anlegt. Selbst wenn man den Fairness-Gedanken einmal abblendet und die Emissionsrealität zur Kenntnis nimmt, müssen die Industrienationen massiv nachlegen. Der britische Klimawissenschaftler Kevin Anderson, Vize-Direktor des renommierten „Tyndall Center for Climate Change Research", hatte schon 2013 den damaligen EU-Kommissionspräsidenten Manuel Barroso in einem offenen Brief eindringlich gemahnt, dass aus wissenschaftlicher Sicht die EU bis 2030 mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 reduzieren müsste, um gefährlichen Klimawandel zu verhindern.

Doch solche Ansichten leiten weder die EU-Politik noch die deutschen Massenmedien an. Mit wenigen Ausnahmen jedenfalls.

Ebenfalls irrelevant für die deutsche Presse: Mit den aktuellen Klimaschutzmaßnahmen, insbesondere im Bereich Kohleverstromung, wird Deutschland den Prognosen nach selbst sein offizielles, viel zu niedriges Klimaziel für das Jahr 2020 sehr wahrscheinlich verfehlen. Die Reaktion der Presse: Das deutsche „Klimanotprogramm" sei nach Jahren steigender Emissionen ein „Etappensieg für Hendricks" und der „Kohlekompromiss" ein „Durchbruch gegen Klimakiller" – so exemplarisch die taz. Während die vor kurzem aufgeflogenen Emissionstricksereien Chinas die

Publiziert am 24.1.2016, 13:36 Uhr, von Jens Wernicke auf Nachdenkseiten.de, Original: http://www.nachdenkseiten.de/?p=30135

deutschen Artikelschreiber echauffieren, wird über die Schönrechnereien der eigenen Regierung wohlwollend hinweggesehen.

Um aber auf Ihre Frage zurückzukommen: Wie also wird hier verzerrt, manipuliert oder gar gelogen? Bleiben wir beim Beispiel Klimakrise und Klimaschutz: Die Medien geben die offizielle Version wieder und filtern die „unangenehmen Tatsachen" möglichst aus. So werden Blicke hinter die glitzernden Zahlenfassaden der Mächtigen vermieden. So feiert die Presse das Klimaabkommen von Paris bei der COP 21 als „historisch", obwohl es die Erde um 3 bis 4 Grad Celsius erwärmen wird, mit katastrophalen Folgen. Wenn die Realität an den Rändern mal durchscheinen darf, hat das keine Auswirkungen auf die Wirkung der veröffentlichten Meinung an sich, den allgemeinen Fokus, das allgemeine Stimmungsbild der Bevölkerung.

Stimmen aus Entwicklungsländern, von indigenen Gruppen, kritischen Analysten und Wissenschaftlern, aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, von Mahnern und Aktivisten tauchen in der Berichterstattung praktisch nicht auf oder werden umgehend neutralisiert: Als beispielsweise am 29. November fast 700.000 Menschen in Protesten für Klimagerechtigkeit weltweit in dutzenden Ländern auf die Straße gingen, fand sich darüber auf Seite 7 der Süddeutschen Zeitung ein einzige kleine und zudem versteckte Notiz. Und als vor einem Jahr 400.000 Menschen in New York City die Industrieländer zu fairem Klimaschutz in einer der größten Demonstrationen des Landes aufforderten, war das Ergebnis ähnlich.

Wie gesagt: Niemand hat hier bewusst manipuliert, das Resultat des Ganzen ist aber dennoch ein Zerrbild der realen Welt, das sich den Interessen und Bedürfnissen der Mächtigen und nicht denen der Bürger und Bewegungen anschmiegt.

JW: *Im eingangs erwähnten Aufsatz im Buch „ARD & Co." haben Sie das ja exemplarisch am Beispiel der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung zum Thema Griechenland untersucht. Welches Bild zeichnete sich denn hier?*

DG: Die SZ hat über den ganzen Krisenverlauf hinweg aus der Perspektive der deutschen Regierung, der Troika-Politik, der „Gläubiger" berichtet. Als die Syriza-Partei Anfang 2015 an die Macht kam, legte sie schließlich alle journalistischen Manieren ab und bezeichnete die griechischen Verhandlungspartner Varoufakis und Tsipras als „Hassardeure" und irre „Achterbahnfahrer", die mit einer „Harakiri-Politik" eine „Vertrauensimplosion" mit einem „Maximalschaden für die Menschen" erzeugen wollten. Chef-Kommentator Stefan Kornelius betitelte den „irren Kurs" der Syriza-Regierung mit den Worten „Ins Chaos". Der vermeintlich „irre Kurs" von Syriza bestand dabei vor allem daraus, Wirtschaft und Beschäftigung ein wenig beleben zu wollen, um überhaupt eine Basis für die Rückzahlung der Schulden zu schaffen. Grund genug für die SZ, mehr irrationale Troika-Politik zu fordern und ein „Graos" an die Wand zu malen!

Natürlich macht es ökonomisch überhaupt keinen Sinn, eine Volkswirtschaft in einer tiefen Rezession durch Kürzungen aus der Krise führen zu wollen. Weder in der Theorie noch in der Praxis. Deutschland selbst oder auch die USA haben das in der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 daher auch nicht getan, im Gegenteil: Sie befeuerten die Volkswirtschaft mit einem massiven Konjunkturprogramm, finanziert mit neuen Schulden. Im Guardian, der New York Times oder der Financial Times rieben sich ob der ideologischen Fixierung Deutschlands im Falle Griechenlands dann auch Nobelpreisträger verwundert die Augen. In der SZ wurde diese Kritik jedoch schlicht als „politischer Aktivismus" abgestempelt. Nur einige wenige Journalisten in deutschen Zeitungen schrieben gegen diesen offensichtlichen deutschen Irrsinn an. So etwa Harald Schumann vom Tagesspiegel, Ulrike Herrmann von der taz und Wolfgang Münchau von Spiegel Online.

Es ist wirklich erstaunlich, wie wenig Diskussionen hier zugelassen wurden und wie rigide gefiltert und auch direkt manipuliert worden ist….

JW: *Nun also doch … manipuliert?*

DG: In diesem Fall, ja. Ein Beispiel: So behaupteten die Medien etwa, allen voran erneut die SZ, dass die privaten Gläubiger und Banken sich „in der Nacht, als das Wunder geschah" mit über 100 Milliarden Euro an der „Rettung" beteiligt hätten, dem sogenannten „Haircut". Zum ersten Mal seien die Banken auf einer Riesensumme sitzen gelassen worden, hieß es. Jeder konnte wissen, dass der größte Teil davon den Banken von den Steuerzahlern kompensiert wurde. Die Medien verschwiegen das aber.

Und noch etwas ist wichtig. Dass nämlich diese ganze ökonomische Public Relations im Dienste der Troika-Politik von einer Art „Ideologie der Schulden" zusammengehalten wird, die so tief in die Berichterstattung eingelassen ist, dass sie gar nicht mehr thematisiert werden muss. Diese besteht im Prinzip darin, dass die Griechen zahlen müssen – selbst dann, wenn die Schulden, um die es geht, vollkommen illegitim und keineswegs von „den Griechen" überhaupt zu verantworten sind.

Ein Beispiel: Im Frühling 2015 kommt der unabhängige Wahrheitsausschuss unter Leitung des führenden Schuldenexperten Eric Toussaint, eingesetzt vom griechischen Parlament, in einem Schuldenaudit zu dem Ergebnis, dass alle griechischen Schulden illegitim, illegal und nach internationalem Recht „verwerflich" sind und daher gestrichen werden müssen. Das Audit und die Schlussfolgerungen basieren auf einem enormen Fundus an Material und Dokumentation. So geht ein Großteil der griechischen Schulden etwa zurück auf Kredite der Militärdiktatur zwischen 1967 und 1974. Diese sind nach internationalem Recht „odious" und müssen nicht zurückgezahlt werden. Dazu kommen Kredite aus korrupten Deals, meist Rüstungsgeschäften mit französischen oder deutschen Konzernen sowie risikoreichen Kredite europäischer Großbanken nach der Euroeinführung. Die Griechen stimmten diesen Deals weder zu noch profitierten sie davon. Die griechische Staatsquote lief in der ganzen Zeit unterhalb des EU-Durchschnitts. Nach Ausbruch der Krise wurden den ausländischen Banken ihre griechischen Ausfallrisiken dann von der Troika abgenommen, getarnt als „Griechenlandrettung". Gepaart mit einem Kürzungsprogramm katapultierte man dann die griechische Schuldenquote in astronomische Höhen. Dabei verstießen die Troika, die bilateralen Kreditgeber und die griechischen Regierungen gegen diverse rechtliche Bestimmungen, insbesondere menschenrechtliche Garantien, so das Audit.

Von der SZ erfährt man über das Audit aber nur so viel, dass der „Kreuzzug Varoufakis"", der gar nichts mit dem Audit zu tun hatte, „gefährlicher Unfug" sei – ohne dass die Ergebnisse der Wahrheitskommission überhaupt zur Kenntnis genommen werden. Die Reparations- und Schuldenforderung der Griechen gegen Deutschland deklariert das nationale Leitmedium hingegen umgehend als „illusorisch", die rechtlichen Tricksereien der Bundesregierung hingegen als „juristisch betrachtet" überzeugend.

Die Lektion, von der das deutsche Publikum jedoch durch entsprechende Fokussierung und Vernebelung abgeschirmt werden muss, ist: Griechische Schulden müssen zurückgezahlt werden, auch wenn sie jeglicher Legitimität entbehren, das Land ökonomisch weiter in die Krise treiben und die Last auf unbeteiligte Dritte und die Schwächsten abgewälzt wird. Bei „unseren" Schulden hingegen gelten andere Maßstäbe, so etwa bei den deutschen Reparationsschulden, der deutschen Zahlungsverweigerung bei der Entwicklungshilfe oder den Klimaschulden, die einfach übergangen werden können. Ohne diese journalistische Doppelmoral würden politische Medienkampagnen mit Slogans wie „Geisterfahrer Tsipras" oder „Pleitegriechen" sofort in sich zusammenbrechen und als Heuchelei öffentlichem Gelächter anheimfallen.

JW: *Und derlei würden Sie verallgemeinern: Derlei Eindeutigkeit*

prägt alle unsere Medien zu jeder denkbaren Zeit?

DG: Nun, Eindeutigkeit gibt es bei solchen Dingen natürlich nicht. Dafür sind die Medien viel zu komplex. Aber ja, moderne Massenmedien tendieren dazu, Stimmen der Macht zu sein. Wenn die Eliten sich auf einen politischen Kurs geeinigt haben, dann ist es die Aufgabe von Massenmedien, um Zustimmung dafür zu werben.

Und natürlich haben Medien auch unterschiedliche Funktionen. Sie bieten zum Beispiel auch Unterhaltung und Information. Das ist auch gemeinhin bekannt. Über das aber, was Edward Herman und Noam Chomsky in ihrem Klassiker „Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media" als Propagandafunktion bezeichnen, wird standhaft geschwiegen. Und das, obwohl die These schlüssig ist, mit vielen empirischen Fallstudien gut belegt werden kann und weitreichende Konsequenzen hat. Wenn man so will, ist dieses Schweigen eine Bestätigung des sogenannten Propaganda-Modells der beiden genannten Wissenschaftler auf einer weiteren Ebene.

JW: *Aber es gibt ja auch kritische Stimmen…*

DG: Ja, die gibt es. Wie gesagt etwa Wolfgang Münchau, Ulrike Herrmann und Harald Schumann, die während der Griechenlandkrise wichtige Einsichten lieferten. Das hat wohl vor allem mit journalistischer Professionalität und Ethos zu tun.

JW: *Die „guten Leute" fungieren aus systemischer Sicht als … „linke Pluralitätskasper", verstehe ich recht?*

DG: Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben. Sie leisten wichtige Arbeit, von der wir alle profitieren können und sollten. Es sollte mehr davon geben. Richtig ist aber auch: Ein paar Journalisten, die vom allgemeinen Kurs abweichen, machen noch keine „Massenmedien" und „Massenberichterstattung". Beim sogenannten „Krieg gegen den Terror" dürfen ja zum Beispiel auch Kritiker wie Jürgen Todenhöfer zu Wort kommen. Aber die mediale Rahmung des internationalen Terrors wird dadurch nicht geändert. Terror ist qua definitionem „ihr" Terror gegen „uns", niemals „unser" Terror und „unsere" Aggression gegen „sie".

Der US-„Drohnenkrieg" mit deutscher Unterstützung, der in der realen Welt ein terroristisches Mordprogramm ist, wird von den deutschen Medien als „völkerrechtlich strittig" präsentiert – wenn überhaupt darüber berichtet wird. Machen Sie einfach einmal den Gegencheck: Sind die Terrorakte von Paris etwa „rechtlich strittig"? Zudem: Die Opfer „ihres" Terrors sind für die Medien „wertvoll" und erhalten angemessene, zum Teil sogar hysterische Beachtung; die Opfer unseres Terrors sind „wertlos" und können übergangen werden. Vergleichen Sie einmal die Berichterstattung zu den Attentaten von Paris mit den Opfern der Kriege und Militäroperationen der USA und seiner Alliierten üblicherweise am anderen Ende der Welt..

Streift man das infantile Grundvertrauen in die Massenmedien also einmal ab und betrachtet nüchtern die Fakten, stellt sich die Frage: Was sagt uns dieses Schweigen, diese ideologische „Schieflage" in der Berichterstattung über die klassischen Medien und ihr Verständnis von demokratischer Verantwortung?

JW: *Hat sich Ihrer Meinung nach die Entwicklung in den letzten Jahren zugespitzt? Warum und wodurch tut sie das denn?*

DG: Ich würde sagen, dass das Bild gemischt ist. Ja, es gibt zunehmende Medienkonzentrationen, Kommerzialisierungen, schlechtere Arbeitsbedingungen für Journalisten, mehr PR-Einfluss usw. Das ist schädlich, weil die institutionelle Schieflage dadurch verstärkt wird. Aber die Berichterstattung hat sich auf längere Sicht betrachtet meiner Einschätzung nach verbessert.

Das hat vor allem mit gesellschaftlichen Veränderungen zu tun. Wir sind heute eine offenere Gesellschaft als noch in den 1950er und 1960er Jahren. Das ist das Verdienst von Bewegungen und Vorkämpfenden für verschiedene Rechte. Wir haben heute eine lebendigere Zivilgesellschaft!

Und das lässt sich auch im Medienbereich beobachten. Die gesellschaftlichen Entwicklungen sind nicht spurlos an der Presse und den Journalisten vorbeigegangen. Das politische Spektrum hat sich erweitert. Aber man sieht dort, wo die Politik progressive Entwicklungen zurückdreht wie im Fall der neoliberalen Wende oder auch außenpolitisch aggressiver auftreten will, dass die Medien ihre Funktion als Megaphone der Eliten weiterhin gut erfüllen.

JW: *Was können wir als progressive Kräfte denn tun?*

DG: Was progressive Kräfte immer getan haben: Missstände ausmachen und sich politisch organisieren, um sie zu lindern oder zu beseitigen. Dabei sind Bildung, Information und Aufklärung zentral. Ohne sie geht es nicht.

Und, ja, es macht Arbeit, sich durch Dokumente zu wühlen und die Hindernisse beiseite zu räumen, die einem rationalen Verständnis von politischen Ereignissen in den Weg gelegt werden. Aber im Prinzip kann jeder die medialen Verzerrungen entdecken, wenn er die richtigen Fragen stellt.

Wir sollten beispielsweise nicht akzeptieren, nur über „ihren" Terror zu sprechen und „unseren" zu übergehen. Journalisten und Medienkritiker sollten dabei helfen, den täglichen politischen Diskurs- und Informationsschutt beiseite zu schieben und zu einer kritischen Haltung zu animieren. Keine kleine Aufgabe im Übrigen, aber sehr nützlich – siehe etwa die NachDenkSeiten in Deutschland oder Democracy Now in den USA.

JW: *Sie setzen auf alternative Medien? Inwiefern könnten diese hilfreich sein?*

DG: Ich habe mit dem Journalisten und Dramatiker Fabian Scheidler 2009 das unabhängige TV- und Radio-Magazin Kontext TV gegründet. Seitdem produzieren wir Sendungen über Krieg und Frieden, Gerechtigkeit, soziale Bewegungen usw. Wir haben über die Bankenrettung berichtet, die Eurokrise, die Klimakrise, die Wasserkrise, den Afghanistankrieg, die Ukrainekrise, die Ausbeutung Afrikas und vieles mehr. Wir sind zu Weltsozialforen nach Dakar und Tunis gereist, um von dort die Stimmen des Globalen Südens, aber auch der Zivilgesellschaft der Industrienationen einzufangen. Und wir reisten zum Weltklimagipfel nach Paris, um von der Klimagerechtigkeitsbewegung und den Entwicklungsländern aus die Verhandlungen zu beobachten.

All diese Stimmen, die sich in verschiedenen politischen Kämpfen befinden, bedeuten einen Schatz von Wissen, Analysen, Einsichten und Kommentierungen, der von den Mainstreammedien nicht genutzt wird. Er ist jedoch der Nährboden, aus dem sich geschichtlicher Fortschritt speist. Die Kräfte, die die Welt von unten verbessern wollen, brauchen Foren, auf denen sie voneinander lernen und sich austauschen können. Die klassischen Medien sind dafür nicht geeignet. Vielleicht können die progressiven Medien auch Einfluss auf die Mainstreammedien ausüben, indem sie sie mit „unangenehmen Tatsachen" infizieren. Amy Goodman von Democracy Now nannte das einmal „trickle up"-Journalismus. Das wäre sicherlich sehr hilfreich, um Meinungsbildung und Demokratie im Land voranzubringen bzw. überhaupt einmal zu ermöglichen.

JW: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

Im Interview:

David Goeßmann

ist freier Journalist. Er arbeitet unter anderem für den Deutschlandfunk, den WDR und SWR. 2009 gründete er zusammen mit dem Dramatiker und Journalisten Fabian Scheidler das unabhängige TV-Nachrichtenmagazin Kontext TV.

www.kontext-tv.de

Dieser Text wurde zuerst auf den **NachDenkSeiten.de** unter der URL ‹www.nachdenkseiten.de/?p=30135› veröffentlicht (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://www.free21.org/?p=20048›

Bericht des russischen Geheimdienstes über die **türkische Hilfe für Daesh**

Rekrutierung von ausländischen Terroristen-Kämpfern für Syrien, Erleichterung ihrer grenzüberschreitenden Bewegung in dieses Land und Lieferung von Waffen an terroristische Gruppen, die in seinem Hoheitsgebiet operieren.

von Thierry Meyssan

(Foto: YouTube Turkey Funds ISIS in Illegal Oil Smuggling Reason Russian Jet Shot Down ‹https://youtu.be/V0PqnJSScnQ›)

Verfügbaren Informationen zufolge haben Vertreter des Islamischen Staats im Irak und in Syrien (ISIS) ein riesiges Netzwerk in Antalya mit Hilfe der türkischen Sonderdienste erstellt, um Staatsbürger aus Ländern der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Türkei für ihre Teilnahme an dem Konflikt in Syrien zu rekrutieren und sie möglicherweise nach Russland zu übertragen.

Die Gruppe der Personalvermittler besteht aus: einem kirgisischen Bürgers genannt Abdullah; einer Person aus der Respoublika Adygueïa bekannt als Azmet; einer Person aus der Republik Tatarstan genannt Elnar; einem russischen Staatsbürger, Ilyas benannt; einem aserbaidschanischen Bürger namens Adil Aliyev und einer Person aus der autonomen Republik Karatschai-Tscherkessien, genannt Nizam. Sie wird von einem als russischer Staatsbürger bekannten Ruslan Rastyamovitch Khaiboullov geleitet (Pseudonyme: Baris Abdoul oder „Der Lehrer"), in Tatarstan am 1. April 1978 geboren. Letzterer lebt mit seiner Familie in Antalya und ist Inhaber eines Daueraufenthaltes in der Türkei.

Die Einstellung erfolgt im Lichte und mit dem Wissen der Gefängnis-Verwaltung. Wenn ein Häftling sich verpflichtet, sich zum Islam zu konvertieren und sich zu terroristischen Aktivitäten engagiert, versprechen die Werber „ein Abkommen" mit den türkischen Strafverfolgungsbehörden „zu machen" und kostenlose Dienstleistungen eines türkischen Rechtsanwalts, Tahir Tosolar anzubieten. Sultan Kekhoursaev, ein Tschetschene mit türkischer Staatsbürgerschaft, hat auch für den gleichen Zweck Auffanglager besucht, wo Ausländer gehalten werden.

September 2015 wurde eine Gruppe von Kämpfern von dem ISIS von mehr als tausend Männern aus Europa und Zentralasien über den Grenzposten von Alikaila (Gaziantep) aus türkischem Gebiet nach Syrien überführt.

Routen für die Bewegung der Kämpfer gehen sehr nahe an der türkisch-syrischen Grenze vorbei, durch die Städte von Antakya, Reyhanlı, Topaz, Şanlıurfa und Hatay.

März 2014 koordinierte der Chef der türkischen National Intelligence Organisation (MIT), H. Fidan, die Bewegung einer großen Einheit des ISIS unter der Leitung eines libyschen Bürgers, Mahdi al-Kharati [1]. Kämpfer aus Libyen in Syrien wurden auf dem Seeweg über den Grenzposten Barsai zwischen der Türkei und Syrien transportiert.

Seit dem Ende des Monats Dezember 2015 wird eine Route per Luftverkehr mit Hilfe der türkischen Sonderdienste aktiviert, um die ISIS Kämpfer von Syrien über die Türkei, durch den Einsatz von türkischen Militärflugzeugen nach Jemen zu transportieren. Ein anderes Mittel für den Transport der Kämpfer ist per Schiff zum jemenitischen Hafen von Aden.

Russische Bürger, die Kontakte mit Vertretern der Sicherheitsdienste und der Polizei und mit Verwaltungen mehrerer türkischer Städte haben, wie Istanbul, sind an Rekrutierungs-Tätigkeiten durch türkische Madrassas beteiligt.

Wir wissen, dass Pflege und Rekonvaleszenten Zentren auf türkischem Gebiet in der Nähe der syrischen Grenze verletzten ISIS Kämpfern zugänglich sind. Nicht weniger als 700 Kämpfer waren in der Rehabilitation in Gaziantep, im Jahr 2014.

Verfügbaren Informationen zufolge haben ab 2015 türkische Sonderdienste beim Transfer von Antalya nach Eskişehir einer Gemeinschaft geholfen, unter dem Namen „tatarisches Dorf', das Kämpfer und Komplizen der Terroristen Gruppe al Nusra Front beherbergt, die von Tataren der Bevölkerung der Republiken, Tatarstan, Mordwinen und Baschkortostan abstammen. Einige von ihnen haben doppelte Staatsangehörigkeit, die von Russland und der Türkei.

Einer der wichtigsten Führer des Dorfes ist Timur Maunirowitsch Bitschurin, russischer Staatsbürger, geboren am 15. Dezember 1969, gebürtig aus Kasan und der seit Januar 2014 Komplize der islamistischen Kämpfer in Syrien ist.

Dezember 2014 halfen türkische Sonderdienste illegalen Einwanderern in der Türkei Zusammenschluss Lager aufzubauen, vor allem in der Provinz Hatay, um Training zu organisieren und Extremisten Banden nach Syrien zu senden. Im Januar 2015 war der Türkische MIT an einer Operation beteiligt, die darauf abzielte, drei terroristische Milizen - Osman Gazi, Omer bin Abdulaziz und

Free21

Das Abo 2016:

Erscheinung alle 2 Monate.

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe.

10,-/Ausgabe.

free21abo.de

ISIS-Kämpfer in der syrischen Stadt Ras al-Ain, Bild von der türkische Seite der Grenze aufgenommen, Ceylanpinar, Sanliurfa. (Bildschirmfoto übernommen von Reuters, keine Lizens)

Omer Mukhtar — in eine Gruppe namens Brigade Sultan Abdulhamid zu verschmelzen, deren Befehl Omer Abdullah gegeben wurde. Die Mitglieder dieser Gruppe werden in einem Camp in Bayır Bucak (Türkei) trainiert, unter der Leitung von Ausbildnern von Spezial-Einheiten der Streitkräfte für Interventionen des Generalstabs der türkischen Armee und Mitarbeitern des MIT. Die Aktivitäten der Brigade Sultan Abdulhamid werden mit denen der al-Nusra Front Kämpfer im Norden der syrischen Provinz Latakia koordiniert.

Es steht fest, dass Vertreter der syrischen Opposition, die eine militärische Ausbildung in einem Lager in Kırşehir in der Türkei absolviert hatten, am 21. September 2015, in der syrischen Stadt von Tell Rifaat, Waffen an die Kämpfer der al-Nusra-Front geliefert haben.

Verfügbaren Informationen zufolge gehen die Lieferungen von Waffen an terroristische Gruppen, die in Syrien operieren, weiter, mittels durch Stiftungen bereitgestellter Mittel wie İnsan Hak Ve Hurriyetleri Ve İnsani Yardım Vakfı (IHH) [2], İmkander und Öncü Nesil İnsani Yardım Derneği, wohnhaft in der Türkei.

Waffen, militärische Ausrüstung und Munition Lieferungen verschiedener Typen werden aus dem Ausland an den türkischen İskenderun-Hafen weitergeleitet. Kriegsmaterial und Ausrüstung werden dann durch die Provinz Hatay (Grenzübergang von Oncupinar) nach Aleppo und Idlib in Syrien transportiert durch Fahrzeuge, die der IHH-Stiftungen, İmkander und Oconnor Nesil gehören, die die folgenden türkischen Registrierungen haben : 33 SU 317, 06 DY 7807, 33 SU 540, 33 SU 960, 42 GL 074 und 31 R 5487. Auf syrischer Seite werden die Waffen und Munition an turkmenische Banden und Einheiten der al-Nusra-Front verteilt.

Am 15. September 2014 haben Vertreter der IHH Stiftung per Straße Ladungen von Waffen und Medikamenten für ISIS Gruppen der türkischen Stadt Bursa nach Syrien über den Grenzposten von Ceylanpınar (Bezirk von Reyhanlı) weitergeleitet. Dieser Konvoi wurde von Fahrzeugen, die Mitarbeiter des MIT beförderten, durch die Türkei eskortiert.

Übersetzung: Horst Frohlich

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:

Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Quellen:

[1] Es muss sich um Mahdi al-Harati handeln, Bemerkung von Voltaire-Netzwerk

[2] Hilfsorganisation der türkischen muslimischen Brüder, Bemerkung von Voltaire-Netzwerk

Autor:

Thierry Meyssan

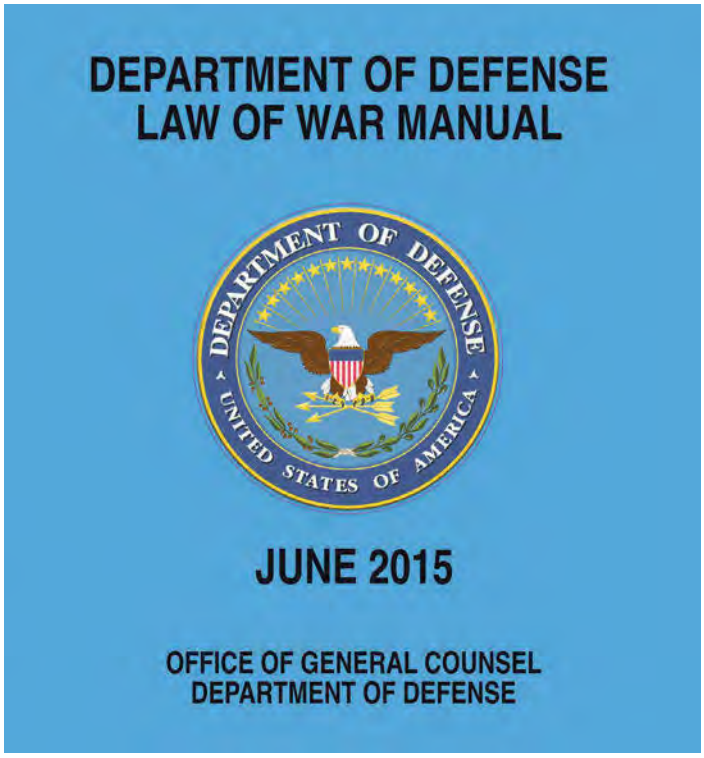
Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des Réseau Voltaire und der Konferenz Axis for Peace. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, lateinamerikanischen und russischen Presse.

www.voltairenet.org

Dieser Text wurde zuerst auf Voltaire Netzwerk unter der URL ‹http://www.voltairenet.org/article190340.html› veröffentlicht (CC BY-NC-ND)

‹http://www.free21.org/?p=20959›

Publiziert auf Free21 am 26.2.2016, 17:08 Uhr, von Thierry Meyssan auf Voltairenetz.org, Lizenz: Original: CC BY-NC-ND



Law of War Manual June 2015

Eine **Blaupause für totalen Krieg** und Militärdiktatur

Das neue vom US-Verteidigungsministerium herausgegebene „Handbuch zum Kriegsrecht" (Law of War Manual) ist im Wesentlichen eine Anleitung, wie man das Völkerrecht und US-Gesetze bricht und Kriegsverbrechen begeht.

Tom Carter

Das 1165 Seiten starke Dokument wurde im Juni 2015 vorgelegt und erst Monate später online gestellt. Es entspricht nicht geltendem Recht, sondern zeigt vielmehr, wie das Pentagon sich die Gesetze nach Gutdünken zurechtbiegt.

Das „Handbuch zum Kriegsrecht" des Pentagon

Nach diesem Handbuch setzt das „Kriegsrecht" (d.h. das Kriegsrecht, wie es das Pentagon versteht) nicht nur die internationalen Menschenrechtsverträge, sondern auch die US-Verfassung außer Kraft.

Das Handbuch erlaubt die Tötung von Zivilisten in bewaffneten Konflikten und schafft die Voraussetzungen für massenhafte Inhaftierungen durch das US-Militär. Journalisten dürfen nicht nur zensiert, sondern auch als Spione behandelt werden, wenn die Generäle das für notwendig halten. Das Handbuch stellt den Einsatz von Atomwaffen frei und lässt auch Napalm, Geschosse aus angereichertem Uran, Streubomben und andere schreckliche Waffen zu.

Das Handbuch sollte eher Manual für den totalen Krieg und die Errichtung einer Militärdiktatur genannt werden.

Das Handbuch ist der Beweis dafür, dass Militarismus und Demokratie nicht vereinbar sind. In den 25 Jahren seit der Auflösung der Sowjetunion und besonders in den vierzehn Jahren seit Beginn des sogenannten „Kriegs gegen den Terror" haben die USA fast ununterbrochen Krieg geführt. Damit versuchen sie, ihren wirtschaftlichen Niedergang durch Einschüchterung und militärische Gewalt auf der ganzen Welt zu kompensieren.

Die Regierung hat in der Ukraine mit Hilfe von Faschisten einen Staatsstreich inszeniert, in Ägypten unterstützt sie eine repressive Militärdiktatur. Sie billigt die Verwüstung des Gazastreifens und den Massenmord an den Palästinensern. Es ist kaum zu erwarten, dass eine solche Regierung in den USA selbst die Gesetze einhält und demokratische Prinzipien achtet.

Die Regierungen beider Präsidenten Bush und Obama haben den „Krieg gegen den Terror" zum schrittweisen Abbau demokratischer Rechte im Inland genutzt: Mit dem Patriot Act haben sie polizeistaatliche Einschränkungen eingeführt, und mittels der NSA und anderer Geheimdienste lassen sie die Bevölkerung rund um die Uhr überwachen. Sie haben die Polizei aufgerüstet. Sie lassen es nicht dabei bewenden, Vorkehrungen zur Inhaftierung und Ermordung von US-Bürgern ohne Anklage und Gerichtsprozess zu treffen, sondern haben bereits die ersten Präzedenzfälle geschaffen.

Bei all dem ist das Pentagon-Handbuch ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum Polizeistaat.

Präsident Dwight D. Eisenhower hat in seiner berühmten Abschiedsrede im Jahr 1961 vor den Gefahren gewarnt, die von dem „militärisch-industriellen Komplex" ausgehen. Das gegenwärtige US-Establishment aus Militär, Geheimdiensten und Großindustrie ist heute aber viel mächtiger und einflussreicher, als sich Eisenhower je hätte träumen lassen. Die Mächtigen mit den blutriefenden Händen schwimmen im Geld und brüsten sich ihrer Unangreifbarkeit, sie verachten das Recht und die Demokratie und sind entschlossen, in den USA und im Ausland weiterhin Gräueltaten und Kriegsverbrechen zu begehen.

Das Pentagon-Handbuch bringt eine weltweite Tendenz des Imperialismus zum Ausdruck. Wie seine Autoren betonen, waren „auch britische und australische Offiziere, die an Austauschprogrammen der US-Luftwaffe teilnahmen, an seiner Erstellung beteiligt". Weiter heißt es: „Außerdem haben Rechtsberater der Streitkräfte Kanadas, Großbritanniens, Neuseelands und Australiens den 2009 vorgelegten Entwurf des Handbuchs überprüft, und ausgewählte Juristen haben Kommentare dazu abgegeben" (s. Manual-Einleitung, S. V).

Das Handbuch, „in dem viele Jahre Arbeit und Erfahrung stecken", gilt für alle dem Verteidigungsministerium unterstellten Teilstreitkräfte: die Armee, die Marine, die Luftwaffe und das Marinekorps, die vier US-Geheimdienste, einschließlich der NSA, und die vielen anderen nachgeordneten Dienststellen und Pentagon-Behörden. Das sind im Ganzen 2,13 Millionen im aktiven Dienst stehende Personen und 1,1 Millionen Reservisten. Weiter heißt es in dem Handbuch: „Seit Jahren fordern Rechtsberater des Pentagons die Vorlage eines Handbuchs zum Kriegsrecht" (Einleitung, S. V). Das neue Handbuch ersetzt mehrere, unterschiedlich gearteten politische Dokumente, die bisher für die Teilstreitkräfte und die Geheimdienste Geltung hatten.

Das Handbuch ist das Ergebnis langjähriger Bemühungen sowohl Demokratischer wie Republikanischer Regierungen, darunter der Bush- und der Obama-Regierung. Es wurde von höchster Regierungsebene herausgegeben und von der „Arbeitsgruppe Kriegsrecht" erstellt. „Vorsitz führte ein

Vertreter des Verteidigungsministeriums, und Teilnehmer waren Vertreter der höchsten Militärrichter von Armee, Marine und Luftwaffe, der Rechtsberater des Marinekorps-Kommandeurs, Vertreter aller Rechtsabteilungen der Teilstreitkräfte und der Rechtsberater des US-Generalstabs“ (Einleitung, S. V–VI).

Der höchste Rechtsberater des Pentagons ist Stephen W. Preston, derselbe, der von 2009 bis 2012 auch führender Rechtsberater der CIA war. In dieser Zeit tat die CIA alles, um eine Untersuchung der von ihr begangenen Kriegsverbrechen und der illegalen Folterpraxis des Geheimdienstes zu verhindern. Es ist unklar, ob überhaupt irgendeine zivile Behörde das Handbuch überprüft und genehmigt hat.

Die Bedeutung der Nürnberger Prozesse

Im „Handbuch zum Kriegsrecht“ finden sich viele Verweise auf die Nürnberger Prozesse, ein komplexes und wichtiges Ereignis aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg mit großer Bedeutung für die Entwicklung des Völkerrechts. Gleich zu Beginn wird darauf Bezug genommen:

Hauptangeklagte der Nürnberger Prozesse

„Nach dem Zweiten Weltkrieg haben Juristen des US-Militärs über tausende von Angeklagten vor Militärgerichten das Urteil gesprochen. Das taten sie nach den Worten des Chefanklägers Robert Jackson 'nicht, um Rache zu üben, sondern um ihre in Gefan-

Hauptangeklagte der Nürnberger Prozesse (Foto: Bundesarchiv, CC BY-SA 3.0 de)

genschaft geratenen Feinde nach Recht und Gesetz für ihre Verbrechen zu bestrafen'. Er nannte es 'einen besonders wichtigen Anlass', um 'der Vernunft den Vorzug vor der Macht zu geben'. In Erinnerung an diesen historischen Prozess stellte ein Chef des US-Generalstabs fest: 'Das Kriegsrecht ist deshalb eigentlich eine US-amerikanische Errungenschaft.' Und es trifft auch zu, dass die US-Streitkräfte genauso durch das Kriegsrecht geprägt wurden wie alle anderen Streitkräfte der Welt.“

Das Pentagon beruft sich im Jahr 2015 immer noch auf den Nürnberger Präzedenzfall! Das ist etwa genauso glaubwürdig wie ein Konzern, der die Umwelt verpestet und behauptet, sich dem Umweltschutz verschrieben zu haben. Würden die in Nürnberg entwickelten Prinzipien heute auf die US-Regierung angewandt, dann müsste die gesamte Pentagon-Führung vor Gericht gestellt und verurteilt werden, denn sie zettelt immer neue völkerrechtswidrige Angriffskriege an. Nachdem die Alliierten Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg besiegt hatten, beriefen die Siegermächte internationale Tribunale ein, um die Hauptkriegsverbrecher der geschlagenen Gegner anzuklagen. Der berühmteste Prozess fand vom 20. November 1945 bis zum 1. Oktober 1946 in Nürnberg gegen Hermann Göring, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop und andere Nazigrößen statt.

Diesen Verfahren gegen Kriegsverbrecher der unterlegenen Mächte haftete zweifellos ein Element von „Siegerjustiz“ an, denn in der gleichen Augustwoche des Jahres 1945, in der die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich die Gründung eines Internationalen Militärtribunals vereinbarten, begingen die USA mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zwei der abscheulichsten Kriegsverbrechen.

Trotzdem stehen die in Nürnberg vertretenen völkerrechtlichen Prinzipien in scharfem Widerspruch zum derzeitigen korrupten und gesetzlosen politischen Establishment der USA, das für sich das Recht in Anspruch nimmt, jede beliebige Person überall auf der Welt jederzeit ohne Anklage und Gerichtsverhandlung zu entführen oder zu ermorden, Staaten „vorbeugend“ zu überfallen und die Bevölkerung der ganzen Welt auszuspionieren.

Der Nürnberger Prozess fand statt, weil sich die Alliierten mehrheitlich darauf einigten, die Nazigrößen nicht einfach exekutieren zu lassen, was sie auf der Grundlage einer „politischen Entscheidung“ hätten tun können. Die Angeklagten erhielten die Möglichkeit, sich in einem ordentlichen Gerichtsverfahren durch einen Rechtsanwalt eigener Wahl verteidigen zu lassen, Entlastungszeugen zu benennen und vorgelegte Beweise zu entkräften.

Der wichtigste Rechtsgrundsatz, der in Nürnberg entwickelt wurde, lautet: Die Entfesselung eines Angriffskriegs ist das schwerste internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es in sich alle Schrecken der anderen Verbrechen einschließt und anhäuft. Für die Richter, die im Nürnberger Prozess über einige der schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte zu urteilen hatten, waren also die von Hitler und seinen Helfershelfern entfesselten Angriffskriege die schlimmsten Verbrechen überhaupt.

US-Chefankläger war der dem Obersten US-Gericht angehörende Richter Robert Jackson. Sein Assistent Telford Taylor schrieb in einem Vermerk für Jackson, die Frage nach den Motiven und Zielen der Nazis sei nicht das wichtigste Rechtsproblem: „Die Frage nach den Ursachen ist sicher wichtig und wird die Historiker noch lange beschäftigen. Sie ist aber nicht in diesem Prozess zu klären, der sich ausschließlich mit der Planung und Entfesselung illegaler Angriffskriege zu befassen hat, unabhängig davon, welche Gründe die Angeklagten für ihr Handeln geltend machen.“

Mit anderen Worten, die Entfesselung eines Angriffskriegs ist ein krimineller Akt – ein Verbrechen gegen den Frieden – unabhängig von den politischen Argumenten, die zu seiner Rechtfertigung angeführt werden.

Im Nürnberger Urteil wird auch das Argument zurückgewiesen, Verbrechen, die auf höheren Befehl, begangen wurden, seien den Tätern nicht anzulasten. Das 4. Nürnberger Prinzip lautet: „Handeln auf höheren Befehl befreit nicht von völkerrechtlicher Verantwortlichkeit, sofern der Täter auch anders hätte handeln können.“

Diese auf demokratischen Vorstellungen beruhenden Prinzipien wirkten lange über den Prozess hinaus nach. Während des Vietnamkrieges schrieb Taylor in seinen Erinnerungen: „Tausende von jungen Männern machten unter Berufung auf die Nürnberger

Unterstütze Free21.org
donate
CROWDFUNDING-Konto:
Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Publiziert auf Free21 am 09.02.2016, 10:42 Uhr, von Tom Carter auf www.wsws.org – Original: http://wck.me/D1p

Prinzipien geltend, dass ihnen das Völkerrecht verbiete, an diesem US-Angriffskrieg teilzunehmen."

Am 12. Juli 2013 hat sich auch NSA-Whistleblower Edward Snowden auf die Nürnberger Prinzipien berufen, um seine Enthüllungen über illegale Überwachungspraktiken zu rechtfertigen: „Ich halte mich an die 1945 in Nürnberg entwickelten Prinzipien. Auch als Individuum bin ich zur Achtung des Völkerrechts verpflichtet und fühle mich deshalb von der Einhaltung nationaler Vorschriften entbunden. Auch US-Bürger haben die Pflicht, sich über amerikanische Gesetze hinwegzusetzen, um Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit zu verhindern."

Richter Robert Jackson, Chefankläger in Nürnberg

Der Nürnberger Präzedenzfall bezeugte auch das Selbstvertrauen, mit dem die USA als dominierende imperialistische Macht aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren. Die herrschende Klasse der USA glaubte, es sich unter diesen Umständen leisten zu können, nicht nur demokratische Prinzipien geltend zu machen, sondern auch zu versichern, dass diese für alle Staaten, also auch für die USA, gelten sollten.

Am 23. Juli 1945 erklärte Jackson vor der International Conference on Military Tribunals in London, dem Alliierten-Gremium, das diese Prozesse vorbereitete: „Wenn wir bestimmte gewaltsame Verletzungen von völkerrechtlichen Verträgen zu Verbrechen erklären, dann gilt das unabhängig davon, ob diese Verbrechen von den USA oder von Deutschland begangen werden. Wir können verbrecherisches Verhalten nicht nur bei anderen ahnden, wir müssen uns auch selbst den von uns festgelegten Bestimmungen unterwerfen."

Siebzig Jahre nach den Nürnberger Prozessen hört die US-Regierung nicht mehr auf die Juristen Jackson und Taylor, sie handelt eher wie die in Nürnberg Angeklagten. Das Pentagon beruft sich

Richter Robert Jackson, Chefankläger in Nürnberg

zwar auf die Nürnberger Prinzipien, hat aber seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion u.a. den Irak, Somalia, Haiti, das ehemalige Jugoslawien, den Sudan, Afghanistan, Pakistan, Libyen, Syrien, Nigeria und den Jemen überfallen.

Da die Entfesselung von Angriffskriegen völkerrechtswidrig ist, müssten gegen Barack Obama, Hillary Clinton, George W. Bush, Dick Cheney, Donald Rumsfeld, John Brennan, Leon Panetta, Robert Gates, James Clapper, John Ashcroft, Joe Biden, John Kerry und ihre kriminellen Mitverschwörer schon längst Haftbefehle ergangen sein. Alle genannten Personen gehören wie Göring und die anderen Nazigrößen auf die Anklagebank, weil sie Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen haben.

Es liegen genügend stichhaltige Beweise für Anklageerhebungen vor. Ein solches Beweisstück ist zum Beispiel ein Memorandum Donald Rumsfelds vom 27. November 2001, in dem er vorschlägt, wie ein Angriffskrieg gegen den Irak mit gefälschten Anschuldigungen zu rechtfertigen wäre. Unter der entlarvenden Überschrift „Wie beginnen?" erwägt er folgende mögliche Hypothesen: „Saddam plant einen Angriff auf die Kurden im Norden des Iraks? Die USA entdecken, dass er in die Anschläge vom 11. September 2001 und die Milzbrand-Attentate verwickelt war? Auseinandersetzung über die UN-Inspektoren? Befassen wir uns zunächst mit der Forderung nach Inspektionen."

> In den Nürnberger Prozessen hat Chefankläger Jackson das Nazi-Regime als monströses kriminelles Unternehmen und als gigantische illegale Verschwörung bezeichnet, die sich auf äußerst zynische und selbstsüchtige Weise ein eigenes „Recht" geschaffen habe. Die Angeklagten hätten „überrascht zur Kenntnis genommen, dass überhaupt ein allgemein verbindliches Recht existierte. Sie hatten sich an kein Gesetz gebunden gefühlt. Ihre Ideologie ignorierte einfach jede Art von Recht ... Auf das Völkerrecht, das Naturrecht, die deutschen Gesetze und die Gesetze anderer Staaten beriefen sie sich aus propagandistischen Gründen nur dann, wenn sie sich einen Nutzen davon versprachen. Gleichzeitig missachteten sie jedes Recht, wenn es ihre Untaten behinderte." Diese Einschätzung trifft voll und ganz auf das Pentagon und dessen Handbuch zum Kriegsrecht zu.

Rumsfelds Memorandum ist einer von vielen Beweisen dafür, dass es eine Absprache gab, die Invasion des Iraks im Jahr 2003 mit Lügen und Vorwänden zu rechtfertigen. Durch diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verloren Hunderttausende von Menschen ihr Leben und Millionen Menschen wurden zu Flüchtlingen. Die irakische Gesellschaft wurde zerstört, islamistische Gruppierungen wie der IS tauchten auf und privates und staatliches Eigentum im Wert von Billionen Dollar wurde vernichtet.

Die Nürnberger Prozesse hatten ein ähnlich kriminelles Komplott enthüllt, mit dem die Nazis ihren Überfall auf Polen zu rechtfertigen versuchten. Um einen Kriegsgrund zu haben, inszenierten sie einen „polnischen Überfall" auf den Sender Gleiwitz. In Nürnberg konnte nachgewiesen werden, dass der Überfall von Deutschen durchgeführt wurde, die sich als Polen ausgaben. Hitler hatte vor seinen Generälen geprahlt: „Die Glaubwürdigkeit spielt keine Rolle. Niemand wird den Sieger fragen, ob er die Wahrheit gesagt hat."

Tu, was ich dir sage, und nicht, was ich selber tue

Trotz der wiederholten Berufung auf den Nürnberger Präzedenzfall lautet das Motto, das das Pentagon-Handbuch größtenteils prägt: „Tue, was ich dir sage, und nicht, was ich selber tue!"

Zum Angriffskrieg wird zum Beispiel gesagt: „Der Angriffskrieg ist die schwerwiegendste, gefährlichste und illegalste Form der Anwendung militärischer Gewalt… Die Entfesselung eines Angriffskriegs ist ein völkerrechtswidriges Verbrechen" (Handbuch, S. 44). Diese Aussage stimmt mit den Nürnberger Prinzipien überein.

Wer weiter liest, stellt allerdings fest, dass dieser Grundsatz nur für andere Staaten, aber nicht für die USA gelten soll. Dem Handbuch ist zu entnehmen, dass die USA den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) nicht anerkennen und infolgedessen auch nicht in die Lage kommen können, wegen ihrer Angriffskriege vor ihm

angeklagt und von ihm verurteilt zu werden.

Im Handbuch steht außerdem: „Die USA vertreten die Ansicht, dass die Definition des Angriffskriegs im Statut von Rom (bzw. in den in Kampala beschlossenen Änderungen) nicht mit dem Völkerrecht übereinstimmt“ (S. 45). Die USA seien „auch besorgt, weil der ICC möglicherweise einen Staat wegen eines Angriffskriegs verurteilen könnte, ohne dass der UN-Sicherheitsrat vorher zum Schluss kam, dass es sich tatsächlich um einen Angriffskrieg handle“ (S. 1112). Einen derartigen Beschluss des Sicherheitsrates könnten die USA mit ihrem Veto natürlich jederzeit verhindern.

Die Weigerung der USA, die Autorität des Internationalen Strafgerichtshofs anzuerkennen, ist von großer historischer Bedeutung. Für das Zustandekommen des Nürnberger Präzedenzfalls spielten die USA eine Hauptrolle, aber jetzt weigern sie sich, die Durchsetzung dort getroffener Festlegungen auch für sich selbst zu akzeptieren. Damit geben sie eigentlich zu, dass bei einer Anwendung der Nürnberger Prinzipien auf die heutigen USA buchstäblich das gesamte offizielle Washington eingesperrt werden müsste. Die Weigerung entlarvt auch die betrügerische Arroganz, mit der sich Washington als selbsternannter „Weltpolizist“ aufspielt und sich anmaßt, andere Staaten wegen angeblicher Verstöße gegen das Völkerrecht anzugreifen oder mit Sanktionen zu belegen.

Ähnlich wird in dem Pentagon-Handbuch auch mit der Folter verfahren. Dazu heißt es: „Natürlich ist es illegal, Häftlinge bei Verhören zu foltern, um an Informationen zu kommen“ (S. 309). Gleichzeitig wird kein Wort über das systematische sadistische Folterprogramm der CIA verloren, das mit dem Einverständnis hochrangiger Mitarbeiter des Weißen Hauses praktiziert worden ist, für das bisher aber niemand zur Verantwortung gezogen wurde.

Das Handbuch ist voller Einschränkungen, Ausschlussklauseln und Zweideutigkeiten. So ist zum Beispiel darin zu lesen: „Dieses Handbuch liefert keinerlei juristische Handhabe materieller oder verfahrenstechnischer Art, die es möglich machen, gegen die USA, einzelne Ministerien, Behörden oder andere staatliche Einrichtungen und gegen Behördenleiter, staatliche Angestellte oder US-Bürger strafrechtlich vorzugehen“ (S. 1). Mit anderen Worten, das Kriegsrecht müssen nur die anderen Staaten einhalten, die USA selbst natürlich nicht. Passagen, wie die gerade zitierte lassen erkennen, dass es in diesem „Handbuch zum Kriegsrecht“ nicht um das Recht, sondern nur um die Rechtfertigung von Taten des Pentagons geht.

Die Heuchelei und Widersprüchlichkeit, die das Pentagon in Fragen der Folter und des Angriffskriegs an den Tag legt, ist vor allem Ausdruck der tiefen Krise, in der sich die herrschende Klasse der USA befindet. Einerseits bemüht sich die US-Regierung ständig, ihre imperialistischen Projekte als völkerrechtskonform darzustellen. So wurde zum Beispiel zur Rechtfertigung des ersten Golfkriegs 1991 die Invasion Kuwaits durch den Irak als „völkerrechtswidriger Angriffskrieg“ hingestellt.

Und im letzten Jahr haben führende US-Politiker Russland der „Aggression“ gegen die Ukraine bezichtigt. Zwar haben die USA den Staatsstreich in der Ukraine mit Hilfe vieler Millionen US-Dollars und ausgewählter US-Kommandos inszeniert. Aber John Kerry beschuldigte Russland, die „nationale Souveränität“ und „territoriale Integrität“ der Ukraine zu verletzen. Obama erklärte: „Wir glauben, dass Russland mit seinen Aktivitäten gegen das Völkerrecht verstößt.“

Andererseits fallen die USA über jedes Land her, das ihnen aus irgendeinem Grund nicht passt, und scheren sich nicht um das Völkerrecht, die nationale Souveränität und die territoriale Integrität. Sie bombardieren ohne jede Rücksicht auf das Kriegsrecht, dessen Einhaltung sie von anderen Staaten fordern. Wenn die Angriffskriege der USA internationale Zustimmung finden, freut sie das, wenn nicht, greifen sie trotzdem an.

In dem Handbuch heißt es: „Die Berechtigung, Handlungen vorzunehmen, die unter das Kriegsrecht fallen, erwächst aus der Souveränität eines Staats und nicht aus irgendwelchen völkerrechtlichen Vereinbarungen.“ Mit anderen Worten, die USA können sich über Verträge, Abkommen und andere „völkerrechtliche Vereinbarungen“ einfach hinwegsetzen. So hat die US-Regierung im Jahr 2002 sogar ausdrücklich erklärt, sie fühle sich nicht an die Genfer Konvention von 1949 gebunden, sondern wolle an ihrer eigenen Interpretation des Völkerrechts festhalten.

In den Nürnberger Prozessen hat Chefankläger Jackson das Nazi-Regime als monströses kriminelles Unternehmen und als gigantische illegale Verschwörung bezeichnet, die sich auf äußerst zynische und selbstsüchtige Weise ein eigenes „Recht“ geschaffen habe. Die Angeklagten hätten „überrascht zur Kenntnis genommen, dass überhaupt ein allgemein verbindliches Recht existierte. Sie hatten sich an kein Gesetz gebunden gefühlt. Ihre Ideologie ignorierte einfach jede Art von Recht ... Auf das Völkerrecht, das Naturrecht, die deutschen Gesetze und die Gesetze anderer Staaten beriefen sie sich aus propagandistischen Gründen nur dann, wenn sie sich einen Nutzen davon versprachen. Gleichzeitig missachteten sie jedes Recht, wenn es ihre Untaten behinderte.“ Diese Einschätzung trifft voll und ganz auf das Pentagon und dessen Handbuch zum Kriegsrecht zu.

Das Handbuch gibt dem Pentagon ausdrücklich grünes Licht dafür, seine Positionen von heute auf morgen zu wechseln. Seine Autoren schreiben, das Dokument „untersagt dem Pentagon nicht, seine Interpretation des Kriegsrechts jederzeit erneut zu verändern“ (Vorwort, S. 1).

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Quellen:

Pentagon War Manual June 2015: *<http://www.defense.gov/Portals/1/Documents/pubs/Law-of-War-Manual-June-2015.pdf>*

Autor:

Tom Carter

ist freier Journalist aus Cardiff, England und schreibt für verschiedene alternative Medien.

Dieser Text wurde zuerst auf **wsws.org** unter der URL ‹https://www.wsws.org/de/articles/2016/01/09/pent-j09.html› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=20629›

Fukushima ist überall

Vor 30 Jahren, am 26. April 1986, fand die Mär von der „sicheren Atomkraft“ mit dem Super-GAU von Tschernobyl ein abruptes Ende. Millionen von Menschen wurden direkt durch radioaktiven Niederschlag betroffen; viele starben und noch viel mehr leiden bis heute an den Folgen der Strahlung. Vor 5 Jahren, am 11. März 2011, zeigte sich, dass die Menschheit die Lektion von Tschernobyl nicht gelernt hatte, als es in Fukushima zu einem mehrfachen Super-GAU kam, dessen von einer Interessengemeinschaft aus atomfreundlichen Regierungen, korrupten Behörden und mächtiger Atomlobby weitgehend vertuschten Folgen nach wie vor gesundheitliche Gefahren für Millionen von Menschen weltweit – auch in Deutschland – zeitigen. Zum Kontext sprach Jens Wernicke mit Alex Rosen, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung.

von Jens Wernicke

Im Interview:

Alex Rosen *(Dr. med.)*

ist Kinder- und Jugendarzt und seit 2013 Vorstandsmitglied und Stellvertretender Vorsitzender der deutschen IPPNW Sektion. Er hat sich als Europäischer Studierendensprecher der IPPNW engagiert und war von 2004 bis 2008 Mitglied im internationalen Board of Directors – 2 Jahre als Internationaler Studierendensprecher und zwei Jahre als stellvertretender Vorsitzender. Die gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl und Fukushima sind sein aktueller Arbeitsschwerpunkt.

JENS WERNICKE: *Herr Rosen, Sie sind einer der Referenten auf dem internationalen IPPNW-Kongress „5 Jahre Leben mit Fukushima – 30 Jahre Leben mit Tschernobyl“. Warum dieser Kongress?*

ALEX ROSEN: Tschernobyl und Fukushima – beide Atomkatastrophen stehen stellvertretend für das enorme menschliche Leid, die generationsübergreifenden gesundheitlichen Folgen und die ökologische Zerstörung, die in den letzten 70 Jahren durch die Nukleare Kette verursacht wurden. Ein Leid, das für die betroffenen Menschen bis heute andauert.

Daran wollen wir anlässlich der runden Jahrestage erinnern und haben dazu namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Japan, der ehemaligen Sowjetunion, Deutschland, den USA und aller Welt eingeladen. Außerdem werden engagierte Aktivisten dabei sein, die die Menschen in den verstrahlten Gebieten seit vielen Jahren ehrenamtlich unterstützen.

Nicht zuletzt wollen wir den Blick nach vorne wenden und über die Energiewende und den weltweiten Atomausstieg sprechen – es ist zwar noch ein weiter Weg dorthin, aber der Kongress wird versuchen, dazu beizutragen, dass wir eine Welt ohne nukleare Bedrohung noch erleben.

JENS WERNICKE: *Das heißt, während das Thema aus den Leitmedien längst verschwunden ist, ist es in der Realität noch immer hochaktuell, die gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Konsequenzen beider Unglücke noch immer vorhanden, eine Gefahr? Inwiefern denn konkret?*

Reaktor Nr. 4 in Tschernobyl im September 2006 (Foto: Carl Montgomery, Flickr, CC 2.0)

ALEX ROSEN: Die IPPNW hat für eine Publikation zu den gesundheitlichen Folgen der atomaren Katastrophen von Fukushima und Tschernobyl internationale Studienergebnisse ausgewertet. Dabei lässt sich feststellen, dass sowohl die Sowjetregierung und die jeweiligen Nachfolgeregierungen als auch die japanische Regierung systematisch Methoden benutzten, um Folgen für die Gesundheit und Umwelt möglichst zu vertuschen.

So wird die Analyse der gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl bis heute durch eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Sachverhalte erschwert: Wesentliche Daten zum Ablauf der Tschernobyl-Katastrophe und zu den gesundheitlichen Folgen sind nicht frei zugänglich und unterliegen der Geheimhaltung. In den ersten Jahren nach der Katastrophe wurden vom Ministerium für Gesundheitswesen der UdSSR und vom KGB zudem zahlreiche Verbote ausgesprochen, die zur Folge hatten, dass für die Beurteilung der Lage wesentliche Informationen nicht gewonnen, geheim gehalten oder verfälscht wurden.

Und auch in Japan setzt die aktuelle, mit der Atomindustrie eng verbandelte Regierung alles daran, die Akte Fukushima so schnell wie möglich zu schließen. So werden außer der Reihenuntersuchung kindlicher Schilddrüsen in der Präfektur Fukushima keinerlei epidemiologische Studien durchgeführt – getreu dem Motto: Was nicht untersucht wird, kann auch nicht gefunden werden. Auch wurden Gesetzte zum sogenannten „Geheimnisverrat“ erlassen, die es Journalisten und Wissenschaftlern erschweren sollen, unabhängig zu den Ereignissen in Fukushima zu forschen und zu berichten. Dabei betreffen beide Atomkatastrophen nicht nur die lokale Bevölkerung, sondern Millionen von Menschen weltweit – bis heute.

JENS WERNICKE: *Wie meinen Sie das?*

ALEX ROSEN: Der Super-GAU von Tschernobyl stellte die größte nukleare Katastrophe des 20. Jahrhunderts dar. Sie betrifft noch immer Millionen von Menschen und zwar weltweit: Dazu gehören die schätzungsweise 830.000 Aufräumarbeiter, mehr als 350.000 Evakuierte aus der 30-Kilometer-Zone und weiteren sehr stark kontaminierten Regionen, circa 8,3 Millionen Menschen aus den stark strahlenbelasteten Regionen in Russland, Weißrussland und der Ukraine sowie etwa 600 Millionen Menschen in anderen Teilen Europas, die geringeren Strahlendosen ausgesetzt wurden.

Rund 36 Prozent der Gesamtradioaktivität ging damals über Weißrussland, Russland und der

Ukraine nieder, etwa 53 Prozent über dem Rest Europas. 11 Prozent verteilten sich über den restlichen Globus. Zu den Gesundheitsfolgen gehören eine Erhöhung des Krebsrisikos, Nichtkrebserkrankungen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Störungen des Erbguts.

Auch die atomare Katastrophe von Fukushima ist noch lange nicht vorbei. Tagtäglich fließen laut Angaben von TEPCO rund 300 Tonnen radioaktives Abwasser ins Meer. Die Dekontaminationsbemühungen sind ins Stocken geraten und werden immer wieder durch Verwehung radioaktiver Partikel zunichte gemacht. Die Dekontamination von Bergzügen, Wäldern und Feldern hat sich selbst im erfolgsverwöhnten und technikgläubigen Japan als illusorisch herausgestellt. Die Behörden graben radioaktive Nuklide in tiefere Bodenschichten, versäumen es aber, den Anstieg der öffentlichen Strahlenexposition durch radioaktives Cäsium-137 im Grundwasser und in der Nahrungskette zu berücksichtigen. Die gefährliche Bergung des radioaktiven Materials aus den havarierten Kraftwerksblöcken wird noch mehrere Jahrzehnte dauern und viele Milliarden an Steuergeldern verschlingen. Cäsium-137 hat eine Halbwertszeit von rund 30 Jahren. Das bedeutet, dass für etwa drei Jahrhunderte relevante Strahlenmengen in Feldern, Wiesen und Wäldern verbleiben werden.

Millionen von Menschen wurden und werden seit Beginn der Katastrophe erhöhten Strahlendosen ausgesetzt – vor allem in den Regionen mit relevantem radioaktiven Niederschlag, aber auch in weniger belasteten Teilen des Landes, wo Menschen mit verstrahltem Trinkwasser und radioaktiv kontaminierter Nahrung konfrontiert werden.

JENS WERNICKE: *Aber uns wird doch beständig vermittelt, beide Ereignisse seien „erledigt", es bestünde keinerlei weitere Gefahr…*

ALEX ROSEN: Organisationen der Atomlobby wie die Internationale Atomenergieorganisation IAEO oder der Wissenschaftliche Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen Atomarer Strahlung UNSCEAR spielen die Folgen der atomaren Katastrophen bis heute herunter – und die Weltgesundheitsorganisation WHO, die eigentlich – zum Schutz der Gesundheit der Menschen – unabhängige Gutachten zu dem Thema erstellen sollte, hat hier keine Kompetenzen und vertraut blind auf die Angaben der Atomlobby und der IAEO. Man muss wissen, dass es der WHO laut einem Abkommen mit der IAEO vom Mai 1959 nicht erlaubt ist, unabhängig von der IAEO über medizinische Folgen von Nuklearkatastrophen wie Tschernobyl und Fukushima zu forschen und zu berichten. Doch der Hauptzweck der IAEO besteht laut Satzung darin, die Nutzung der Atomenergie zu fördern. Ein Widerspruch, der nicht auflösbar ist.

Die Angabe der IAEO von lediglich 4.000 Toten als Folge von Tschernobyl stellt eine gravierende Unterschätzung und den unverhohlenen Versuch der Atomlobby dar, die Folgen von Tschernobyl kleinzurechnen. Betrachtet man die wichtigsten internationalen Forschungsergebnisse, so liegt die Anzahl der zu erwartenden tschernobylbedingten Krebserkrankungen zwischen einigen Zehntausend und rund 850.000. Die Zahl der erwarteten Krebstodesfälle schwankt aufgrund der ungenauen Datenlage zwischen einigen Zehntausend und 400.000.

Und auch im Fall der atomaren Katastrophe von Fukushima haben IAEO und UNSCEAR versucht, nach nur fünf Jahren eine abschließende Aussage über Langzeitfolgen der Atomkatastrophe zu treffen, indem sie behaupteten, dass es zu keinen „relevanten" oder „messbaren" Strahlenfolgen in der betroffenen Bevölkerung kommen würde. Da sich Krebs- und Herzkreislauferkrankungen erst nach Jahren und Jahrzehnten klinisch manifestieren, ist eine solche Aussage unwissenschaftlich und unseriös. Das zeigt sich auch in der Tatsache, dass die Mitglieder von UNSCEAR sich in ihrem Bericht im Wesentlichen auf die Angaben der IAEO, der Betreiberfirma TEPCO und der japanischen Atombehörden stützen. Neutrale unabhängige Institute und Forschungseinrichtungen werden ignoriert. Zur Schätzung des Gesamtausstoßes von Radioaktivität werden Studien der japanischen Atomenergiebehörde herangezogen, statt die deutlich höheren Berechnungen unabhängiger Institute zu berücksichtigen. Die Strahlendosen der Kraftwerksarbeiter wurden größtenteils direkt von der umstrittenen Betreiberfirma TEPCO übernommen. Die Vielzahl an Berichten über Manipulationen und Ungereimtheiten bezüglich dieser Messwerte übersehen die Autoren wohlwollend.

JENS WERNICKE: *Haben Medien und Politik also vertuscht?*

ALEX ROSEN: In Japan sind Politik, Medien und Atomindustrie eng verflochten. Das sogenannte „Nukleare Dorf" hat großen politischen Einfluss bis hin in die Regierung. Die Geheimhaltung der unbequemen Wahrheiten ist durch das neue japanische Geheimhaltungsgesetz sogar noch einfacher und umfangreicher geworden. Die Vertuschung beginnt bereits mit den amtlichen Mess-Stationen. Sie rechnen die Umgebungsstrahlung systematisch herunter. Der Umweltjournalist Alexander Tetsch berichtete nach einer Recherche-Reise, dass über 80 Prozent der 3.141 offiziellen Messstationen zu geringe Ortsdosis-Werte anzeigen würden, häufig nur die Hälfte bis zu zwei Drittel des wahren Wertes. Um den Messsensor des Geräts herum wurden Blei-Akkus zur Gewährleistung einer unterbrechungsfreien Stromversorgung angeordnet. Blei ist jedoch eines der für Strahlung undurchdringlichsten Materialien.

Noch ein Beispiel: Um von Beginn an die Entwicklung der Schilddrüsenkrebsfälle in der Bevölkerung zu überwachen, hat die Medizinische Universität von Fukushima den sogenannten "Fukushima Health Management Survey" begonnen. Diese Studie stellt die einzige groß angelegte wissenschaftliche Untersuchung von Langzeitfolgen der Atomkatastrophe in Fukushima dar. Die Studie wurde von dem umstrittenen japanischen Wissenschaftler Shunichi Yamashita initiiert, der unter anderem dadurch bekannt wurde, dass er den Menschen in Fukushima dazu riet, mehr zu lächeln, da dies dazu führen würde, Strahlenschäden zu verhindern, und der allgemein die gesundheitlichen Folgen ionisierender Strahlung entgegen aller wissenschaftlicher Erkenntnisse verharmlost. Noch viel schwerer wiegt aber die Tatsache, dass er als Berater der zuständigen Notfallbehörden maßgeblich die Verteilung von Jodtabletten verhinderte – eine Entscheidung, die sogar er selbst im Nachhinein als falsch bezeichnet. Vonseiten der Elternorganisationen in Fukushima wurde zudem vielfach kritisiert, dass die Untersuchungen an der FMU mit einer Dauer von 2 bis 3 Minuten zu kurz und oberflächlich seien, dass die Ultraschallbilder der Kinder den Familien vorenthalten werden und dass Arztpraxen in der Präfektur schriftlich ermahnt wurden, Kinder aus der Studie nicht nachzuuntersuchen und keine Zweitmeinungen abzugeben. Betroffene Kinder, die außerhalb der Präfektur leben, wurden ebenso wenig in die Studie eingeschlossen wie zahlreiche Kinder, deren Familien nach der Katastrophe die Präfektur verlassen haben. Alles in allem müssen die Ergebnisse der von ihm geleiteten Studie aufgrund mangelnder Objektivität allermindestens kritisch betrachtet werden.

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen, **Verwendungszweck:** FREE21 GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS, **IBAN:** DE54430609671168579701, oder auf das **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Publiziert auf Free21 am 22.02.2016, 15:30 Uhr, von Jens Wernicke auf den nachdenkseiten, Lizenz: http://www.nachdenkseiten.de/?p=31260

Sie dürfen zudem nicht vergessen, dass allein die Behauptung, die Naturkatastrophen mit Erdbeben und Tsunami seien für den katastrophalen Unfallverlauf bestimmend, eine Legende der Atomindustrie ist. In ihrem offiziellen Bericht vom Juni 2012 kam die unabhängige Untersuchungskommission des japanischen Parlaments zu dem Schluss, dass wir es bei der Atomkatastrophe von Fukushima mit einem "Unglück von Menschenhand" zu tun haben.

Während Japan in Bezug auf Notfallplanungen bei Erdbeben und Tsunamis zu den am besten vorbereiteten Ländern der Welt gehört, waren die japanischen Behörden vom dreifachen Super-GAU und der Ausbreitung der radioaktiven Wolke hoffnungslos überfordert. Der damalige japanische Regierungschef Naoto Kan hat nachträglich zu Protokoll gegeben, dass die Metropolregion Tokio-Yokohama mit über 50 Millionen Einwohnern "nur um ein Haar" der radioaktiven Kontamination entgangen sei. Ein einziger Tag mit Wind aus dem Norden in diesen Tagen hätte große Teile Tokios verstrahlt und zur Evakuierung der japanischen Hauptstadt geführt.

JENS WERNICKE: *Ich fasse zusammen: Eine Interessengemeinschaft aus atomfreundlichen Regierungen, korrupten Behörden und mächtiger Atomlobby steckt hinter der Vertuschung der gesundheitlichen und ökologischen Folgen von Atomkatastrophen und dem Versuch, die gesundheitlichen Folgen ionisierender Strahlung allgemein kleinzureden. Haben Sie denn Belege für Ihre Kritik?*

ALEX ROSEN: Ex-Regierungschef Naoto Kan selbst beschreibt in seinem Buch „Als Premierminister während der Fukushima-Krise" wie die Atomlobby nach seiner Bekehrung zum Atomkraftgegner mit Unterstützung des jetzigen Premiers Shinzo Abe im September 2011 seinen Rücktritt vorantrieb.

Und Fragen hinsichtlich der Unabhängigkeit und Objektivität der Untersuchungen zu den gesundheitlichen Folgen der Atomkatastrophe wirft beispielsweise eine offizielle Vereinbarung zwischen der IAEO und den Präfekturen Fukushima und Fukui auf. Die Zeitung Tokio Shimbun zitierte Ende 2013 aus der Vereinbarung: „Wenn eine der Beteiligten bezüglich einer Information einen Geheimhaltungsstatus wünscht, so werde die andere Seite diesen Wunsch berücksichtigen". Die Verträge bestehen seit Oktober 2013 für die Präfektur Fukui bzw. Dezember 2012 für die Präfektur Fukushima. In der Präfektur Fukushima geht es um die Daten der Gesundheitserhebungen durch die Medizinische Fakultät Fukushima und die Verfahren der Atommüllentsorgung in der Präfektur. In Fukui bezieht sich die Geheimhaltungsvereinbarung auf die Ausbildung qualifizierter Atomarbeiter in den Atomkraftwerken der Region.

Zudem wurde bekannt, dass UNSCEAR vom japanischen Außenministerium 71.000.000 Yen – das sind circa 483.000,- Euro – erhalten hat, um die Bevölkerung in Fukushima industrie- und regierungsfreundlich zu informieren und „überflüssige Sorgen bezüglich Strahlenfolgen zu beseitigen".

JENS WERNICKE: *Und was erwarten Sie nun von dem Kongress? Was ist Ihr Ziel?`*

ALEX ROSEN: Wir wollen den Blick der Öffentlichkeit anlässlich der runden Jahrestage darauf lenken, was es für die betroffenen Menschen bedeutet, seit 30 Jahren mit den Folgen von Tschernobyl und seit 5 Jahren mit den Folgen von Fukushima zu leben.

Wir werden unsere Forderungen nach einem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie erneuern, aber auch einen Blick nach vorne wagen. Denn aus der katastrophalen atomaren Vergangenheit zu lernen, bedeutet, eine Welt ohne atomare Risiken zu denken und umzusetzen.

JENS WERNICKE: *Noch ein letztes Wort?*

ALEX ROSEN: Ja. Inzwischen ist wissenschaftlich anerkannt, dass jede auch noch so kleine Menge an radioaktiver Strahlung Krebs auslösen kann. Es gibt keine Schwellendosis, unterhalb derer Strahlung ungefährlich wäre. Chronische Exposition mit Radioaktivität kann zu Leukämien, Lymphomen und zu soliden Tumoren führen, sowie zu Herzkreislauferkrankungen, Grauem Star und Autoimmunerkrankungen.

In der Debatte über die Gesundheitsfolgen der Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima geht es um mehr als nur das Prinzip der unabhängigen Forschung, die sich dem Einfluss mächtiger Lobbygruppen nicht beugt. Es geht auch und vor allem um das Menschenrecht auf Gesundheit und eine gesunde Umwelt. Deswegen setzen wir Ärzte den Berichten der Atomlobby auf dem internationalen Kongress in Berlin unsere eigene kritische Erwiderung entgegen.

JENS WERNICKE: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

Quellen:

Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) *<https://www.ippnw.de/>*

Fukushima-Disaster.de: Gesundheitliche Auswirkungen der Atomkatastrophe *<http://www.fukushima-disaster.de/deutsche-information/super-gau.html>*

Fukushima-Disaster.de: Da nicht sein kann was nicht sein darf - Schilddrüsenkrebs bei Kindern in Fukushima *<http://www.fukushima-disaster.de/deutsche-information/super-gau/artikel/c0954b1c87134eef0b3444d988c2d152/da-nicht-sein-kann-was-nicht-sein-da.html>*

Frankfurter Allgemeine: Fukushima-Unglück „von Menschenhand gemacht" *<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/parlamentsbericht-veroeffentlicht-fukushima-unglueck-von-menschenhand-gemacht-11810751.html>*

Judicum Verlag: Als Premierminister während der Fukushima-Krise *<http://www.iudicium.de/katalog/86205-426.htm>*

Ausgestrahlt.de: Atomunfall – sicher ist nur das Risiko *<https://www.ausgestrahlt.de/informieren/atomunfall/>*

Ausgestrahlt.de: Facts Sheet: Die Atomkatastrophe von Fukushima

<https://www.ausgestrahlt.de/informieren/atomunfall/fukushima/>

Broschüre: „Tschernobyl und Fukushima. Fragen und Antworten zu den beiden bisher größten Katastrophen" *<https://www.ausgestrahlt.de/media/filer_public/d5/88/d588d928-1e66-4519-869e-243d5bad0703/broschuere-tschernobyl-fukushima.pdf>*

Broschüre: IPPNW „Kalkulierter Strahlentod. Die Grenzwerte für radioaktiv verstrahlte Lebensmittel in der EU und in Japan" *<https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Kalkulierter_Strahlentod_Report_foodwatch-IPPNW_2011-09-20.pdf>*

Autor:

Jens Wernicke

Gewerkschaftssekretär und freier Journalist, war Mitglied im SprecherInnenrat der StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie im Vorstand des freien zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) e.V. Er arbeitete unter anderem als Referent für Bildungs- und Hochschulpolitik für die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag und ist aktuell Mitarbeiter bei den NachDenkSeiten.

https://jensewernicke.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst auf den Nachdenkseiten.de unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=31260› veröffentlicht (CC 2.0 Non-Commercial). Weitere Veröffentlichungen von Jens Wernicke finden Sie auf seiner Homepage jenswernicke.de. Dort können Sie auch eine automatische E-Mail-Benachrichtigung über neue Texte bestellen.

‹http://www.free21.org/?p=20826›

Gute Freunde – Merkel mit US-Präsident Barack Obama bei der Verleihung der Presidential Medal of Freedom, 2011 (Foto: Pete Souza, Gemeinfrei)

Uns wird unser **Land entzogen**

Wer es ehrlich mit den Menschen meint, der trägt nichts auf dem Rücken von Menschen aus. Damit nichts Schändliches geschieht, gibt es die Genfer Flüchtlingskonvention und entsprechende Bestimmungen in der deutschen Verfassung. Das gilt für alle anderen Länder auch. **von Willy Wimmer**

Unsere Regierung erweckt seit Monaten nicht den Eindruck, genaue Kenntnis von den dort niedergelegten Prinzipien zu haben. Das muss unter allen Umständen vermieden werden, weil das ein ganzes Land in eine Schieflage bringt.

Es wird durcheinandergemischt, was vor dem Hintergrund der eindeutigen Regeln nicht zusammengehört. Die Hunderttausende, die nach Europa drängen, haben sehr unterschiedliche Gründe. Da die Bundesregierung sich nicht darum bemüht, der Öffentlichkeit Aufschluss über die unterschiedlichen Motive und Herkunftsländer zu geben, liegt eine Vermutung nahe. Die Bundesregierung will die von den USA, England und Frankreich im wesentlichen betriebenen Kriege und die entsprechenden Migrationsbewegungen im Ergebnis für etwas anderes als Hilfe für Menschen in Not nutzen. Wie anders ist es zu erklären, dass sich alles nur auf die Menschen aus Syrien konzentriert? Nach öffentlichen Berichten nähert sich diese Zahl in etwa einem 30% Anteil unter all denen, die nach Europa und Deutschland wollen. Die anderen Menschen in der Migrationsbewegung stammen aus dem Ländergürtel zwischen Bangladesh bis ins südliche Afrika.

Die Bundesregierung erweckt den Eindruck, dass alle und alles über einen Kamm zu scheren sei. Nichts ist falscher als das und deshalb traut kaum noch jemand der Bundesregierung und den Brüsseler Schaumschlägern über den Weg. Die Ziele dieser Politik werden nicht offen gelegt und die eigenen Bürger werden verbal niedergehalten.

Das Land hat in den letzten gut fünfzehn Jahren seine demokratische Grundsubstanz weitestgehend verloren. Der Staat wurde abgewrackt und als Folge wurde der mündige Bürger nicht mehr gebraucht. Wie der deutsche Sozialstaat offenkundig nur eine Funktion im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion zu erfüllen hatte, wurden auch die demokratischen Gepflogenheiten ad acta gelegt, um Ziele, die an anderer Stelle festgelegt werden, in Deutschland umsetzen zu können. Wenn in der Verfassung postuliert wird, dass die politischen Parteien an der Willensbildung des deutschen Volkes mitzuwirken haben, so haben sie sich in den zurückliegenden Jahren aus dieser Aufgabe verabschiedet. Parteien in der Fläche des Landes sind eine Seltenheit geworden. Sie sind für den Bürger weitgehend unsichtbar, kümmern sich nicht um seine Belange und sind zu reinen auf Berlin ausgerichtete Karriereeinrichtungen verkommen. Die Mittlerfunktion wurde weitestgehend aufgegeben und lässt den engagierten Bürger sprachlos mit seinen Problemen zurück.

Die in Berlin, Brüssel und Washington festgelegte politische Zielsetzung kommt nicht mehr auf demokratischem Wege zustande sondern wird dadurch umgesetzt, dass jeder verbal und mit Hinweis auf die dunkelste Zeit deutscher Geschichte niedergeknüppelt wird, der sich als Bürger äußert. Die Bürger im Lande werden regierungsseitig als „Pack“ bezeichnet. Wo sind da die Instanzen, die sich so gerne über andere aufspielen, wie ein Herr Bundespräsident oder die Steuerzahler-ausgehaltenen Kirchen? So kann kein Land betrieben werden und das ist vielleicht auch die Absicht derjenigen in der Regierung, die sich so äußern? Spaltung des Landes ist angesagt, um eine bestimmte Politik umzusetzen. Das geschieht dadurch, dass keine Rechenschaft mehr gegeben wird und die dagegen aufbegehrende Bevölkerung beleidigt und diskreditiert wird. Es muss doch zu denken geben, dass viele Bürger einfordern, das geltende Recht einzuhalten und Straftaten, die von wem auch immer begangen werden, des Rechtsfriedens wegen ohne Scheuklappen zu verfolgen und zu ahnden sind.

Ein Land, das gegen die eigene Verfassung Kriege führt und sich an Elend beteiligt, stellt diejenigen in die Ecke, die auf das Angriffsverbot der Verfassung pochen. Die tatsächliche Lage im Land ist die neue Blütezeit einer mehr und mehr obrigkeitsstaatlichen Verwaltung. Die Bürger werden geknebelt und gegängelt, wo es nur geht und die einzigen, deren Regellosigkeit uns die größten Sicherheitsprobleme verschafft, können auf staatliche Unfähigkeit und laissez faire hoffen. Die Regierung erweckt nicht den Eindruck, dass sie auf die Stimmung im Lande hören will. Die Stimmung interessiert sie schlichtweg nicht. Das wird noch dadurch auf die Spitze getrieben, dass die Bundeskanzlerin noch nicht einmal interessiert, was unsere Nachbarn denken, auf die wir angewiesen sind.

Die Kriegs- und Umgestaltungsparteien nutzen die Migrationsentwicklung für ihre eigenen Zwecke. Sie wollen ein anderes Land. Die Migration wird als Waffe gegen unsere Länder und die Bevölkerung benutzt. Die gesellschaftlichen Verluste für den demokratischen Staat werden billigend in Kauf genommen, um andere Gesellschaften zu formen. Dafür spricht alleine schon das Zusammenwirken entsprechender inländischer Parteien und internationaler Netzwerke, die sich die Kontrolle über Europa gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung auf die Fahnen geschrieben haben. Da trifft es sich gut, wenn man nach Lust und Laune die amerikanischen Kriege mitmachen kann, die Clintons bei ihrer Zerstörung des internationalen Rechts bejubelt und diejenigen in die Ecke zu drängen versucht, die sich ihre Rechte partout nicht nehmen lassen wollen. Noch wählen diese Bürger wie sie wollen. Wenn aber zunehmend mehr als die Hälfte der Bürger nicht mehr zur Wahl geht, dann wird sich eine Regierung nur noch auf den Spitzen der willfährigen Presse-Bajonette halten können. Für eine angebliche Demokratie ist das ein verhängnisvoller Platz.

Autor:

Willy Wimmer

CDU-Politiker, 1985 bis 1992 verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU, dann Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Ab 1994 bis 2000 Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Dieser Text wurde zuerst am 10. März 2016 auf kenfm.de unter der URL ‹https://kenfm.de/uns-wird-unser-land-entzogen/› veröffentlicht (Lizenz: KenFM)

‹http://www.free21.org/?p=21530›

Publiziert auf Free21 am 14.03.2016, 18:30 Uhr, von Willy Wimmer auf kenfm.de (Lizenz: KenFM)

Geopolitik von unten im August: **Friedensfahrt Berlin–Moskau**

Vom 8. bis 21. August 2016 wird ein Zeichen gesetzt: ein Zeichen für Frieden, für Völkerverständigung und für ein menschliches Miteinander. Auf Initiative von Dr. Rainer Rothfuß und Owe Schattauer wird sich ein privater Fahrzeugkonvoi von Berlin aus in Richtung Moskau in Bewegung setzen. Mit dieser Friedensfahrt wollen und werden die Teilnehmer das demonstrieren, was europäischen Politikern derzeit nicht zu gelingen scheint: Ein friedliches Miteinander von Deutschen und Russen ist problemlos möglich.

von Andrea Drescher

Die beiden Initiatoren der Friedensfahrt Berlin–Moskau, Dr. Rainer Rothfuß und Owe Schattauer, haben auf den ersten Blick eher wenig gemeinsam. Dr. Rainer Rothfuß war von 2009 bis 2015 als Professor an der Universität Tübingen tätig und leitet jetzt in Lindau sein eigenes Unternehmen für transnationales Projektmanagement. Die Stimme des Zorns, Owe Schattauer alias C-Rebell-um, ist Musiker, Bauunternehmer und bekannter Friedensaktivist, der bereits 2015 eine Friedensreise Richtung Moskau unternahm.

Friedensfahrt Berlin–Moskau

Owe Schattauer

Aber schon auf den zweiten Blick wird deutlich, was die beiden verbindet: der unbedingte Wille zur Geopolitik von unten, der unbedingte Wille, sich nicht durch die Medien in einen Krieg gegen Russland hetzen zu lassen, sowie der unbedingte Wille, einen eigenen Beitrag zu leisten, dem sich abzeichnenden Wahnsinn aktiv entgegenzuwirken.

Eine Idee wird geboren

„Es war eine spontane Idee kurz vor der Sendung ‚Positionen 4' auf KenFM. Mich hat die Frage bewegt: Wie kann man mit der Diskussion zum Thema ‚Braucht der Mensch ein Feindbild?' etwas auslösen, was den Menschen konkret dient? Mit der Friedensfahrt senden wir ein ganz starkes Signal an die Menschen in Russland. Wir machen nicht mit. Wir machen den Frieden jetzt selbst", erzählt Dr. Rothfuß.

Der spontane Einfall, am 21. Februar auf Youtube öffentlich präsentiert, stieß bei Schattauer, der selbst russisch spricht und seit seiner letzten Reise dort auch vielen Menschen bekannt ist, sofort auf Widerhall. Er setzte sich mit Rothfuß in Verbindung, man diskutierte erste Ideen – und Stunden später stand der Termin 8. August bis 21. August 2016 fest und die Facebook-Gruppe war bereits im Netz.

„Leider haben immer noch viel zu viele Leute da draußen Vorurteile und negative Ansichten über Russland und seine Bewohner. Auch unsere Damen und Herren Volksvertreter finden anscheinend keinen Weg, mit dem russischen Volk zu kommunizieren. Im Gegenteil, man baut in dieser äußerst brisanten geopolitischen Lage völlig verantwortungslos auf Sanktionen und Konfrontation statt auf Kommunikation. Das müssen wir ändern", so Owe Schattauer. „Es geht darum, nicht nur zu reden, sondern es einfach zu tun."

Kurze Zeit später hatten sich bereits mehrere hundert Menschen der Gruppe angeschlossen, von denen zwar nicht alle mitfahren können, die das Projekt aber uneingeschränkt unterstützen wollen.

Der Weg von der Idee zum Erfolg

Und es wird viel Unterstützung erforderlich sein. Derzeit erarbeiten die Initiatoren ein erstes Konzept. Über Facebook wurden und werden dafür Ideen gesammelt, die eingearbeitet werden. Auch Kontakt zur russischen Botschaft wurde bereits aufgenommen – man erhofft sich, dass dieses Signal für Völkerverständigung dort auf Interesse stößt und Zuspruch findet.

Dr. Rainer Rothfuss

In dem Gesamtkonzept werden Themen wie Reiseplanung, Nächtigung, Visabeschaffung, Medienarbeit & Kommunikation, Fundraising für karitative Zwecke, aber auch für die Tour, Mitfahrgelegenheiten nach Berlin und beim Konvoi, begleitende künstlerische Events, die Treffen mit verant-

Reisedaten:

Berlin–Moskau–Berlin
8.8.2016 bis 21.8.2016
(Terminverschiebung um 1–2 Tage möglich)

Anfragen per E-Mail:
geostrategy@protonmail.ch

Auf Facebook unter
https://www.facebook.com/groups/456888767835576/

Initiatoren:
Dr. Rainer Rothfuß
Owe Schattauer

wortlichen Politikern und natürlich mit Menschen vor Ort und vieles mehr aufbereitet. Konkretisiert und umgesetzt wird es anschließend in einer Orga-Gruppe mit definierten Verantwortlichen, auf die eine Menge Arbeit zukommen wird. Das ausgearbeitete Konzept wird Ende April/Anfang Mai über KenFM, Facebook und die Webseite vorgestellt. Bis spätestens Mitte Juni muss feststehen, wer definitiv mitfahren wird, um ausreichend Zeit für die Einreise-Formalitäten zu haben.

Gefahren wird mit zehn Menschen oder auch mit 1.000. Sicher ist: Es wird gefahren! Je mehr Menschen mitmachen, desto größer wird die Kundgebung in Moskau ausfallen, auf die sich die Initiatoren heute schon freuen. Mitfahren kann prinzipiell jeder. Es ist aber geplant, durch Einzelgespräche mit Interessierten sicherzustellen, dass keine Maulwürfe oder Trolle die Gruppe unterwandern, die dem Ziel, den Frieden der Völker nach vorne zu bringen, entgegenwirken könnten.

Von KenFM gibt es bereits eine Zusage, die Friedensfahrt medial zu begleiten. Auch andere Sender haben entsprechendes Interesse signalisiert. Free21 wird auf der Fahrt ebenfalls vertreten sein.

Der Erfolg: Die Speerspitze des Friedens

Die Friedensfahrt ist unter anderem auch eine Antwort auf die Ängste, die Maria Sacharowa – Sprecherin des russischen Außenministeriums – im Interview mit RT äußerte:

„Es gibt keine Aussicht, die (uns Russen) mehr Angst macht als ein Krieg. So wurde ich erzogen … Es gibt nichts Schlimmeres als Krieg. Der Krieg macht alles andere auf der Welt irrelevant … Die bloße Erwähnung von Krieg gegenüber einem Russen gibt ihm eine Gänsehaut …“

Diese Friedensfahrt dient – hier und jetzt – der Völkerverständigung zwischen Russen und Deutschen. Nie wieder Krieg! Zweimal haben sich die Deutschen die Finger verbrannt. Die Friedensfahrt Berlin–Moskau sieht sich – nicht ganz im Sinne von Ursula von der Leyen, die die Deutschen zur Speerspitze der Nato macht – als die Speerspitze des Friedens, die hoffentlich ein deutliches Zeichen setzt und viele Nachahmer findet.

Quellen:

YouTube: Ohne Tabus: RT-Moderatorin Anissa Naouai interviewt Außenamtssprecherin Maria Sacharowa *<https://www.youtube.com/watch?v=soHsLjxskbg>*

Leipziger Volkszeitung: Deutsche werden Speerspitze der Nato *<http://www.lvz.de/Nachrichten/Politik/Deutsche-werden-Speerspitze-der-Nato>*

Autor:

Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

‹http://www.free21.org/?p=21635›

Anzeigen

Free21 Goes Austria

Vortragsveranstaltungen im Mai 2016 in Österreich

Wer sich über Pressefreiheit und freie Medien informieren möchte, wer Tommy Hansen – Gründer und Herausgeber von Free21 – persönlich kennenlernen und mit ihm und anderen zu diesem Thema diskutieren möchte: Im Mai 2016 geht Free21 in Persona Tommy Hansen in Österreich auf Tour.

Termine und Orte:		
23.5. 19.00 Uhr	**Innsbruck**	Haus der Begegnung, Rennweg 12
24.5. 19.00 Uhr	**Salzburg**	Augustinerbräu, Lindhofstraße 7
25.5. 19.00 Uhr	**Linz**	Cardijn Haus, Kapuzinerstraße 49
27.5. 19.30 Uhr	**Wien**	Der Ausstellungsraum, Gumpendorfer Straße 23

Weitere Informationen:

https://www.facebook.com/free21goesAustria

Organisiert in Zusammenarbeit von www.aktivist4you.at, www.montagsinfo.com, www.peacetrigger.org, www.gruppe42.com

STOPP RAMSTEIN

Kampagne Stopp Ramstein:

Kein Drohnenkrieg!

„Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.“

10.–12. Juni 2016

Kommt zum **Friedenscamp** in Ramstein vom 8. bis 12. Juni und macht am 11. Juni mit bei unserer ca. 18 km langen **Menschenkette** von Kaiserslautern zur Air Base Ramstein.

www.ramstein-kampagne.eu

Die Wahrheit ist uns **nicht mehr zumutbar**

Sein oder Nichtsein ist zur aktuellen Alternative der Menschheit geworden. Gelingt es uns nicht, innerhalb kürzester Zeit zur Besinnung zu kommen und radikal umzusteuern, ob freiwillig oder mit Gewalt, werden wir überhaupt keine Chance mehr haben, die Folgen unseres kurzfristigen Konsumrausches zu überleben. **Dirk C. Fleck**

Die Küste von Kamilo Beach, Hawaii, 2006 (Foto: Algalita.org)

Auf die Gefahr hin, von den aufkommenden libertären Kräften in Grund und Boden gestampft zu werden, möchte ich aus einem Vortrag zitieren, den ich 1995 an mehreren deutschen Universitäten gehalten habe und der mit der Zeit immer aktueller geworden ist. Der Titel dieses Vortrages lautete: „Die ignorierte Katastrophe – Plädoyer für eine Ökodiktatur".

„Unser Leben wird sich in absehbarer Zeit dramatisch verändern: im politischen, im sozialen, im medizinischen Bereich ebenso wie im kulturellen Miteinander. Die Phänomene der Endzeit werden unseren Alltag sozusagen auf natürliche Weise durchdringen, auch wenn das Wort natürlich in diesem Kontext aberwitzig anmutet. Aber es ist nun einmal ein Naturgesetz, dass auch einstürzende Systeme ihre Dynamik besitzen. Der von den Menschen längst eingeleitete Ökozid geht an den Nerv allen Lebens. Wir sehen also: man muss gar nicht radikal denken und handeln, um zu radikalen Ergebnissen zu kommen. Für gewöhnlich reicht die pure Ignoranz einer Gefahr, um sich ihr unversehens gegenüberzusehen.

> Es muss eine neue Ära der globalen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verpflichtung beginnen, wie sie in der Geschichte ohne Beispiel ist.
>
> **Studie „Global 2000"**

Am 23. Mai 1977 gab der amerikanische Präsident Jimmy Carter Wissenschaftlern und Regierungsstellen den Auftrag, eine Studie zur Umweltproblematik zu erstellen. Der Bericht sollte auf der Basis von absehbaren Entwicklungstrends die politische Planungsgrundlage für eine ökologisch orientierte Politik liefern. Die Studie mit dem Titel „Global 2000" kommt in ihrem Vorwort zu folgendem Ergebnis:

„Die Schlussfolgerungen deuten für die Zeit bis zum Jahre 2000 auf ein Potential globaler Probleme von alarmierendem Ausmaß. Wenn die Trends verändert und die Probleme verringert werden sollen, werden weltweit mutige und entschlossene neue Initiativen erforderlich sein. Die Fähigkeit der Erde, Leben zu ermöglichen, muss geschützt und wiederhergestellt werden. Grundlegende natürliche Ressourcen – Agrarland, Fischgründe, Wälder, mineralische Rohstoffe, Energie, Luft und Wasser – müssen erhalten und der Umgang mit ihnen verbessert werden. Eine weltweite Veränderung der Politik ist erforderlich, bevor die Möglichkeiten für wirkungsvolles Handeln immer stärker eingeschränkt werden. Angesichts der Dringlichkeit, Reichweite und Komplexität der vor uns liegenden Herausforderungen bleiben die jetzt auf der ganzen Welt in Gang gekommenen Anstrengungen allerdings weit hinter dem zurück, was erforderlich ist. Es muss eine neue Ära der globalen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verpflichtung beginnen, wie sie in der Geschichte ohne Beispiel ist."

Die globale Zusammenarbeit, welche in dem Bericht an den Präsidenten so vehement gefordert wurde, lässt weiter auf sich warten. Die Vorstellung, die westlichen Industrienationen (übrigens allesamt Demokratien) als die Hauptverursacher der Ökokatastrophe, würden alles tun, um sich in diesem Sinne zu renovieren, ist absurd. Wie geht man mit einer Spezies um, die sich derart blind in den kollektiven Untergang wühlt und dabei alles andere Leben aus dem Gleichgewicht reisst? Lässt man sie gewähren oder versucht man sie mit Gewalt daran zu hindern, ihren tödlichen Wahn auszuleben? Die Ökodiktatur wäre so ein Versuch. Man möchte sie sich fast wünschen.

Demnächst haben wir ein weltumspannendes Elend von unvorstellbaren Ausmassen zu konfrontieren. Biologisch gesprochen sind wir dabei, aus der Zeit der Bäume in die Zeit des Gestrüpps zu wechseln. Das Problem ist, dass unsere Psyche angesichts der niederschmetternden Botschaften dicht macht, unsere Aufnahmefähigkeit und unser Empörungspotential sind schneller erschöpft, als es der Sache dienlich ist. Die Wahrheit ist den Menschen eben nicht mehr zumutbar, wie die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann noch meinte. Wir alle sind in individuellen Geschichten verstrickt, und es ist nicht einfach, sich dort herauszunehmen. Selbst wenn dies gelänge, wären wir doch nur mit unserer persönlichen Ohnmacht konfrontiert. Die Psychologie wird das Schicksal der Erde in Zukunft aber ebenso mitbestimmen, wie Wissenschaft und Politik. Als erstes gilt es daher, die Verleugnung der Ökokatastrophe zu überwinden, die sich in unseren Köpfen festgesetzt hat. Dies betrifft jeden einzelnen von uns. Besonders jedoch jene politischen und unternehmerischen Führungskräfte, die mit ihrer Macht die globale Tagesordnung bestimmen und die ein Interesse an der Erhaltung des Status Quo haben.

Publiziert: 13.02.2016, 11:40, von Dirk C. Fleck – Original: http://wck.me/D3s

Die Hinterlassenschaften eines Albatrosbauches gefüllt mit Plastik-Objekten (Foto: Forest and Kim Starr, USGS)

Der eigentliche Irrtum besteht darin, dass wir die Anhäufung von Daten mit Wissen verwechseln. Je mehr wir aber in Erfahrung bringen, desto weniger sind die Ergebnisse wert. Unsere Datenbanken blähen sich ins Ungeheuerliche. Alle fünf Jahre verdoppelt sich das Weltwissen. Dieses Trommelfeuer an Informationen macht unsere Köpfe und Herzen taub. Die Informationsflut führt also nicht zu mehr Aufklärung, sondern zu mehr Zynismus und Gleichgültigkeit.

Inzwischen sind unsere Demokratien zu Organismen verkommen, die allein durch wirtschaftliches Wachstum überleben. Bleibt dieses aus, macht sich sofort ein rechtes Protestpotential bemerkbar, das direkt in den verschleierten Faschismus führt. Die demokratisch-ökologische Wende wird unter diesen Umständen auf sich warten lassen. Also lassen Sie uns über den Begriff Diktatur reden. Die Ökodiktatur wird nicht als Ideologie daherkommen, die genügend Ressentiments bedient, um eine Volksbewegung zu werden. Sie wird nicht durch eine Revolution über uns kommen, sondern scheibchenweise installiert werden. Ihre Machtergreifung wird durch die schlechter werdenden Bedingungen diktiert, unter der die herkömmlichen Volkswirtschaften zusammenzubrechen drohen. Je länger wir darauf verzichten, im Vorgriff umzusteuern, desto wahrscheinlicher und grausamer wird die Ökodiktatur. Sie wird wenig zu tun haben mit grünen Idealen, sie wird sich als Entseuchungskommando in einer ganz und gar kaputten Welt verstehen. Das ist nur logisch.

Mitte dieses Jahrhunderts werden die Industrieländer nicht einmal zwanzig Prozent der Weltbevölkerung stellen. Sie werden sich einer Flut von Umwelt- und Armutsflüchtlingen gegenübersehen, die man sich nur mit rigiden, heute kaum vorstellbaren Maßnahmen vom Halse halten kann. Eine solche Gesellschaft wird auch ohne Ökodiktatur kaum noch Demokratie und Menschenwürde bereithalten.

Die meisten Menschen glauben, dass es sich bei dem Thema Ökologie um eine Art Geheimwissenschaft für Erleuchtete handelt. Sobald der enge Rahmen der klassisch naturwissenschaftlichen Ökologie verlassen wird und Begriffe wie ganzheitlich, evolutiv oder gar spirituell ins Spiel kommen, wird die Sache den meisten suspekt. Sie sind unserem wissenschaftlich geschulten Geist fremd. Nachvollziehbar wird Ökologie nur, wenn sie in den konkreten Zusammenhang von Wirtschaft und Politik gestellt ist. Die ethischen Fragen bleiben bei dieser Betrachtungsweise aussen vor. Es geht aber im Leben nicht nur um Sachwerte. Die Forderung, der natürlichen Mitwelt Respekt zu bezeugen, ihren Eigenwert anzuerkennen, ist das Kernstück einer Ethik, die zur Leitlinie gesellschaftlichen Handelns werden muss. Ansätze einer solchen Entwicklung sind vorhanden. Es gibt inzwischen viele Initiativen, die den Paradigmenwechsel für sich vollzogen haben. Allerdings glaube ich nicht, dass uns genügend Zeit bleibt, dieser Entwicklung in ihrem jetzigen Tempo zu vertrauen. Aber ich erwähne dies, um nicht als Berufspessimist zu gelten, der in seinem Eifer die positiven Ansätze in unserer Gesellschaft völlig negiert.

Was wir bräuchten, wäre eine Magna Charta der Ökologie. Eine solche Magna Charta unterschiede sich grundsätzlich von dem, was wir bisher unter Umweltschutz verstehen. Bisher reden wir ausschliesslich von Beständen, wenn wir von der Natur sprechen. Wir machen in allem unsere Rechnung auf. Dieses Denken ist nicht dem Leben verpflichtet, sondern einer Haushaltsphilosophie. Wir glauben ja immer noch, dass die Lösung ökologischer Probleme in erster Linie ein Fall für die Wissenschaft ist. Ich sehe das genau umgekehrt: Die Wissenschaft ist das stärkste Hindernis für die Lösung dieser Probleme. Solange Wissenschaft und Ethik zwei getrennte Begriffe sind, wird sich an der Talfahrt des Lebens nichts ändern. Der Hochmut der Gentechnologie macht dies auf krasse Weise deutlich. Früher gab es in Asien über 300 verschiedene Reissorten, heute teilen sich einige Grosskonzerne den Markt mit wenigen genmanipulierten Pflanzen. Die Folge ist, dass die erzwungenen Monokulturen ganze Kontinente veröden lassen.

Solange sich Wissenschaft und Ethik nicht in wechselseitiger Beziehung begreifen, werden wir keine Lösungen finden. Es geht darum, die Brille des alten Umweltschutzes, der eigentlich nur Menschenschutz bedeutet, abzunehmen und durch die Brille der ganzheitlichen Ökologie zu ersetzen. Sie erst lässt uns erkennen, dass die Umwelt nichts ist, was ausserhalb von uns existiert, sondern dass wir Teil einer einzigen und einzigartigen Welt sind. Es ist schon ein erbärmliches Zeugnis, wenn man das den Menschen in Erinnerung bringen muss. Weit vor unserer angeblich so aufgeklärten Zeit haben ganze Kulturen in dem Bewusstsein gelebt, dass alles Seiende beseelt ist. Die Pueblo-Indianer hatten nicht einmal ein Wort für Religion. Das ganze Leben war Religion für sie. Sie glaubten, wer Tiere und Pflanzen nicht achtet, verliert auch die Achtung vor den Menschen. So ist es ja auch gekommen …

Wenn ich also in meiner grenzenlosen Naivität einer Ökodiktatur das Wort rede, so deshalb, weil ich den Traum nicht aufgeben möchte, dass wir eines Tages zurückfinden werden zu einem Verständnis, das nicht nur uns selbst, sondern auch unserer Mitwelt nützt. Sein oder Nichtsein ist zur aktuellen Alternative der Menschheit geworden. Gelingt es uns nicht, innerhalb kürzester Zeit zur Besinnung zu kommen und radikal umzusteuern, ob freiwillig oder mit Gewalt, werden wir überhaupt keine Chance mehr haben, die Folgen unseres kurzfristigen Konsumrausches zu überleben. Die eigentliche Frage lautet daher: Kollektiver Selbstmord oder geistige Erneuerung.

Es wird wohl auf den kollektiven Selbstmord hinauslaufen. Also vergessen wir das Gerede von einer Ökodiktatur. Eine Spezies, die sich derart in Gefahr gebracht hat, muss schon von selbst darauf kommen, dass sie die notwendige Operation auch wollen muss, wenn sie am Leben hängt.

Autor:

Dirk C. Fleck

wurde 1943 in Hamburg geboren. Er studierte an der Deutschen Journalistenschule in München, war Lokalchef der Hamburger Morgenpost und Redakteur bei Merian, Tempo und Die Woche. Als Kolumnist war er für Die Welt und die Berliner Morgenpost tätig. Er arbeitete als freier Autor für die Magazine GEO, stern und Der Spiegel. Flecks journalistisches Augenmerk liegt auf dem Thema Ökologie, dem er sich auch als Schriftsteller widmet. U.a. erschien 2008 sein Roman Das Tahiti-Projekt und 2011 der Roman Maeva!

Dieser Text wurde zuerst auf kenfm.de unter der URL ‹http://www.kenfm.de/die-wahrheit-nicht-zumutbar/› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=20692›

Publiziert: 13.02.2016, 11:40, von Dirk C. Fleck – Original: http://wck.me/D3s

Die dunkle Seite des US-Imperiums

Anmerkungen zur neueren Geschichte von Machtpolitik und Verbrechen

von Mathias Bröckers

Als dem großen Erzähler Mark Twain gegen Ende seines Lebens nicht mehr zum Lachen war, wollte sein Publikum das nicht hören. Seit ihn die Zeitung „Alta California“ 1866 für eine Reportage auf die damaligen Sandwich-Inseln, das heutige Hawaii, geschickt hatte, liebten die Amerikaner den Satiriker und Spaßmacher, der Sitten und Gebräuche der Eingeborenen ungeniert verspottete – so auch als er später die erste US-amerikanische Reisegruppe auf einer Tour durch das alte Europa begleitete. Dessen „kultivierte Barbaren“ und ihre Gebräuche waren für Twain kaum weniger exotisch als die Bewohner Hawaiis – und in seinem berühmt gewordenen Reisebericht „The Innocents Abroad“ (Die Arglosen im Ausland) ließ er es an Spott nicht fehlen.

Von Palästen und Prachtbauten fühlte er sich als überzeugter Demokrat abgestoßen, Kathedralen, Kunst und Kirchenprunk des alten Europa lehnte er als „nutzlosen Plunder“ ab, der zur Unterstützung der Armen besser verkauft werden sollte. Und für die „schreckliche deutsche Sprache“, die er zu lernen versuchte, verfasste er einen Katalog von Verbesserungsvorschlägen („Zuallererst würde ich den Dativ abschaffen!“).

So naiv-satirisch Twains Vorschläge daher kamen, so ernst waren sie letztlich gemeint: Dass allein die Segnungen des modernen, pragmatischen Amerika der rückständigen Menschheit aufhelfen, konnten war für ihn vollkommen selbstverständlich. Spätestens mit der amerikanischen Eroberung der Philippinen (1899) aber wandelte sich der humorige Weltenbeglücker und Prediger des amerikanischen Fortschritts zu einem radikalen Kritiker seines Landes.

Die Liste der Länder, die von den USA seit dem zweiten Weltkrieg angegriffen wurde, ist lang.

Dass die amerikanischen Ideale von Demokratie und Freiheit nur als Mäntelchen benutzt würden, um Geschäftsinteressen, Eroberungen und Ausbeutung durchzusetzen, gehörte bis zu seinem Tod (1910) zu Twains festen Überzeugungen – und er wurde nicht müde gegen Imperialismus, Kolonialismus, Korruption und Rassentrennung anzuschreiben, um „sein“ Amerika wieder auf den rechten Weg zurückbringen. Doch wenn er auf die Bühne kam, lachten die Leute kaum, dass er nur das Wort erhob. So vermutlich auch bei seinem Vorschlag, mit dem er das Banner seiner demokratischen Ideale, die amerikanische Flagge, vor dem Missbrauch durch die Imperialisten retten wollte: „Wir nehmen einfach unsere übliche Flagge, übermalen nur die weißen Streifen schwarz und ersetzen die Sterne durch einen Totenkopf mit gekreuzten Knochen.“

Hundert Jahre später, nachdem die „Arglosen“ einmal mehr im Ausland unterwegs sind, um den „Barbaren“ Freiheit und Gerechtigkeit mit Bomben einzutrichtern, scheint Mark Twains Vorschlag aktueller denn je. Dass „Skull & Bones“ das Weiße Haus geentert haben und einen globalen Piratenfeldzug unter der amerikanischen Flagge tarnen, scheint mittlerweile vielen offensichtlich; ebenso wie die Tatsache, dass die korporierten Medien zu Propagandakompanien mutiert sind und den Raubzug mit billigen Lügen bemänteln und rechtfertigen. In seinem letzten Buch „Der geheimnisvolle Fremde“ schrieb Twain dazu:

> „Als nächstes wird der Staatsmann billige Lügen erfinden, die die Schuld der angegriffenen Nation zuschieben, und jeder Mensch wird glücklich sein über diese Täuschungen, die das Gewissen beruhigen. Er wird sie eingehend studieren und sich weigern, Argumente der anderen Seite zu prüfen. So wird er sich Schritt für Schritt selbst davon überzeugen, dass der Krieg gerecht ist, und Gott dafür danken, dass er nach diesem Prozess grotesker Selbsttäuschung besser schlafen kann.“

Diesem Prozess grotesker Selbsttäuschung haben sich die amerikanischen Bürger häufig unterziehen müssen: China (1945–46, 1950–53); Korea (1950–53); Guatemala (1954, 1967–69); Indonesien (1958); Kuba (1959–60); Kongo (1964); Peru (1965); Laos (1964–73); Vietnam (1961–73); Kambodscha (1969–70); Grenada (1983); Libyen (1986); El Salvador (1980 ff.); Nicaragua (1980 ff.); Panama (1989), Irak (1991–99), Bosnien (1995), Sudan (1998); Jugoslawien (1999) Afghanistan (2001–) lautet die Liste der Länder, die von den USA angegriffen wurden, bevor aktuell der Irak erneut zum Ziel wurde. Und wieder, der flächendeckenden Gehirnwäsche aus Brainwashington sei dank, im Inbrunst der Überzeugung, dass es bei diesen Bombardements um Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit geht – und um die Beseitigung des „Bösen“. Und dass gerade die Deutschen und Franzosen doch gefälligst den Mund halten sollten, wären sie doch ohne diese Freiheitsbomben heute eine sowjetische Kolonie.

Die Bush-Familie und die Naziförderung aus den USA

Nun zeigt freilich ein Blick in die Geschichte – nicht der offiziellen „Stars & Stripes“, sondern der verborgenen „Skull & Bones“ -, dass auch schon der Aufstieg Hitlers mit dem von Figuren wie Osama Bin Laden oder Saddam Hussein durchaus vergleichbar ist: Sie alle waren nützliche Werkzeuge, nette Hurensöhne der USA. Im Zuge der Re-Education Nazi-Deutschlands nach 1945 und der üblichen Neu-Geschichtsschreibung durch die Sieger haben die Historiker der Nachkriegszeit zwar nicht die Geburtshilfe und Alimentierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie ausgespart, sehr wohl aber die massive Förderung aus den Vereinigten Staaten.

Um zu erfahren, dass Hitlers Privatarmee, die SA, schon vor

Publiziert: 20.11.2015, Original: http://www.heise.de/tp/artikel/15/15280/1.html

1933 komplett mit nagelneuen Remington-Pistolen, Made in USA, ausgerüstet war, oder dass das General Motors gehörende, Mitte der 30er Jahre eröffnete LKW-Werk Brandenburg, eine der größten Autofabriken der Welt, die ausschließlich Militärfahrzeuge herstellte, erst ganz am Ende des Kriegs bombardiert wurde, als es der Roten Armee in die Hände zu fallen drohte, um solche Fakten über die Faschismusförderung durch amerikanische Finanziers und Industrielle zu erfahren, hilft ein Blick in die Standard-Geschichtswerke kaum. Auch dass der Großvater des amtierenden US-Präsidenten Prescott Bush wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland vor Gericht stand – und sein Vermögen beschlagnahmt wurde -, ist dort nicht zu finden.

Aus der Familiengeschichte des Bush-Clans bleibt dieses dunkle Kapitel in der Regel ebenfalls ausgespart, ebenso wie die Mitgliedschaft im „Skull & Bones"-Geheimorden der Yale-Universität, dem Prescott, George und George W. Bush angehören und dessen finstere Ideologie in den offiziellen Biographien allenfalls gestreift wird. Dass es der Bones-Bruder Prescott Bush und sein Kollege Harriman waren, die nicht nur das Vermögen des Nazi-Finanziers und Stahlmagnaten Fritz Thyssen verwalteten, sondern auch auf andere Weise gezielt in den Aufbau des Hitler-Regimes und der kriegswichtigen Industriebranchen investierten, findet sich heutzutage nur in der „Unautorisierten Biographie" der Bush-Familie, die gerade deswegen, weil ihr die offizielle Autorisierung fehlt, umso besser belegt und dokumentiert ist (Webster G. Tarpley & Anton Chaitkin: George Bush:The Unauthorized Biography). Denn unbemerkt blieb aufmerksamen Zeitgenossen das freudige und finanzkräftige Hitler-Engagement des US-Establishments nicht. Der US-Botschafter in Deutschland William E. Dodd bekundete 1937 gegenüber einem Reporter der „New York Times":

Roland Harriman, Prescott Bush, Knight Woolley und R. Lovett im Jahr 1964

> Eine Clique von US-Industriellen ist versessen darauf, unseren demokratischen Staat durch ein faschistisches System zu ersetzen und arbeitet eng mit den Faschistenregimes in Deutschland und Italien zusammen".

Ich hatte auf meinem Posten in Berlin oft Gelegenheit zu beobachten, wie nahe einige unserer amerikanischen regierenden Familien dem Naziregime sind. Sie trugen dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen und sind darum bemüht, ihn dort zu halten.

Doch so wenig heute das Foto des Pentagon-Emmisärs und Lieferanten von Massenvernichtungswaffen Donald Rumsfeld auf dem Sofa Saddam Husseins verhindert, dass sich derselbe Rumsfeld 20 Jahre später als Befreier und Abrüster des Irak feiern lassen kann, so wenig änderten die Interventionen des Botschafters oder die Veröffentlichungen von Historikern – etwa: Robert A. Brady: „The Spirit and Structure of German Fascism" (1937); „Business as a System of Power" (1943) oder Journalisten – George Seldes, „Facts and Fascism" (1943), Charles Higham: „Trading With The Enemy; The Nazi American Money Plot 1933-1949" (1983) – etwas daran, dass sich die Bushs, Harrimans, Dulles, Duponts, Rockefellers, Fords et al. nach 1945 von den Deutschen als Befreier feiern ließen.

Erst in den Neunziger Jahren konnte der ehemalige Staatsanwalt und jetzige Leiter des Florida Holocaust Museum John Loftus („The secret war against the Jews", 1994) aufdecken, was auch den amerikanischen Kontrolleuren bei der Beschlagnahme von Nazi-Vermögen verborgen geblieben war: Auf welchen Kanälen die US-Investionen in das „Hitler-Projekt" hinein- und wie die Profite wieder hinausgeflossen waren.

Dieser sehr schlecht aufgelöste Screenshot zeigt Donald Rumsfeld und Saddam Hussein am 20. Dezember 1983 in Bagdad. (Quelle: United States National Security Archive, 25.2.2003)

Die Schlüsselrolle dabei kam zwei Wall Street Banken – „Brown Brother Harriman" und „Union Banking Corporation" – zu, in denen Prescott Bush jeweils als Direktor bzw. Aufsichtsrat fungierte, sowie ihrem Ableger in Rotterdam, der „Bank voor Handel en Scheepvaart" . Loftus zeigt, wie es über diese von Thyssen 1916 gegründete Bank, die u.a. 1923 die Baukosten für das „Braune Haus", des ersten NSDAP-Hauptquartiers in München, finanzierte, nach dem Krieg gelang, die Milliarden des Thyssen-Konzerns vor der Konfiskation durch die Alliierten zu bewahren. Die Großwäsche von Nazi-Geld durch „Union Banking" blieb den bis Ende der 40er Jahre ermittelnden Staatsanwälten verborgen. Nach erfolglosem Abschluss der Untersuchung wurden Prescott Bush und seinem Schwiegervater Herbert Walker, dem der amtierende Präsident sein W. verdankt, ihre eingefrorene Beteiligungen an der Union Banking Corporation 1951 mit 1,5 Mio $ restituiert.

Waffen- und Drogenhandel im Dienst der US-Regierung

Sind das nicht olle Kamellen? Schmutzige Wäsche von vorgestern? Keineswegs, denn die schrecklich nette Familie Bush betreibt nach wie vor im großen Stil jenes „Dealing with the Enemy", das schon einst die Großväter reich machte. Der junge George W. erhielt das Geld für seine erste eigene Ölfirma „Arbusto" Ende der 70er Jahre vom US-Vermögensverwalter der saudischen Familie Bin Laden. Und beim Militär-Investor „Carlyle Group", die sein Vater repräsentiert und die von einigen seiner ehemaligen Kabinettskollegen geleitet wird, waren bis Oktober 2001 auch 2 Millionen Dollar des Bin Laden Clans investiert. Der italienische Großindustrielle Carlo de Benedetti, der am 11.9. 2001 einen Vortrag im World Trade Center halten sollte, berichtete dem „Corriere della Serra" (14.12.02) in einem Interview:

Publiziert: 20.11.2015, Original: http://www.heise.de/tp/artikel/15/15280/1.html

> Und wissen Sie, wo ich am Abend vor dem Attentat war? Bei einem Abendessen im National Building Museum, mit George Bush senior und der Familie Bin Laden, alle auf Einladung der Carlyle Group, einer amerikanischen Finanzgesellschaft."

„So ist er, der globale Kapitalismus", fügt das Blatt für all jene hinzu, denen bei dieser Nachricht möglicherweise die Kinnlade herunterklappt. Wir wissen nicht, welche Geschäftsentwicklungen der Carlyle-Repräsentant Bush sen. den Investoren bei diesem Dinner in Aussicht stellte, sicher aber ist, dass die Firma als einer der größten Rüstungsinvestoren der USA zu den großen Profiteuren des „War on Terror" von Bush jun. gehört.

Sicher ist auch, dass zur gleichen Zeit, als Reagan, Rumsfeld & Co. in den 80er Jahren den netten Diktator Saddam Hussein gegen den „fundamentalistischen" Iran aufrüsteten, die Ayathollas im Iran ebenfalls mit Waffen beliefert wurden, in einer klandestinen „Special Operation" des US-Militärs und der Geheimdienste, aus dem Weißen Haus geleitet von Ltd. Oliver North. Um die demokratisch gewählte Regierung Nicaraguas zu stürzen, erhielten auf diesem Kanal auch die dortigen „Contra"-Terroristen US-Waffen – und fungierten dafür als Zwischenstation für Lieferungen kolumbianischen Kokains.

Der wohl größte Drogenschmuggler der Geschichte, Barry Seal, brachte auf diesem Weg von 1979-1984 monatlich bis zu 2 Tonnen Kokain in die USA – im Auftrag und unter dem Schutz der CIA. Als er 1986 erschossen wurde, fand man in seiner Brieftasche die Telefonnummer eines seiner Protegés: des Vizepräsidenten und Ex-CIA-Chefs George Bush.

Ebenfalls lange bekannt war Barry Seal, der seine Operationen über den abgelegenen Flughafen Mena in Arkansas abwickelte, mit dem damals zuständigen Generalstaatsanwalt des Bundesstaats, unter dessen Augen diese Großimporte stattfanden: Bill Clinton. Der Rechtsanwalt, der die Clintons durch den Whitewater-Skandal boxte – Richard Ben-Veniste – verteidigte auch Seal. Und der Vermögensverwalter, der aus Hillary Clintons 10.000 Dollar im Handumdrehen 100.000 gemacht hatte, war an Seals Tarn- und Geldwäsche-Firmen beteiligt.

Hitler besucht eine Thyssen-Fabrik im Ruhrgebiet 1935

Als eine der Maschinen von Seals Schmuggelflotte bei einem Transportflug abgeschossen wurde, flogen die als „Iran-Contra-Skandal" bekannt gewordenen Milliardengeschäfte im staatlich sanktionierten Drogen- und Waffenhandel auf. Ein Untersuchungsauschuss wurde eingerichtet und einige Beteiligte aus dem Reagan/Bush-Statedepartment wurden verurteilt, um wie Richard Armitage oder John Pointdexter von Bush jun. wieder rehabilitiert und mit einflussreichen Ämtern bedacht zu werden. Dass die wahren Zusammenhänge nie aufgedeckt wurden – geschweige denn der Sumpf aus Geheimdiensten und organisierter Kriminalität je trockengelegt wurde -, hat vor allem wohl damit zu tun, dass „Barry & the Boys" so klug waren, Millionen an Schmiergeldern zu verteilen – an einflussreiche Politiker und Strippenzieher beider Parteien.

Barry Seal und der Sumpf aus Verbrechen und Politik

Unter dem Titel Barry & the Boys – The CIA, the mob and the secret american history hat der amerikanische Investigativ-Journalist Daniel Hopsicker eine 500-seitige akribische Recherche über das Leben Barry Seals vorgelegt, die anders als die verschiedenen Hollywood-Adaptionen seiner abenteuerlichen Biographie („Doublecrossed" mit Dennis Hopper) versucht, diesem Sumpf von Politik und Verbrechen wirklich auf die Spur zu kommen. Der offiziellen Legende nach hatte sich der „frühere Drogen- und Waffenschmuggler" Seal zum „wichtigsten Informanten der DEA" (Drug Inforcement Agency) gewandelt und wurde wegen dieses Verrats von einem kolumbianischen Killerkommando 1986 erschossen.

Flughafen Jena in Arkansas – Hauptquartier für einen langjährigen Großimport von bis zu 2 Tonnen Kokain monatlich.

Hopsickers Nachforschungen und Zeugenbefragungen ergeben indessen ein ganz anderes Bild. Zum einen hatte Seal keinerlei Befürchtungen, von seinen lateinamerikanischen Geschäftspartnern bedroht oder gar ermordet zu werden – stattdessen stand ihm ein von der Steuerbehörde IRS betriebenes Gerichtsverfahren in den USA bevor und er hatte wenige Tage vor seinem Tod gedroht auszupacken, wenn man ihm die Steuerforderung von 30 Millionen Dollar nicht vom Hals schaffe. Als sein Anwalt Lewis Unglesby fragte, wie er ihn verteidigen solle, wenn er die Hintergründe nicht kenne, gab er ihm eine Telefonnummer:

Barry schob mir das Telefon rüber und sagte: „Du willst wissen, was los ist? Hier, wähle diese Nummer. Sag Ihnen Du wärest ich", erklärte Unglesby. Als ich tat, was er mir sagte, war eine weibliche Stimme am Apparat: „Büro von Vizepräsident Bush, was kann ich für Sie tun?" – Ich sagte: „Hier ist Barry Seal." Sie bat mich zu warten, sie würde verbinden, was dann auch augenblicklich geschah. Ein Mann nahm den Hörer auf, identifizierte sich als Admiral soundso und sagte zu mir: „Barry, wo hast Du gesteckt?" „Als ich ihm sagte, dass ich nicht Barry Seal sondern sein Anwalt sei", so Unglesby, „knallte er den Hörer abrupt auf die Gabel."

Ist das nur die Geschichte eines – so die Fortsetzung der offiziellen Legende – aus dem Ruder gelaufenen Agenten, dessen Privatgeschäften man auf die Schliche gekommen ist und der nun versucht, seinen Ex-Boss zu erpressen? Hopsickers Recherche dokumentiert, dass es sich bei Barry Seal um alles andere als um einen kleinen Fisch handelte. Wäre die Rolle des fiktiven James Bond mit einem realen Agenten aus der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts zu besetzen, Seal wäre ein Top-Anwärter auf den Posten.

Mit 16 macht er den Pilotenschein und wird Kadett der „Ci-

vil Air Patrol", mit 18 fliegt er erste „special operations" (illegale Waffen nach Kuba), kaum über 20 ist er der jüngste Boeing-707 Pilot weltweit und fliegt, unter dem offiziellen Cover als Kapitän der TWA, immer wieder illegale Einsätze mit Drogen- und Waffenlieferungen: Kuba, Honduras, Guatemala, Vietnam, Laos, Bolivien, Kolumbien; Marihuana, Opium, Heroin, Kokain, sowie Waffen und Sprengstoffe aller Art. Seine Flugzeuge – zeitweilig befehligt er eine ganze Flotte – sind mit modernsten Nachtsicht- und Anti-Radar-Einrichtungen der US-Luftwaffe ausgerüstet. Seal und seine Piloten haben zudem stets einen Koffer mit 2 Millionen Dollar in bar dabei, um sich aus eventuellen Schwierigkeiten rauszukaufen.

Der Untersuchungsausschuss berechnete später die Umsätze allein aus der „Iran-Contra"-Operation auf 80 Milliarden US-Dollar. Und die „Contra-Sache" war auch

Barry Seal ist der dritte von links. Der Mann mit Brille neben Barry Seal, Porter Goss, wird später unter George W.Bush CIA-Direktor. Hier sehen wir sie 1963 im Kreise eines CIA-„Assassination"-Teams

die Drohung, mit dem Seal seinem heimlichen Chef Bush einheizte. Das Foto, mit dem Ronald Reagan vor der Weltpresse seinen Nicaragua-Feldzug gerechtfertigt hatte – es zeigte einen Funktionär der regierenden Sandinista-Partei beim Beladen eines Kokaintransports – war von Barry Seal arrangiert und gemacht worden.

Im Auftrag der Firma

Die „smoking gun" allerdings, den Beweis, dass es sich bei diesem Barry Seal nicht um einen kleinen „Special Op"-Agenten, sondern gleichsam um den Phänotypen eines Feldoffiziers und Frontmanns der verdeckten Kriegsführung und des „Dealing with the Enemy" handelt, lieferte ein ganz anderes Foto. Seiner Witwe Debbie Seal gelang es, die Aufnahme wie auch die Notizbücher ihres ermordeten Mannes vor dem „Cleaning" seiner Unterlagen durch FBI und CIA zu retten und stellte beides Daniel Hopsicker zur Auswertung zur Verfügung.

Das Foto, aufgenommen 1963, zeigt Barry Seal mit neun weiteren Männern in Partylaune am Tisch eines Nightclubs in Mexico City – und die Kollegen, mit denen Seal da feierte, stellen nicht nur eine Art „Who is Who" der amerikanischen Geheimpolitik dar, sie beweisen vor allem, dass der „frühere Drogen- und Waffenschmuggler" Barry Seal schon seit Anfang der 60er Jahre im Auftrag der „Firma" unterwegs war. Vorne links auf dem Bild lacht Felix Rodriguez in die Kamera, einer der berüchtigsten CIA-Killer, auf dessen langer Liste von Morden auch der von Che Guevara in Bolivien steht. Ihm gegenüber, das Gesicht halb verdeckt, sitzt Frank Sturgis, beteiligt unter anderem an der Schweinebucht-Invasion und später einer der überführten Watergate-Einbrecher. Vor seinem Tod soll er einigen Forschern zufolge einem Kardinal der katholischen Kirche ein schriftliches Geständnis über seine Beteiligung am Kennedy-Mord hinterlassen haben.

Neben ihm sitzt William Seymour, der in nahezu jedem Buch über den Kennedy-Anschlag eine wichtige Rolle spielt. Seit den 50er Jahren rekrutierte er Piloten für die CIA, darunter auch den jungen Mann, den Barry Seal in einem Trainingslager der „Civil Air Patrol" 1955 kennenlernt: Lee Harvey Oswald. Oswald ist später für die Schüsse auf Kennedy verurteilt worden. Hätte ein Foto wie dieses damals dem Gericht und der Untersuchungskommission vorgelegen, die „One Bullet"-Legende des „kommunistischen" Einzeltäters Oswald wäre so nie in die Geschichtsbücher eingegangen. Vielmehr wäre die Tat eines klandestinen Kommandos des US-Geheimdiensts ruchbar geworden, für den Präsident Kennedy zum Hassobjekt Nr. 1 geworden war, weil er nach ihrer para-militärischen Schweinebucht-Invasion den großen militärischen Angriff auf Kuba verweigert hatte.

Die ersten Waffen, die Barry Ende der 50er Jahre nach Kuba geflogen hatten, waren noch an die Bewegung eines jungen Rechtsanwalts und Aktivisten adressiert, der sich gegen den damaligen Diktator Batista auflehnte: Fidel Castro. Dieser eroberte dann, bestens ausgerüstet aus den USA, zwar die Macht in Kuba, mutierte aber von Stund an vom netten zum gottverdammten Hurensohn, gegen den man nun rechte Guerilleros aufrüstete – und sich dafür mit der aus Havanna verjagten Casino- und Prostitutions-Mafia verbündete.

So waren Barry und die Boys von Anfang an nicht nur ganz oben bestens connected – der Che-Guevara-Killer Rodriguez bekundete später, er sei 1961 für die CIA „von einem Typ namens Bush" re-

Faktenbox:

Die Iran-Contra-Affäre war ein politischer Skandal während der Amtszeit von US-Präsident Ronald Reagan.

Von der Reagan-Regierung wurden Einnahmen aus geheimen Waffenverkäufen an den Iran an die rechtsgerichtete Guerilla-Bewegung der Contras in Nicaragua weitergeleitet, um sie bei dem Contra-Krieg gegen die sandinistische Regierung zu unterstützen. Zum einen war die Unterstützung der Contras ein klarer Verstoß gegen einen entsprechenden US-Kongressbeschluss(Boland-Amendment), zum anderen war das Geld ursprünglich zum Freikauf US-amerikanischer Geiseln im Libanon vorgesehen. Im Zeitraum vom 20. August 1985 bis zum 28. Oktober 1986 wurden insgesamt 2.515 TOW-Systeme sowie 258 HAWK-Systeme bzw. deren Teile, auch via Israel, an den Iran geliefert. Die Transporte wurden überwiegend von zivilen Fluggesellschaften, wie beispielsweise Southern Air Transport oder St. Lucia Airways, ausgeführt.

Faktenbox:

Adler Berriman Seal, bekannter als Barry Seal (* 16. Juli 1939; † 19. Februar 1986) war ein CIA-Agent und Drogenschmuggler, der nach eigener Aussage seit Ende der 1970er Jahre Kokain im Auftrag mittel- und südamerikanischer Drogenhändler in die USA flog. Er gilt als einer der größten und erfolgreichsten Drogenschmuggler in der Geschichte, der Straßenverkaufswert der von ihm importierten Drogen wird offiziell auf drei bis fünf Milliarden US-Dollar geschätzt.

Nach Aufdeckung seiner Geschäfte im Jahr 1984 wurde er Kronzeuge der amerikanischen Anti-Drogenbehörde DEA. Im Februar 1986 wurde er von einem Team von sieben kolumbianischen Auftragsmördern in Baton Rouge, Louisiana auf offener Straße erschossen. Kurz darauf hätte er vor einer Grand Jury des US-Bundesstaats Arkansas darüber aussagen sollen, wie seine Schmuggeltätigkeit mit verdeckten Operationen der CIA zusammenhing. Seal war die Schlüsselfigur des sogenannten Mena-Skandals

(Quelle: Wikipedia)

Publiziert: 20.11.2015, Original: http://www.heise.de/tp/artikel/15/15280/1.html

krutiert worden – sie hatten auch hervorragende Kontakte zur Unterwelt, die sich vor allem Anfang der 80er Jahre als nützlich erweisen sollten, als monatlich bis zu 2.000 Kilo Kokain distribuiert werden mussten.

Dass durch diese Schwemme kein Preisverfall für den gewinnbringenden Stoff eintrat, dafür traf Regierungschef Reagan umgehend Sorge, indem er den internationalen „War on Drugs" ausrief und durch verschärfte Verfolgung und Aufrüstung der Drogenpolizei die Handelsmargen weiter garantierte. Während der Konkurrenz so das Leben schwer gemacht wurde, brachte ein Kilo Kokain, für das Seal bei den Produzenten 2000 Dollar zahlte, im Endverkauf auch weiterhin mindestens das 100-Fache und sicherte so den Etat für die inoffizielle Außenpolitik besser und leichter als jedes andere Handelsprodukt. Die Bargeldmengen, die Barry und seine Piloten in dieser Zeit verschoben waren zu groß, um noch gezählt zu werden – sie wurden sackweise gewogen und in Lagerhäusern deponiert.

Moralvorstellungen verletzt

So abgrundtief derlei Geschäfte unsere kategorischen Vorstellungen von Moral verletzen – aus der Perspektive der Macht ist der Deal mit dem Feind, das Handeln mit dem Teufel (und dem Teufelszeug) nichts Verwerfliches, solange sie dem Erhalt der Macht und der Ausweitung der Souveränität des Machthabers dienen. Von Machiavelli über Carl Schmitt bis zu Leo Strauss – dem ideologischen Ziehvater der amtierenden Bush-Falken – zieht sich eine Linie der philosophischen Begründungen für eine solche Machtpolitik; und von den Philippinen 1899 über den Sieg im 2.Weltkrieg und im Kalten Krieg 1989 bis heute die Linie eines unglaublichen praktischen Erfolgs: der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur einzigen Weltmacht.

Auch wenn die Methoden, die dabei angewendet wurden, nicht sauber waren und der Kollateralschaden beträchtlich ist – durch Ziehsöhne wie Hitler, Saddam, Bin Laden (Pinochet, Noriega & zwei Dutzend Militärdiktatoren weltweit nicht zu vergessen) sowie die Heroin,- Kokain,- und Crack-Wellen -, wäre es naiv zu glauben, diese Methoden seien deshalb jetzt obsolet. Umso wichtiger scheint es, sie nicht länger mit der billigen Parole „Verschwörungstheorie" vom Tisch zu wischen, sondern sie zu studieren und zu erforschen.

Die Geschichte von Barry Seal zeigt diese verborgene Politik wie in einer Nussschale. Die zehn Männer auf dem Foto von 1963 – die Agenten der „Operation 40" der CIA – haben die amerikanische Politik und die Weltgeschichte der letzten Jahrzehnte praktischer und massiver beeinflusst als alle in den „Jahrhundertchroniken" abgebildeten öffentlichen Figuren. Als Barry seinem Anwalt die Telefonnummer des amtierenden Vizepräsidenten zuschob, war das keine Hochstapelei – Bush hatte mehr als einen Grund, vor diesem Agenten zu zittern.

Die Kolumbianer, die Barry Seal auf einem Parkplatz in seiner Heimatstadt Baton Rouge erschossen, sagten vor Gericht aus, sie hätten erst nach ihrer Ankunft in USA telefonische Instruktionen über Opfer und Ort ihres Jobs erhalten. Der Kontaktmann, der ihnen die Anweisungen gab, hätte seinen Namen nicht genannt, sich aber als Offizier der US-Armee bezeichnet. Die Anwälte und viele Kenner des Falls sind überzeugt, dass es sich dabei nur um Oliver North gehandelt haben kann, doch bewiesen wurde das nicht. Als North im Scheinwerferlicht vor dem „Iran-Contra"-Untersuchungsausschuss die Hand zum Eid hob, tönten zwar laute Zwischenrufe von den Zuschauerrängen: „Fragt nach dem Kokain! Fragt nach dem Kokain!" Die Frage wurde aber nicht gestellt.

Ollie North hat heute eine Talkshow und moderierte den Irak-Feldzug für den Propagandasender „Fox News". Das Business aber läuft weiter – aus dem frisch „befreiten" Afghanistan melden die Agenturen soeben eine der größten Opiumernten aller Zeiten; Barry Seals Nachfolger haben wieder reichlich zu fliegen.

Schatten in die Zukunft

Doch nicht nur was den Drogenhandel betrifft wirft diese dunkle Seite der US-Politik ihren Schatten weiterhin in die Zukunft. Auch die Hintermänner der Terroranschläge des 11.9. entstammen aller Wahrscheinlichkeit nach diesem Sumpf von „Special Operations", denn die Attacken auf WTC und Pentagon – soviel ist nach zwei Jahren ostentativer Nichtermittlung deutlich geworden – wären als autonome Tat von Osama und den 19 Räubern gar nicht durchführbar gewesen. Ohne aktive logistische Unterstützung aus Kreisen der Geheimdienste und des Militärs hätte dieser 11.9. die Welt nicht erschüttert – und eben diese „Amtshilfe" für Atta & Co. dürfte auch der Grund sein, warum nach fast zwei Jahren noch kein einziges Ermittlungsergebnis vorliegt.

Der hartnäckige Rechercheur Daniel Hopsicker freilich fühlte sich direkt in die Welt von Barry Seal zurückversetzt, als er ab September 2001 in Florida das Umfeld der „Terrorpiloten" unter die Lupe nahm: Flugschulen, die einem Netz von Tarnfirmen gehören; Flughäfen, auf die die lokale Polizei keinen Zugriff hat; Fluggesellschaften, die kein einziges Ticket verkaufen und nur dadurch auffallen, dass sie Gouverneur Jeb Bush im Wahlkampf zur Verfügung stehen und eine ihrer Leihmaschinen zum Kokainschmuggel benutzt wird.

> „Mein Sohn hat mich 24 Stunden und 48 Stunden nach dem Unglück [11. September 2001, Red.] angerufen, zweimal für je eine Minute", sagt der Vater. Was das bedeutet? „Er ist entführt worden. Die Leute vom Mossad haben ihn den Anruf machen lassen und mit Waffen bedroht. Ich schließe nicht mehr aus, dass er liquidiert wurde."
>
> Mohammed Atta, Vater der vermutlichen Todespiloten vom 11. September, im Gespräch mit Der Spiegel, 1.10.2001

Und mittendrin ein Mohammed Atta, der in den Zeugenaussagen seiner Vermieter, Fluglehrer, Autovermieter, Kellner und weiterer Kontaktpersonen wie ausgewechselt scheint. Nicht ein „islamistischer" Fanatiker, sondern ein durchaus säkularer junger Mann tritt uns hier entgegen: er wohnt bei seiner Freundin, die pinkfarbene Haare trägt und in einer Bar jobbt, trinkt Wodka und hört „Beastie Boys". Daniel Hopsicker, der für NBC viele Fernsehsendungen produziert hat, konnte seinen Dokumentarfilm über diesen Doppelagenten Atta und die dubiosen Hintergründe der Flugschulen, an denen die Hijacker ausgebildet wurden, in keinem der großen TV-Sender unterbringen.

Auch das dreistündige Interview mit Attas Freundin Amanda Keller, der das FBI nach dem 11.9. dringend unterzutauchen riet und die seitdem verschwunden ist, blieb bisher ungesendet. Müsste sich nicht aber nicht zumindest die „Yellow Press" um Originalinterviews mit der „Braut des 9-11-Terrorchefs" geradezu reißen? In dem Moment, in dem klar wird, dass alles auf die CIA im Hintergrund hinausläuft, so Hopsicker, „machen alle Kanäle zu".

Autor:

Mathias Bröckers

geboren 1954 ist ein deutscher freier Journalist, der vor allem für die taz und Telepolis schreibt. Ab 2001 hat er u.a. mehrere Bücher über den 11. September geschrieben.

www.broeckers.com

Dieser Text ist zuerst erschienen auf **Heise.de** unter der Überschrift „Der Handel mit dem Feind" am 24.07.2003: <http://www.heise.de/tp/artikel/15/15280/1.html>

<http://www.free21.org/?p=17311>

Das Geschäft mit den **Staatsschulden**

Woher nehmen die Banken eigentlich das Geld, das sie dem Staat leihen? Und bei wem landen am Ende die Zinsen? (Anmerkung: Dieser Text stammt aus dem Buch „Wer regiert das Geld?", dort auf S. 69–79)

Von Paul Schreyer

Wenn etwas auf der Welt stabil wächst, dann sind es die Staatsschulden. Eine beliebte Erklärung dafür lautet, dass Regierungen einfach grundsätzlich schlecht haushalten und zu viele „Wohltaten" unter ihren Bürgern verteilen, um von diesen wiedergewählt zu werden. Im Großen und Ganzen, so heißt es, lebten die Staaten über ihre Verhältnisse. Daher müsse dringend gespart werden. Man könne sich vieles einfach nicht mehr länger leisten, man lebe auf Kosten der eigenen Kinder. Wie sollten die bloß die ganzen Schulden jemals zurückzahlen?

Was an dieser Argumentation stimmt: Wachsende Schulden sind auf Dauer nicht tragbar. Sie führen zu immer höheren Zinsausgaben, die ja aus den Steuereinnahmen des Staates bezahlt werden müssen, also von dem, was alle Bürger gemeinsam erwirtschaften. Je mehr von den Steuern für Zinszahlungen verloren geht, desto weniger bleibt für den Rest. Dieser „Rest", also die Ausgaben für Bildung, Infrastruktur, Gesundheitswesen etc., schrumpft dann immer weiter. Steigende Zinszahlungen machen die Geldverleiher reich und das Land für alle Übrigen weniger lebenswert.

Derzeit hat Deutschland (nur der Bund, ohne Länder und Kommunen) etwa 1100 Milliarden Euro Schulden angehäuft und zahlt darauf jährlich ungefähr 30 Milliarden Euro Zinsen an seine Gläubiger. Das ist der drittgrößte Posten im Haushalt, gleich nach den Sozial- und den Militärausgaben. Das Wachstum der Verschuldung verläuft dabei alles andere als gemächlich. In den letzten vierzig Jahren hat sich der Schuldenberg verzehnfacht.1 Getilgt, also zurückgezahlt, werden die Schulden nicht. Stattdessen schuldet man endlos um. Auslaufende Staatsanleihen werden dabei immer wieder durch neu ausgegebene ersetzt. Die Staatsschuld besteht quasi für immer – und wächst dabei.

Wegen der aktuellen Niedrigzinsphase muss der Bund seinen Gläubigern zwar derzeit nur weniger als 1 Prozent Zinsen zahlen, auf lange Sicht aber werden die von der Gemeinschaft erarbeiteten Staatseinnahmen – also die Steuern – immer stärker von zu leistenden Zinszahlungen aufgefressen. Der Anteil der Zinsausgaben am Bundeshaushalt betrug vor vierzig Jahren 3 Prozent, heute sind es gut 9 Prozent.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wiegelt zwar ab und meint, wenn die Wirtschaft nur stark genug wachse und man keine neuen Schulden mehr aufnehme, sinke dadurch die relative Schuldenquote und man könne weiter stabil wirtschaften.2 Doch erstens werden eben doch immer wieder neue Schulden aufgenommen (siehe Bankenrettung) und zweitens kann die Wirtschaft auf Dauer nicht so rasch wachsen, wie die mit unerbittlicher mathematischer Logik steigenden Zinsansprüche der Gläubiger.

Aber warum wachsen die öffentlichen Schulden eigentlich überhaupt? Denn so einleuchtend es erscheinen mag, wenn ein armes, benachteiligtes oder vom Krieg zerstörtes Land Schulden hat – zumindest solange, bis es wieder auf die Beine kommt –, so absurd mutet es an, dass so gut wie alle Länder ständig Schulden haben. Besonders grotesk erscheint es, dass gerade Deutschland permanent Kredite aufnehmen muss – also ein Staat, in dem mehr als eine Million Millionäre leben3, wo seit siebzig Jahren Frieden herrscht und man wahlweise gerade Marktführer, Testsieger oder Exportweltmeister ist. Wie um alles in der Welt kommt es hier, inmitten von so viel Reichtum und Wirtschaftskraft, zu steigenden Staatsschulden? Weil der Hartz-IV-Satz zu hoch ist? Oder weil wir zu wenig arbeiten? Wohl kaum.

Die Antwort ist komplexer, denn die Schulden wachsen im Prinzip aus drei Gründen. Erstens (da haben die Vertreter der FDP recht) weil traditionelle Besitzansprüche, Privilegien und Bürokratien sich immer weiter ausbreiten, also die Staatsausgaben expandieren. Zum zweiten (da haben die Linken recht) weil die profitabelsten Unternehmen und die vermögendsten Bürger – also die „Spitzen der Gesellschaft" – nicht ausreichend stark besteuert werden, also die Staatseinnahmen niedriger sind, als sie sein könnten. Zum dritten aber, und das wird selten erwähnt, sind steigende Schulden kein sich ständig wiederholender betriebswirtschaftlicher „Unfall", sondern geplant und gewollt. Staatsschulden bedeuten ein höchst einträgliches Geschäft – für die Gläubiger. So erklärt sich auch, dass selbst die größten Schuldner unter den Staaten regelmäßig gute Bewertungen von Ratingagenturen erhalten, solange sie zuverlässig ihre Zinsen zahlen. Eine permanente und steigende Staatsverschuldung ist fest in das bestehende Weltfinanzsystem eingebaut.

Der Text ist ein Kapitel aus dem Buch, das am 1. März im Westend Verlag erschienen ist: ‹http://www.westendverlag.de/buecher-themen/programm/wer-regiert-das-geld-paul-schreyer.html›

Autor:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für die Magazine „Telepolis" und „Global Research". Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11 und publizierte zu diesem Thema auch in englischer Sprache. 2013 referierte Schreyer an der Seite von Dr. Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, auf einer Juristen-Konferenz an der Universität Bremen zum Stand der Ermittlungen bei 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren" wurde ein Spiegel-Bestseller.

https://paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst am 29. Februar 2016 auf paulschreuer.wordpress.com unter der URL ‹https://paulschreyer.wordpress.com/2016/03/01/das-geschaeft-mit-den-staatsschulden/› veröffentlicht (Lizenz: Paul Schreyer).

‹http://www.free21.org/?p=21402›

Publiziert auf Free21 am 09.03.2016, 11:25 Uhr, von Paul Schreyer auf paulschreyer.wordpress.com, Lizenz: Paul Schreyer

Wer erhält **das globale Finanzsystem** eigentlich am Leben?

Eine der meistgestellten Fragen unserer Zeit dürfte die folgende sein: Wie ist es möglich, dass das globale Finanzsystem trotz aller Einschläge der jüngeren Vergangenheit noch immer nicht in sich zusammengebrochen ist?

von Ernst Wolff

Das Gesamtbild der Weltwirtschaft könnte kaum düsterer sein: Rezession und Deflation, Kapitalflucht aus den Schwellenländern, Verwerfungen an den Devisenmärkten, Einbruch des Ölpreises und der Rohstoffmärkte, miserable Wirtschaftsdaten aus den USA und China – und das alles vor dem Hintergrund von weltweit mehr als 200 Billionen US-Dollar Schulden, einem sich ständig verschärfenden Währungskrieg und einer Unzahl geopolitischer Krisenherde…

(Foto: Pixabay.com, Public Domain)

Freitag, der 29.01.: Ein aufschlussreicher Tag an der Wall Street

Einen Hinweis darauf, wie und warum das globale Finanzsystem trotz dieser katastrophalen Gesamtlage noch funktioniert, gaben die Ereignisse an der New Yorker Börse am letzten Freitag des Monats Januar: Obwohl aus den USA extrem schlechte Wirtschaftsdaten gemeldet wurden, die sich auf die Kurse eigentlich negativ hätten auswirken müssen, schoss der Dow Jones um fast 400 Punkte in die Höhe. Weshalb? Weil die japanische Zentralbank am selben Tag bekannt gab, dass sie Negativzinsen einführen wird. Die Anleger an der New Yorker Börse gingen umgehend davon aus, dass die US-Zentralbank Federal Reserve ihren im Dezember begonnenen Kurs der Erhöhung des Leitzinses wegen der schlechten US-Wirtschaftsdaten nicht fortsetzen, sondern den Zinssatz ebenfalls wieder senken und Investoren damit weiteres, noch billigeres Geld zur Spekulation an den Finanzmärkten zur Verfügung stellen wird.

Die Reaktion zeigte einmal mehr, dass sich das Geschehen an den Aktienmärkten inzwischen vollständig von der realwirtschaftlichen Entwicklung entkoppelt hat und ein Eigenleben führt, dessen Regeln keiner Wirtschaftstheorie folgen. Konzepte wie das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage zählen nicht mehr, die Entwicklung der Börsenkurse basiert heute in erster Linie auf der Erwartung zukünftiger Manipulation der Märkte durch die Zentralbanken.

Die Reanimation des Systems hatte ihren Preis

2008 wäre das Todesjahr für das bestehende globale Finanzsystem gewesen, hätten Regierungen und Zentralbanken es nicht durch die größte Vermögensumverteilung aller Zeiten mit Hilfe von Steuergeldern am Leben erhalten. Diese Reanimation aber hatte ihren Preis: Sie hat eine ständig wachsende Schuldenlawine von nie dagewesenem Ausmaß in Gang gesetzt, die unablässig durch Zinszahlungen bedient werden muss. Aus diesem Grund bleibt den Zentralbanken seit 2008 gar nichts anderes übrig, als immer neues Geld zu drucken und es der Finanzindustrie zu immer niedrigeren Zinsen zur Verfügung zu stellen.

Das allein aber reicht nicht aus. Die Aktivitäten der Zentralbanken gehen deshalb weit über das Drucken von Geld und das Senken von Zinssätzen hinaus. Seit Jahren greifen sie auch in großem Stil an den Rohstoff-, Anleihe- und Aktienmärkten ein. Laut dem Official Monetary and Financial Institutions Forum hielten sie bereits im Juni 2014 mehr als 30 Billionen US-Dollar in Aktien und anderen Vermögenswerten. Zu den größten Playern am Markt zählen die chinesische Zentralbank (Bank of China, BoC), die US-Zentralbank Federal Reserve und die Schweizer Nationalbank (SNB). Im Klartext heißt das: Die Banken, die Geld drucken dürfen, zählen selbst zu den größten Marktteilnehmern und steuern mit ihrer eigenen Finanzkraft die Kurse.

Doch selbst diese Form der Manipulation dürfte in den vergangenen Wochen kaum ausgereicht haben, um das System am Leben zu erhalten. Gerade die Entwicklung an den Rohstoffmärkten hat zu Verwerfungen geführt, die internationale Giganten wie z.B. die Konzerne Glencore, Rio Tinto und BHP Billiton und ganze Industriezweige wie die mit Krediten in Höhe von einer halben Billion US-Dollar belastete US-Fracking-Industrie an den Rand des Zusammenbruchs gebracht.

Auch müssen im Bereich der Derivate, insbesondere der Kreditausfallversicherungen, allein in den vergangenen acht Wochen Zahlungen in Milliardenhöhe fällig geworden sein. Da jedem Gewinner in diesem Bereich ein Verlierer gegenübersteht, muss man sich fragen: Wer sind diese Verlierer und wieso haben ihre Verluste keine Kettenreaktion ausgelöst? Und noch eine weitere Frage steht seit Längerem im Raum: Wer hat die in den vergangenen eineinhalb Jahren auf den Markt geworfenen US-Staatsanleihen in Höhe von etwa einer Billion Dollar, die in keiner der Öffentlichkeit zugänglichen Bilanz auftauchen, gekauft und bezahlt …?

Die im Verborgenen arbeitenden Helfershelfer der Zentralbanken

Ein genauer Blick auf das Umfeld der Zentralbanken zeigt: Diese fast unumschränkten Herrscher über das System haben mächtige Helfershelfer, die sie bei ihrer Manipulation der Märkte unterstützen, sich dabei aber auf Grund rechtlicher Regelungen den Augen der Öffentlichkeit entziehen und das Gesamtbild so für Außenstehende noch undurchsichtiger machen.

Die EZB zum Beispiel kann sich auf die nationalen Notenban-

ken der Eurozone und das mit ihnen abgeschlossene und bis heute geheim gehaltene Agreement on Net Financial Assets (Anfa) stützen. Dieses Abkommen erlaubt den europäischen Notenbanken, die Öffentlichkeit über ihre Anlagetätigkeit und das Ausmaß z.B. ihrer Staatsanleihenkäufe im Dunkeln zu belassen. Die Bestände müssen nicht ausdrücklich in ihren Bilanzen ausgewiesen, sondern können zusammen mit anderen Posten angegeben werden – ein Freibrief zur Manipulation, deren Umfang bis 2015 auf etwa 700 Mrd. Euro beziffert wird. (siehe Daniel Hoffmanns 2015 erschienene Dissertation „Die EZB in der Krise – Eine Analyse der wesentlichen Sondermaßnahmen von 2007 bis 2012“).

Wichtigster Partner der Federal Reserve in den USA dürfte neben der 1988 unter Ronald Reagan gegründeten obskuren President's Working Group on Financial Markets, auch Plunge Protection Team (PPT, zu deutsch: Gruppe zum Schutz vor Börsenabstürzen) genannt, der Exchange Stabilization Fund (ESF, zu deutsch: Börsenstabilisierungsfonds) sein. In den Dreißiger Jahren mit dem Gewinn der US-Regierung aus der Enteignung privater Goldbesitzer gegründet, arbeitet der ESF seit acht Jahrzehnten unter allergrößter Geheimhaltung. Er ist nur dem US-Präsidenten und dem US-Finanzminister auskunftspflichtig, seine Bücher dürfen von niemandem eingesehen werden, eine parlamentarische Kontrolle durch den US-Kongress gibt es nicht.

Die größte schwarze Kasse der Welt?

Es wird vermutet, dass der ESF sich u.a. die durch CIA-gestützte Putsche erworbenen Reichtümer wie zuletzt die Goldreserven der Ukraine und Gaddafis konfiszierten Goldschatz angeeignet und auf diese Weise die größte schwarze Kasse der Welt geschaffen hat. Unter anderem soll er in der jüngeren Vergangenheit beim Rückkauf von US-Staatsanleihen aktiv gewesen sein. Da allein in den vergangenen 17 Monaten (vor allem zur globalen Schuldenbegleichung) US-Staatsanleihen im Wert von 1 Billion Dollar eingelöst wurden und diese enorme Summe weder in den Büchern der Fed, noch in denen des Finanzministeriums der USA auftaucht und darüber hinaus zu keiner Schwächung des Dollars geführt hat, scheint diese Annahme durchaus berechtigt.

Es ist auch sehr gut möglich, dass der ESF dann eingreift, wenn Großunternehmen vom Bankrott bedroht sind und ihr Zusammenbruch das gesamte System bedrohen könnte. Er dürfte in diesen Fällen einspringen und dem betroffenen Unternehmen unter höchster Geheimhaltung Kredite zur Verfügung stellen, die es stabilisieren und die Fälligkeit von Kreditausfallversicherungen so verhindern. Im Jahr 2008 ist er in den USA – das ist sogar offiziell bestätigt – auf diese Weise in einer Größenordnung von 50 Mrd. US-Dollar aktiv gewesen.

Der ESF verfügt im Übrigen nicht nur über US-Dollar und ausländische Währungen, sondern auch über die Sonderziehungsrechte des IWF (2009 bereits in einer Höhe von 60 Mrd. US-Dollar). Diese künstliche Reservewährung, die bereits 2008 in einer Größenordnung von 250 Mrd. US-Dollar zur Rettung von Staaten eingesetzt wurde, würde im Fall eines Dollar-Zusammenbruchs vermutlich als allerletztes Mittel zur Rettung des bestehenden Systems zum Einsatz kommen.

Man sieht: Die Zentralbanken halten sich Verbündete, die ihr zwielichtiges Geschäft weitgehend im Dunkeln betreiben und dabei helfen, ein im Grunde totes System fern der Augen der internationalen Öffentlichkeit am Leben zu erhalten. Die entscheidende Frage lautet: Wie lange wird ihnen das noch gelingen?

Wie nah ist das System dem finalen Kollaps?

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden Regierungen und Zentralbanken weiterhin unbegrenzt Geld drucken und den Zinssatz immer stärker in negatives Territorium bewegen. Es wird hinter den Kulissen weiter manipuliert und aus schwarzen Kassen bezahlt werden. Aber das Problem ist: Die Folgen dieser Maßnahmen sind nicht unbegrenzt beherrschbar.

Das Gelddrucken hat die Blasen an den Börsen der Welt inzwischen so weit aufgebläht, dass sie im Fall ihres Platzens viele Großinvestoren (wie z.B. die Pensionskassen) mit sich in den Abgrund ziehen und unabsehbare finanzielle, wirtschaftliche und soziale Folgen haben werden. Die Auswirkungen von Negativzinsen sind unabsehbar, da es hierfür keine historischen Parallelen gibt. Ihre Einführung muss aber wegen der Flucht der Sparer ins Bargeld auf jeden Fall ein Bargeldverbot nach sich ziehen, was ebenfalls zu sozialen Unruhen führen kann. Eine Reihe von Firmenpleiten im Zuge des Ölpreisverfalls könnte wegen der zur Rettung erforderlichen Summen schnell außer Kontrolle geraten. Der Derivatemarkt wiederum hat mit einem Umfang von über einer halben Trillion Dollar ein Ausmaß angenommen, das im Fall einer Kettenreaktion durch keine schwarze Kasse mehr zu beherrschen wäre. Ein Fall der Deutschen Bank als inzwischen größtem Derivatehändler der Welt (noch vor JPMorgan) wäre auf jeden Fall das abrupte Ende …

Es gibt viele Arten und Weisen, auf die ein Crash des bestehenden Systems eingeläutet werden kann. Es ist auch gut möglich, dass die USA, die vom Zusammenbruch am härtesten betroffen wären, dem Crash durch das Entfachen eines größeren Krieges (der die Gefahr eines 3. Weltkrieg heraufbeschwören würde) vorzugreifen versuchen. Schauplätze könnten der Nahe Osten, Russland oder China sein. Ein Krieg im Nahen Osten würde den Ölpreis sofort in die Höhe treiben, die US-Fracking-Industrie somit vor dem Untergang retten und wäre für die USA daher wirtschaftlich und finanziell zumindest vorübergehend ein Befreiungsschlag. Ein Krieg gegen Russland und die Ersetzung des Regimes Putin durch ein Marionettenregime vom Schlag Jazenjuk würde das System durch die Öffnung eines riesigen Marktes auf jeden Fall für einige Zeit stabilisieren und ein Krieg gegen China würde einen potentiellen Gefahrenherd für die USA, nämlich die Einführung einer goldgedeckten Währung durch das Reich der Mitte (die das sichere Ende des US-Dollars als globale Leitwährung bedeuten würde), ausschalten.

Angesichts der Vielzahl der Möglichkeiten kann niemand ernsthaft vorhersagen, wie oder in welchem Zeitraum sich die kommenden Ereignisse abspielen werden. Nur eines lässt sich mit Bestimmtheit feststellen: Das bestehende System befindet sich historisch gesehen in seiner Endphase und ist nicht mehr zu retten. Was wir zurzeit erleben ist der Versuch, den endgültigen Crash auf Biegen und Brechen und unter Einsatz aller erdenklichen Mittel hinauszuzögern. Der Preis dafür ist hoch: Manipulation der Märkte, Täuschung der Öffentlichkeit, Enteignung der Sparer, Repression, Gewaltanwendung und schlussendlich der Rückgriff auf das Mittel des Krieges sind zu diesem Zweck unvermeidlich.

Autor:

Ernst Wolff

1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Die Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik, mit der er sich seit vier Jahrzehnten beschäftigt, ist für ihn gegenwärtig von höchster Bedeutung.

Dieser Artikel wurde zuerst auf Antikrieg.com unter ‹http://antikrieg.com/aktuell/2016_02_04_wer.htm› veröffentlicht. Lizenz: frei für nichtkommerzielle Verwendung

‹http://www.free21.org/?p=20676›

Publiziert am 12.02.2016, 14:35 Uhr, von Ernst Wolff auf Antikrieg.com, Lizenz: frei für nichtkommerzielle Verwendung

Geld aus dem Nichts – Mythos oder Tatsache?

Die Kontroverse darüber, ob Banken Geld „aus dem Nichts" schaffen können, ist alles andere als neu. Die Recherche im reichen Fundus der Fachliteratur zeigt, dass diese Kontroverse bereits über ein Jahrhundert alt ist.

von Reinhold Mannsberger und Rudolf Sommer

Die aktuelle Finanzkrise hat das Interesse an diesem Thema wieder neu aufleben lassen – und das nicht nur in akademischen Kreisen, sondern auch bei den einfachen Bürgern. (Die sich bspw. die berechtigte Frage stellen, wie es sein kann, dass Banken zusammenbrechen können, wenn diese doch – wie man immer öfter hören und lesen kann – Geld aus dem Nichts schaffen können, und vor allem: warum sie dann in weiterer Folge ungefragt zur Übernahme der Kosten dieser Zusammenbrüche verpflichtet werden.) Trotz der schwerwiegenden Auswirkungen der Finanzkrise auf die gesamte Gesellschaft blieb diese überaus wesentliche Frage ungeklärt. Zwar kann der interessierte Bürger bei Recherchen eine Menge Aussagen zu dem Thema finden, alle Aussagen haben jedoch eines gemeinsam: Sie stützen sich nur auf die (angebliche) Fachkompetenz des jeweiligen Autors. Belegte Fakten sucht man vergeblich. Diese scheinen nicht zu existieren. Wie dem auch sei: Seit dem 7. August 2013 liegen erstmals belegte Fakten zu dieser Frage vor.

Die Theorien

Über die Rolle der Banken in der Wirtschaft ist im vergangenen Jahrhundert und darüber hinaus viel geschrieben worden. Oft haben sich die Autoren jedoch mit der Frage, ob die Banken Geld schöpfen, nicht beschäftigt, da sie einfach davon ausgegangen sind, dass ihre bevorzugte Theorie den Tatsachen entspricht – so hinterfragen sie ihre bevorzugte Theorie nicht, geschweige denn, dass sie verschiedene Theorien verglichen hätten. Eine Überprüfung der Fachliteratur identifiziert drei verschiedene, sich gegenseitig ausschließende Theorien, jede von ihnen war etwa ein Drittel des 20. Jahrhunderts die vorherrschende Sichtweise.

Die aktuell vorherrschende Ansicht ist, dass die Banken reine Finanzvermittler sind, welche Einlagen sammeln und weitergeben, genau wie andere Finanzinstitutionen, die keine Banken sind – ohne besondere Eigenschaften.

Diese Ansicht wird die Finanzintermediär-Theorie genannt und sie ist die vorherrschende Sichtweise seit dem Ende der 1960er Jahre.

Etwa zwischen den 1930er und den späten 1960er Jahren war die vorherrschende Sichtweise, dass das Bankensystem „einzigartig" sei, da die Banken im Gegensatz zu Finanzintermediären, im Kollektiv Geld schaffen können und zwar auf der Grundlage des Teilreservemodells (auch bekannt als Multiplikatormodell). Trotz ihrer kollektiven Fähigkeit zur Geldschöpfung ist jede einzelne Bank nach dieser Sichtweise nur ein reiner Finanzvermittler, der Einlagen sammelt und weiterverleiht – ohne die Fähigkeit, selbst Geld zu schöpfen. Diese Ansicht wird Teilreserve-Theorie genannt.

Die dritte Theorie über die Funktionsweise des Bankensektors ist in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts aufgekommen. Anders als bei der Finanzintermedär-Theorieund im Einklang mit der Teilreserve-Theorie behauptet diese, dass das Bankensystem neues Geld schafft. Jedoch geht sie weiter als letztgenannte und unterscheidet sich in einer Reihe von Punkten. Diese Theorie behauptet, dass jede einzelne Bank kein Finanzvermittler ist, der bei der Kreditvergabe Spareinlagen oder Reserven der Zentralbank weiterreicht, sondern den gesamten Kreditbetrag aus dem Nichts schafft. Diese Ansicht wird Kreditschöpfungstheorie genannt.

Da die Kontroverse über die Theorien nie beigelegt wurde, herrscht große Verwirrung: Heute finden wir Zentralbanken – manchmal dieselben Zentralbanken, die verschiedenen Theorien anhängen; im Fall der Bank of England sind deren Bedienstete gleichzeitig Anhänger jeder der drei sich gegenseitig ausschließenden Theorien!

Die drei Theorien basieren auf verschiedenen Beschreibungen, wie Geld und Banken funktionieren und führen dementsprechend zu unterschiedlichen Vorschriften zur Bankenregulierung. Eine wirksame Bankenregulierung ist logischerweise nur möglich, wenn man ihr die Theorie zugrundelegt, die der praktischen Realität entspricht – also spielt es eine bedeutende Rolle, welche der drei Theorien richtig ist. An dieser Stelle sei noch soviel gesagt: Der moderne Ansatz zur Regulierung von Banken, so wie er spätestens seit Basel I (1988) umgesetzt ist, basiert auf der Annahme, dass die Finanzintermediär-Theorie richtig ist. Beim Reality-Check kann man auf jeden Fall eines feststellen: Die eigenmittelbasierten Ansätze für die Bankenregulierungen, wie sie vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht in Form von Basel I und II umgesetzt wurden, hat uns bisher nicht vor großen Bankenkrisen geschützt.

Die beschämende Rolle der Wissenschaft

Wie kann es sein, dass es in einer so fundamentalen Frage, wie der, ob (einzelne) Banken Geld aus dem Nichts schaffen können oder nicht, über ein Jahrhundert kaum einen Fortschritt gegeben hat? Eine Ursache liegt sicherlich in der Methode, die in der Wirtschaftswissenschaft des 20. Jahrhunderts vorherrscht, nämlich die hypothetisch-deduktive Methode: Unbewiesene „Axiome" werden „postuliert", unrealistische Annahmen hinzugefügt und daraus werden theoretische Modelle gebaut. Über diese Modelle lässt sich dann trefflich streiten, was aber nicht dazu führt, dass man der Klärung der Frage, welche Theorie nun den Tatsachen entspricht, entscheidend näher kommt.

Publiziert am 29.10.2015, 16:10 Uhr, von R. Mannsberger u. R. Sommer, Original auf Neopresse.com: http://goo.gl/992G9I

Doch wie kann die Angelegenheit geklärt werden? Ganz einfach so, wie man das in ernstzunehmenden Wissenschaften macht: Durch die induktive Methode. Man verlässt die Welt der deduktiven theoretischen Modelle und lässt die empirische Realität als Schiedsrichter über die Wahrheit walten. Oder mit anderen Worten: Man klärt die Angelegenheit durch empirische Beweise. Es muss in aller Deutlichkeit gesagt werden: Die Wirtschaftswissenschaften haben sich hier nicht mit Ruhm bekleckert. Mehr als ein Jahrhundert lang (!) haben sie es nicht geschafft, eine empirische Überprüfung ihrer Theorien durchzuführen.

Es fällt auf, dass die lange Kontroverse um die Theorien oftmals irrational geführt wurde. Man verwendete verschiedenste rhetorische Mittel, um die jeweils anderen Theorien zu verunglimpfen. Insbesonders die Kreditschöpfungstheorie und ihre Anhänger wurden und werden immer wieder verspottet, lächerlich gemacht und beleidigt. Von Sachlichkeit, die man von ernstzunehmender Wissenschaft erwarten würde, ist oft keine Spur. Beispielhaft und stellvertretend sei hier ein bekanntes Nachschlagewerk zum Thema Geld (Eatwell, John, Milgate, Murray, & Nevman, Peter: The New Palgrave Money) erwähnt, welches für sich beansprucht, ausgewogene Perspektiven zu bieten. Es enthält ein Kapitel mit dem Titel „Spinner“ (original: „cranks“). Das Kapitel endet mit einer Litanei an ad hominem Verunglimpfungen, Verleumdungen und Rufmorden, indem großzügig Bezeichnungen wie „Spinner“, „Phrasendrescher“, „Agitatoren“, „Populisten“ und sogar „Verschwörungstheoretiker“ vergeben werden.

Die empirische Überprüfung

Die empirischen Überprüfung erfolgte am 7. August 2013 durch Prof. Richard Werner in Form des Abschlusses eines echten Kreditvertrages bei einer kleinen, regional verwurzelten Genossenschaftsbank (Raiffeisenbank Wildenberg e.G.) in Deutschland. Die Überprüfung wurde nicht zuletzt deshalb bei einer kleinen Bank durchgeführt, weil große Banken eine Mitarbeit abgelehnt haben. Als Begründung wurde von den großen Banken in der Regel angegeben, dass die erforderliche Offenlegung der internen Buchhaltung das Bankgeheimnis oder die IT-Sicherheitsregeln verletzen würden und dass andererseits bei dem großen Transaktionsvolumen die geplante Überprüfung sehr schwierig durchzuführen wäre. Die Durchführung der Untersuchung bei einer kleinen Bank bedeutet aber keinen Nachteil, weil alle Banken in der EU nach den gleichen europäischen Vorschriften arbeiten (müssen), womit die empirischen Informationen auf jeden Fall repräsentativ sind.

Die Bank gewährte den Kredit und legte alle relevanten Aufzeichnungen der internen Buchhaltung (die Tagesbilanzen) offen, ebenso den internen Standardablauf ihres Kreditvergabeverfahrens. Es wurde eine schriftliche Vereinbarung unterzeichnet, die bestätigt, dass die geplanten Transaktionen Teil einer wissenschaftlichen empirischen Untersuchung sind und dass sich der Forscher nicht mit den Mitteln davonmacht, wenn diese auf sein persönliches Konto überwiesen werden. Weiters wurde vereinbart, dass der Kredit unmittelbar nach Abschluss der Untersuchung wieder getilgt wird.

Abgesehen von den beiden (einzigen) Direktoren der Geschäftsführung war auch der Leiter der Kreditabteilung anwesend. Die Direktoren waren unbeteiligte Zuschauer, sie hatten weder Zugang zu Computer-Terminals noch gaben sie irgendwelche Anweisungen. Der Leiter der Kreditabteilung nahm auch die Funktion des Kundenbetreuers wahr und war der einzige Vertreter der Bank, der in den Ablauf der Kreditvergabe involviert war: am Anfang, bei der Kundendokumentation, beim Unterzeichnen des Kreditvertrages und der Buchung des Kreditbetrages auf das Konto des Kreditnehmers am Schluss. Die gesamte Transaktion, einschließlich der manuellen Eingaben des Kundenbetreuers, wurden gefilmt. Es wurden auch die Bildschirme des bankinternen IT-Terminals fotografiert. Darüber hinaus war ein Team von der BBC vor Ort und filmte den Hauptteil des empirischen Bankkredit-Experiments.

Die entscheidende Frage bei der Untersuchung war klarerweise: Woher hat die Bank die Mittel erhalten, die dem Kreditnehmer (dem Forscher) gutgeschrieben wurden? Als der Forscher entsprechend der Teilreserve-Theorie nach Reserveguthaben der Bank fragte, wurde erklärt, dass die Bank ihre Reserven bei der zentralen Organisation der Genossenschaftsbanken hält, welche wiederum ein Konto bei der Zentralbank hält. Diese Zentralbankreserven beliefen sich auf einen Betrag von € 350 000, welcher sich während des Beobachtungszeitraums nicht verändert hat. Es wurde festgestellt und bestätigt, dass keiner der Bankmitarbeiter zusätzliche Aktivitäten durchführte, wie zum Beispiel die Ermittlung der verfügbaren Einlagen oder Gelder innerhalb der Bank – oder Anweisungen zu geben, Mittel aus anderweitigen Quellen auf das Konto des Kreditnehmers zu überweisen (bspw. durch das Kontaktieren der bankinternen Finanzierungsabteilung um bankexterne Interbankenfinanzierungsquellen zu beauftragen). Es wurden auch keine Anweisungen gegeben, Reserven zu reduzieren oder sich Reserven zu leihen, weder bei der Zentralbank, noch bei der Zentrale der Genossenschaftsbanken oder bei einer anderen Bank oder Organisation. Mit anderen Worten: Es war offensichtlich, dass nach der Unterzeichnung des Kreditvertrags durch beide Parteien sofort die Mittel auf das Kreditkonto gebucht wurden, ohne weitere Kontrolle oder Anweisungen, um Mittel zu transferieren. Es gab keine Verzögerungen oder Beratungen oder andere Buchungen. Der Kreditnehmer sah im Moment der Kreditvergabe die Erhöhung seines Kreditkontostandes. Die gesamte Prozedur der Kreditvergabe, von Anfang bis Ende, bis die Mittel auf dem Kreditkonto verfügbar waren, dauerte ungefähr 35 Minuten (und wurde durch das Filmen und die häufigen Fragen des Forschers deutlich gebremst).

Alle Mitarbeiter der Bank bestätigten, dass sie weder vor noch nach der Unterzeichnung des Kreditvertrags und vor der Buchung auf das Kreditnehmerkonto Auskünfte von irgendwelchen Dritten innerhalb oder außerhalb der Bank eingeholt hätten; weiters dass sie nicht den Stand der verfügbaren Einlagen geprüft oder in Verbindung mit dem Kreditvertrag Buchungen irgendeiner Art oder Überweisungen durchgeführt haben.

Die Ergebnisse

Die unterschiedlichen Theorien müssen sich in den (Tages-) Bilanzen der Bank natürlich auch unterschiedlich ausdrücken. (Schematische Darstellung der Bilanzgrößen je nach Theorie – siehe Abbildungen auf dieser Seite).

Die Schlüsselfrage ist, ob als Voraussetzung für die Buchung des gutgeschriebenen Betrages dieser Betrag von einem anderen Konto abgezogen wird, was zur Reduktion anderer Größen in der Bilanz – entweder Reserven (wie die Teilreserve-Theorie behauptet) oder anderer Mittel führt (wie die Finanzintermediär-Theorie behauptet). Sollte festgestellt werden, dass die Bank in der Lage ist, die Kreditsumme des Kreditnehmers zu buchen, ohne Geld von einem anderen internen oder externen Konto abzubuchen, würde das einen Anscheinsbeweis dafür darstellen, dass die Bank in der Lage war, die Kreditsumme aus dem Nichts zu schaffen. Dieser Fall würde die Kreditschöpfungstheorie stützen und demnach müsste die Theorie, dass die einzelne Bank ein Vermittler ist, der zuerst Einlagen oder andere Mittel sammeln muss, bevor er Kredite gewähren kann (in Übereinstimmung mit derTeilreserve-Theorie oder der Finanzintermediär-Theorie), verworfen werden.

Analysiert man nun die Informationen über die Passiva in den

Publiziert am 29.10.2015, 16:10 Uhr, von R. Mannsberger u. R. Sommer, Original auf Neopresse.com: http://goo.gl/992G9l

offengelegten Tagesbilanzen, erkennt man sofort, dass die Kundeneinlagen Teil der Bilanz des Kreditinstituts sind. DieFinanzintermediär-Theorie geht davon aus, dass Banken sich nicht von anderen Finanzinstitutionen unterscheiden, die keine Banken sind. Nun ist es jedoch so, dass andere Finanzinstitutionen ihre Kundeneinlagen außerhalb der Bilanz halten müssen. Also kann ausgeschlossen werden, dass die Finanzintermediär-Theorie der praktischen Realität entspricht.

Weiters ist auf der Passivseite der Bilanz eine Zunahme der Verbindlichkeiten zu beobachten, die dem Kreditbetrag entspricht. Eine vorhergehende Erhöhung der Einlagen, die dieTeilreserve-Theorie als Voraussetzung für eine Kreditvergabe fordert, ist nicht erkennbar. Die Passivseite der Bilanz scheint nur mit der Kreditschöpfungstheorie im vollkommenen Einklang zu stehen.

Auf der Aktivseite der Bilanz ist zu beobachten, dass die Reserven weniger wurden, während die Forderungen an Kunden deutlich gestiegen sind. Darüber hinaus ist auch die Bilanzsumme um einen Betrag gestiegen, der in etwa dem Kreditsaldo entspricht.

Entsprechend der Finanzintermediär-Theorie wäre ein Rückgang der Reserven (Guthaben bei anderen Finanzinstituten und Barmittel) um denselben Betrag wie der Betrag der Steigerung an Kundenkrediten zu erwarten. Die Reserven haben aber um weit weniger abgenommen. Zur gleichen Zeit wurde die Bilanz durch eine deutliche Zunahme der Forderungen an Kunden verlängert. Wenn die Bank sich, entsprechend der Finanzintermediär-Theorie, Geld von anderen Banken geliehen hätte, um den Kredit zu finanzieren, sollte sich weder der Kassenbestand erhöht, noch die Bilanz verlängert haben. Womit die Finanzintermediär-Theorie verworfen werden muss.

Wenn wir die Teilreserve-Theorie betrachten, kann durch die Befragung der Bankmitarbeiter ausgeschlossen werden, dass jemand von ihnen vor der Unterzeichnung des Kreditvertrags die Höhe der Reserven oder der Guthaben bei anderen Banken überprüft hat, um für den Kreditnehmer Mittel verfügbar zu machen. Darüber hinaus scheint es keine Indizien dafür zu geben, dass die Reserven in einem der Kreditvergabe entsprechenden Maß zurückgegangen wären. Schließlich kann die beobachtete Ausweitung (Verlängerung) der Bilanz auch nicht mit der Standardbeschreibung der Teilreserve-Theorie in Einklang gebracht werden. Daher müssen wir auch diese verwerfen.

Damit verbleibt nur mehr die Kreditschöpfungstheorie. Wenn man alle anderen Transaktionen ausschließt, zeigt eine einfache Kontrollrechnung, dass sich die Bilanz der Bank um den gleichen Betrag verlängert, wie Kredite vergeben wurden. Diese Feststellung stimmt nur mit der Kreditschöpfungstheorie überein.

Fazit: Weder die Finanzintermediär-Theorie noch die Teilreserve-Theorie kann mit der praktisch beobachteten Realität in Einklang gebracht werden. Das ist ausschließlich für die Kreditschöpfungstheorie möglich. Somit steht fest: Dass (einzelne) Banken Geld aus dem Nichts schaffen, ist kein Mythos.

Juristische Folgerungen

Aus bilanzrechtlicher Sicht handelt es sich bei der (Giral-) Geldschöpfung durch Geschäftsbanken um eine Bilanzverlängerung. Es entsteht in diesem Buchungssatz gleichzeitig eine Forderung und eine Verbindlichkeit (die einander aus wirtschaftlichen und logischen Gründen sofort gegenseitig aufheben) gegenüber derselben Person: dem Kreditnehmer.

Dieser Buchungssatz (Abbildung unten) dokumentiert, dass der Kreditnehmer zugleich auch Gläubiger der Bank im Sinne von Verfüger über diese sogenannten „Sichteinlagen“ oder „Sichtguthaben“ ist (denn diese „Sichteinlagen“ stehen auf der Passivseite der Bankbilanz und stellen aus Sicht der Geschäftsbank eine Verbindlichkeit dar). Die übliche Praxis, diese „Sichteinlagen“ dann bilanziell als „Vermögen“ zu bezeichnen, verstößt eindeutig gegen die internationalen Rechnungslegungsvorschriften, wie das Michael Schemmann, Vorsitzender des International Institute of Certified Public Accountants (IICPA) klar darlegt. In seinem offenen Brief an das Financial Accounting Standards Board (FASB) und International Accounting Standards Board (IASB) vom Mai 2013 geht er mit seinen Zunftkollegen hart ins Gericht. Unmissverständlich erklärt er, wie die Rechnungslegung der Banken die Regeln der Buchhaltung pervertiert. Leicht nachvollziehbar argumentiert er, dass eigentlich kein Wirtschaftsprüfer die Jahresabschlüsse von Banken testieren dürfte, weil die sogenannten „Sichteinlagen“ nicht den Anforderungen der FASB Buchhaltungs-Richtlinie (ASC 305-10-20) entsprechen, welche da u.a. (frei übersetzt) lautet: »Der Inhaber muss in der Lage sein, seine Finanzmittel [Anmerkung der Autoren: die sogenannte „Sichteinlage“] jederzeit einzulegen oder abzuheben, ohne dass er das vorher anmelden muss und ohne, dass er dafür eine Strafgebühr zahlen muss.« Wie weit dies von der Realität entfernt ist, weiß jeder Bankkunde, der schon einmal versucht hat, sich unangemeldet größere Guthaben bar auszahlen zu lassen. (Darüber hinaus zeigen auch die öffentlich zugänglichen Statistiken der EZB, dass diese Anforderung in unserem Bankensystem nie erfüllt ist.)

Doch nicht nur Wirtschaftsprüfer scheinen in Bezug auf Banken die Definitionen und die fachlichen Grundlagen für ihre Beurteilungen vergessen zu haben. Unter Juristen (egal ob Rechtsanwälte oder Richter) scheint die Definition von „Kredit“ so gut wie unbekannt zu sein: „Kredit ist die zeitweise Überlassung von eigenen Mitteln

Schematische Darstellung der Bilanzgrößen je nach Theorie

Finanzintermediär-Theorie

Aktiva		Passiva	
Überschussreserven	- E 200		
Ausleihungen und Anlagen	+ E 200		
Summe	0	Summe	0

Teilreserve-Theorie

Schritt 1. Ausgangsbilanz vor der Kreditvergabe

Aktiva		Passiva	
Überschussreserven	+ E 200	Einlagen	+ E 200
Summe	+ E 200	Summe	+ E 200

Schritt 2. Darstellung der Kreditvergabe

Aktiva		Passiva	
Überschussreserven	- E 200		
Ausleihungen und Anlagen	+ E 200		
Summe	0	Summe	0

Kreditschöpfungstheorie

Aktiva		Passiva	
Ausleihungen und Anlagen	+ E 200	Einlage aus der Kreditvergabe	+ E 200
Summe	+ E 200	Summe	+ E 200

Bankbilanz

Aktiva (Vermögen)	Passiva (Eigenkapital, Schulden)
Forderung (Kreditnehmer)	Sichtguthaben (Kreditnehmer)

an einen anderen zur wirtschaftlichen Verwertung." (Gerhard Köbler, Juristisches Wörterbuch. 15. Ausgabe, Verlag Vahlen, München 2012) Das durch Bilanzverlängerung geschöpfte Giralgeld der Geschäftsbanken entsteht als Bankverbindlichkeit (die Girokonten der Bankkunden stellen allesamt Bankverbindlichkeiten dar). Bei sachlicher Betrachtung ist offensichtlich, dass es sich dabei nicht um „eigene Mittel" der Bank handeln kann, denn genau diese sind ja nicht vorhanden, wenn (in der Bankbilanz) eine Verbindlichkeit ausgewiesen wird. Diese sachliche Betrachtung der Tatsachen findet jedoch so gut wie nie Eingang in rechtliche Beurteilungen.

Ganz grundsätzlich ist zu bemerken, dass in der Rechtsprechung die Tatsache der Giralgeldschöpfung durch Geschäftsbanken nicht berücksichtigt wird. Nach wie vor gehen Gerichte von der fundamental falschen Annahme aus, Banken würden entweder die Einlagen von Sparern oder aber geliehenes Geld von anderen Geschäftsbanken oder von der Zentralbank als Kredite weitergeben.

Das Unwissen um die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken und die mangelnde sachliche Betrachtung der tatsächlichen Sachverhalte im Bankgeschäft führen unvermeidlich dazu, dass die Rechtmäßigkeit der Forderungen von Banken nie hinterfragt wird, woraus in weiterer Folge immer Fehlurteile zum Nachteil von Kreditnehmern resultieren.

Aus der Tatsache der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken ergibt sich ein weiteres, schwerwiegendes Problem. Bekanntlich fordern Geschäftsbanken für das von ihnen geschöpfte Giralgeld (juristisch unrichtig als „Kredite" bezeichnet) Zins und Zinseszins. Bei entsprechenden „Kredit"beträgen und Laufzeiten häufen sich durch Zins und Zinseszins beträchtliche Beträge an. Die Bank erbringt als Gegenleistung nur einige Buchungen. (Die tatsächlichen Aufwände einer Bank für eine – sogenannte – Kreditvergabe sind in der Beilage 1 von Richard Werners Studie detailliert aufgelistet.) Warum ist das problematisch? Ganz einfach: Weil diese Umstände bei unvoreingenommener Betrachtung den Straftatbestand des (Geld-) Wuchers erfüllen. Denn von (Geld-) Wucher sprechen die Strafgesetzbücher (in Österreich StGB § 154 „Geldwucher", in Deutschland StGB § 291 „Wucher", in der Schweiz StGB Art. 157 „Wucher") dann, wenn sich jemand für eine Leistung einen Vermögensvorteil versprechen oder gewähren lässt, der in auffallendem Missverhältnis zum Wert der eigenen Leistung steht.

Was ist Geld?

Eines kann man über Geld mit Sicherheit sagen: Nämlich dass es eines der am schlechtesten verstandenen Phänomene des alltäglichen Lebens ist. Die sogenannte Finanzkrise ist nur eine (und bei weitem nicht die einzige) natürliche Konsequenz daraus. Wie wenig das Phänomen Geld verstanden wird, lässt sich schon sehr gut an der Ungenauigkeit der verwendeten Begriffe erkennen. Das, was man im täglichen Sprachgebrauch als Geld bezeichnet, müsste man präzise als Symbole für Verrechnungseinheiten bezeichnen. (Aus dem praktischen Leben kennen wir physische Repräsentationsformen – Bargeld, also gesetzliche Zahlungsmittel, aber auch rein elektronische – Kontostände, die aber keine gesetzlichen Zahlungsmittel sind.) Tatsächlich ist Geld jedoch die soziale Konvention, Forderungen und Verbindlichkeiten in Verrechnungseinheiten auszudrücken. Aus dieser Erkenntnis resultiert, dass Geld und Buchhaltung untrennbar miteinander verbunden sind. Dadurch ergibt sich weiters, dass sich die sogenannte Finanzkrise leicht lösen (und ganz nebenbei noch eine echte Demokratie einführen) lässt, indem man sich an der Wahrheit der nachfolgenden drei Tatsachen orientiert:

1. **Alles, was Geld betrifft, ist nur eine Frage der Buchhaltung.**
2. **Buchhaltung beruht auf Gesetzen.**
3. **Das Recht und damit die Gesetze sollten vom Volk ausgehen und nicht von einer Gruppe selbstermächtigter Bank(st)er.**

Quellen:

Richard A. Werner, Can banks individually create money out of nothing? – The theories and the empirical evidence. International Review of Financial Analysis 36 (2014). Online: <*http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1057521914001070*>

Deutsche Version (freie Übersetzung) online: <*http://www.kreditopferhilfe.net/geld-aus-dem-nichts*>

Michael Schemmann, Open letter to FASB and IASB. Online: <*http://www.iicpa.com/articles/Open%20letter%20accounting%20perversion.pdf*>

Deutsche Fassung (freie Übersetzung) online: <*http://www.kreditopferhilfe.net/schemmann-brief-iasb*>

Michael Köhler, Humes Dilemma – oder: Was ist Geld? „Geldschöpfung" der Banken als Vermögensrechtsverletzung. Grundlagen und Dogmatik des gesamten Strafrechtssystems; Festschrift für Wolfgang Frisch zum 70. Geburtstag. Duncker & Humbolt, Berlin 2013

Online: <*http://www.kreditopferhilfe.net/koehler-geldschoepfung*>

Pan Pawlakudis, Juristische Wertung der privaten Geldschöpfung. Online: <*http://www.spd.de/profil/15711666/blog/juristische-wertung-der-privaten-geldschpfung*>

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:

Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autoren:

Reinhold Mannsberger

ist Geldreform-Aktivist und Vorstandsmitglied des Kreditopfervereins, welcher sich dafür einsetzt, die systemische Schädigung der Gesellschaft durch Banken vor die Gerichte zu bringen.

www.kreditopferhilfe.net

Rudolf Sommer

ist Absolvent der Wirtschaftsuniversität Wien. Seiner politisch unbequemen Master-Arbeit „Grundlegende geldtheoretische Betrachtungen über eine leistungsorientierte und gerechte Geldverfassung" wird die Beurteilung verweigert (Rechtsstreit ist anhängig).

Dieser Text wurde zuerst auf neopresse.com unter der URL ‹http://www.neopresse.com/finanzsystem/geld-aus-dem-nichts-mythos-oder-tatsache/› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=16317›

Eine andere Wahrheit: Die **Geheimverträge** im Ersten Weltkrieg

1917 brachte die Veröffentlichung geheimer Verträge das reibungslose Funktionieren der Kriegsmaschine kurzzeitig ins Stocken. Das war die Geburtsstunde moderner Propaganda aus dem Geist der Reklame.

von Hermann Ploppa

Buchstäblich über Nacht hatten die Bolschewiki im frühen Winter 1917 die Macht erobert. Der Sturm auf das Petrograder Winterpalais ging so rasch vor sich, dass die entmachteten Mitglieder der Kerenski-Regierung viele wichtige, nicht für das gemeine Volk bestimmte Dokumente zurücklassen mussten. Unter diesen Dokumenten fnden sich eine ganze Anzahl von Geheimverträgen, Abmachungen und Korrespondenzen, deren Veröffentlichung für die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Japans, Rumäniens, Italiens und für die früheren russischen Regierungen außerordentlich peinlich war <1>.

Revolutionsführer Leo Trotzki pfeift auf internationale Konventionen. Er veranlasst die ratenweise Veröffentlichung der kitzligen Dokumente in der parteieigenen Zeitung Iswestija, was sich aufgrund der Fülle des Materials über viele Monate erstreckt. Kopien überreicht Trotzki an die internationale Presse und an die Arbeiterparteien der kriegführenden Länder. Auch wenn sich die Übersetzung und Veröffentlichung im westlichen Ausland über Jahre hinzieht, werden die Inhalte der Verträge und Abmachungen per Mundpropaganda in Windeseile in den Rüstungsfabriken und in den verkoteten Schützengräben aller Seiten verbreitet.

Die „Kriegsbegeisterung“ hat in jenen Monaten einen neuen Tiefpunkt bei Fußsoldaten und Rüstungsarbeitern aller Seiten erreicht. Die Veröffentlichung der Geheimverträge schlägt ein wie eine Bombe. Die Leute draußen im Lande fühlen sich arg betrogen. Die Regierungen der Entente-Staaten Großbritannien, Frankreich sowie des zaristischen Russland erklärten immer wieder feierlich, die Achsenmächte Deutschland, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich hätten einen heimtückischen, lange vorher geplanten Angriffskrieg gegen sie angefangen. Die Entente-Staaten setzten sich lediglich gegen diese gemeine Attacke zur Wehr. Wenn der Angreifer unschädlich gemacht sei, würde man den Krieg sofort beenden.

Millionen traumatisierte junge Männer wollten nicht mehr aufeinander schießen.

Nun zeigen jedoch die aufgefundenen Geheimverträge, Abmachungen und Briefwechsel ein deutlich anderes Bild. Munter werden Territorien und Bodenschätze der Achsenmächte als Kriegsbeute verschachert. Staaten, die gar nichts mit dem Kriegsgeschehen zu tun haben, geraten ebenfalls unter den Hammer. Da die Geheimverträge im Zeitraum zwischen 1915 und 1917 abgeschlossen wurden, sagen sie zwar nichts über die Ursachen des Krieges aus. Sie besagen aber eindeutig, dass die Entente-Staaten den Krieg bedenkenlos ausnutzen, um lange gehegte Begehrlichkeiten Wirklichkeit werden zu lassen. Neutrale Staaten werden mit Beuteversprechen in die Entente hereingeholt. Man trifft Vorkehrungen, um ein frühes Ende des Krieges zu verhindern.

Den Anfang macht eine Geheimvereinbarung zwischen Rußland und Großbritannien vom 12. März 1915. Russland wollte schon immer gerne die Meerenge, die das Schwarze Meer mit dem Mittelmeer verbindet, unter seine Kontrolle bekommen. Mit dem Vertrag vom März erkennt Großbritannien die zukünftige Annektion der Dardanellen und Konstantinopels durch Russland an. Dass Konstantinopel die Hauptstadt des Osmanischen Reichs ist, stellt keinen Hinderungsgrund dar. Russland revanchiert sich für das Gentlemen's Agreement. Bereits 1907 hatten Russland und Großbritannien das offiziell souveräne Persien dreigeteilt: in eine russische, eine britische und eine neutrale Zone. Nun akzeptieren die Russen, dass Großbritannien auch die neutrale Zone noch für sich in Anspruch nimmt.

Am 26. April 1915 wird Italien in die Entente geholt, indem Italien großzügig Südtirol, Triest, Istrien, Dalmatien, Teile Albaniens, Teile Anatoliens sowie zwölf kleinasiatische Inseln versprochen werden. Als koloniale Zugabe wird noch Libyen spendiert. Im Frühjahr 1917 verschachert man den asiatischen Teil des Osmanischen Reiches. Großbritannien sichert sich „Südmesopotamien“. Der heutige Irak sowie zwei Häfen in Syrien sollen die Versorgung Großbritanniens mit Erdöl sichern. Frankreich bescheidet sich mit Syrien, ein bisschen Osttürkei sowie West-Kurdistan. Russland soll Nordanatolien bekommen. Damit wäre das gesamte Schwarze Meer plus Mittelmeerzugang unter russischer Kontrolle. Rumänien, bislang in wohlwollender Neutralität den Achsenmächten verbunden, wird herübergeholt mit der schönen Aussicht auf Transsylvanien, Bukowina und dem Banat. Dafür dürfen keine deutschen Transporte von und nach dem Osmanischen Reich durch Rumänien rollen.

Am 3. März 1916 verständigen sich Japan und Russland, andere Länder aus dem chinesischen Wirtschaftsraum herauszuhalten. Ein Telegramm von Sasonow vom 24. März 1916 präzisiert: „Das Thema, die Deutschen aus dem chinesischen Markt zu schmeißen, ist von außerordentlicher Wich-

tigkeit. Aber die Verwirklichung ist unmöglich ohne die Teilnahme Japans." Da Russland wegen der bolschewistischen Revolution als Partner ausfällt, trifft Japan am 2. November 1917 stattdessen mit den USA die selben Vereinbarungen wie zuvor mit dem Zarenreich.

Leo Trotzki

Im Februar 1917 wird zwischen Russland und Frankreich vertraglich festgelegt, was Sasonow bereits im März 1916 im o.g. Telegramm „angedacht" hatte: Dafür, dass Russland den Westmächten bei der Gestaltung der neuen deutschen Westgrenzen freie Hand lässt, kann Russland die deutsche Ostgrenze nach Gusto festlegen. Das bedeutet: Frankreich soll Elsaß-Lothringen erhalten sowie das Saartal. Die deutschen Gebiete links des Rheins werden in einem „neutralen" Staatsgebilde von Frankreichs Gnaden zusammengefasst. Nach Sasonows Plan und mit Frankreichs Duldung würde es möglicherweise keinen neuen Staat Polen zwischen Deutschland und Russland geben. Auch die republikanische Regierung Russlands bestätigte am 1. August 1917 in einer diplomatischen Note diese Verabredungen mit Frankreich.

Die Harmonie wurde gestört durch Friedenssondierungen Deutschlands, aber auch durch vereinzelte Stimmen in Großbritannien. Jedoch ein zu früher Friedensschluss könnte die Ambitionen der Geheimverträge zunichte machen.

Im Vertrag mit Italien vom April 1915 werden deshalb geeignete Vorkehrungen getroffen, um den Papst an der Durchführung von Friedensverhandlungen zu hindern. In jenen Tagen untersteht der Vatikan direkt der italienischen Staatsgewalt. Artikel 15 lautet: „Frankreich, Großbritannien und Russland verpflichten sich zur Unterstützung Italiens, das den Vertretern des Heiligen Stuhls untersagt, irgendwelche diplomatischen Schritte zu unternehmen mit dem Ziel des Abschlusses eines Friedens oder der Regelung von Fragen, die mit dem gegenwärtigen Krieg im Zusammenhang stehen."

Die von Trotzki bloßgestellten Entente-Politiker drucksen herum. Der britische Unterstaatssekretär des Äußeren und Blockademinister <2> Lord Robert Cecil interpretiert den Geheimvertrag über die Aufteilung des Nahen Ostens neu. Damit sei nicht Annektion gemeint, sondern „acquisition". Ob das Ding nun Einverleibung oder „Erwerb" heisst, ist den betroffenen Völkern vermutlich ziemlich gleichgültig. Im ersten Schock weichen die Entente-Politiker sogar vor der diplomatischen Offensive der Bolschewiki zurück. Als die Bolschewiki sich aus Persien zurückziehen, erklären auch die Briten ihren Rückzug. Als die Bolschewiki den Anspruch auf den Isthmus zum Schwarzen Meer aufkündigen, erklärt auch der englische Premier Lloyd George, die Dardanellen sollten unter internationale Aufsicht gelangen.

Unglaublich, aber wahr: Papst Benedikt XV. sollte verhaftet werden, falls er sich für eine Beendigung des Krieges einsetzen würde.

Das größte Problem ist jedoch der absolute Tiefpunkt, den die Kriegsmotivation der Völker erreicht hat. Niemand hatte damit gerechnet, dass der Krieg nach zwei Jahren immer noch nicht entschieden ist. Die Heranschaffung immer neuer Millionen junger Männer an die Fronten vermag nicht, aus dem Stellungskrieg wieder einen Bewegungskrieg zu machen. Der französische General Nivelle scheitert am 16. April 1917 mit einem Durchbruchversuch kläglich. Auch die Chemin-des-Dames-Offensive scheitert. Für 500 Meter Geländegewinn haben 250.000 Menschen ihr Leben gelassen. Das Maß ist voll. Im Juni 1917 meutert die Hälfte aller französischen Frontsoldaten. Spezialeinheiten liquidieren meuternde Bataillone. Das Vertrauen der Fußsoldaten in ihre Führung ist erschüttert. Und auch bei den anderen Kombattantenstaaten sieht es nicht besser aus.

In den USA kann man die entlarvenden Geheimverträge absolut nicht gebrauchen. Gerade eben erst hatte Präsident Woodrow Wilson seine Wiederwahl erreicht durch das hochheilige Versprechen, die USA aus dem Gemetzel in Europa herauszuhalten. Um nach Ablegung seines Amtseids im März sodann am 2. April 1917 den Kongress so wortmächtig zu bearbeiten, dass dieser Deutschland am 6. April den Krieg erklärt. Es gab einen handfesten Grund für Wilsons Wortbruch. Das US-Kapital kämpfte bereits seit 1914 auf Seiten der Entente in Europa mit. Das Bankhaus J.P. Morgan hatte Großbritannien und Frankreich mit gigantischen Geldmitteln ausgestattet. Dafür kauften jene Länder in den USA Rüstungsgüter. Spendabel hatte Großbritannien das amerikanische Geld wiederum an Länder wie Italien, Russland, Rumänien oder Japan unterverliehen.

Und nun war der Punkt erreicht, an dem Großbritannien seinen Überziehungskredit wiederum überzogen hatte. Das räumte der britische Finanzminister Bonar Law am 24. Juli 1917 in einer Rede vergnügt ein: „Tatsächlich, es ist ein offenes Geheimnis, dass wir mit unseren Mitteln so freigiebig umgegangen sind, dass jene Gelder, die uns in den USA zur Verfügung standen, nahezu erschöpft waren, als unser großer Verbündeter (=USA H.P.) in den Kampf eingriff." <3>

JP Morgans Kredite sind an harte Bedingungen gebunden

Längst hatte Großbritannien seine nationale Souveränität zu großen Teilen an die Morgan-Bank abgetreten. Wenn die Briten z.B. keine nationalen Kriegsanleihen auflegen wollten, um die Morgan-Kredite abzusichern, warf Morgan so viel Pfund-Noten auf den Devisenmarkt, dass der Pfund-Kurs abstürzte. Darauf wurden die Rüstungsimporte für Großbritannien teurer.

Die Briten legten Kriegsanleihen auf. Sie mussten amerikanische Rüstungsgüter des Morgan-Konsortiums kaufen, denn niemand sonst gab ihnen diese Güter so einfach auf Pump. 1917 hingen 400 Millionen Dollar an faulen Krediten in der Luft. Man konnte also nicht einfach die Kriegsmaschine von Hundert auf Null herunterfahren:

„Die amerikanische Industrie, die bereits vollständig auf Produktion und Belieferung der Alliierten eingestellt war, sah ihrer Liquidation, ihrem Umbau und sogar dem Ruin ins Gesicht allein schon beim puren Friedensgeflüster …" <4>

Als der Kongress den Achsenmächten den Krieg erklärt, singen

Publiziert auf Free21 am 30.3.2016, 13:30 Uhr, von Hermann Ploppa auf usacontrol.wordpress.com, Lizenz: Hermann Ploppa

dreihundert New Yorker Börsianer die Nationalhymne. Schon beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Deutschland waren die Aktien des Stahlgiganten Bethlehem Steel um 30% hochgeschnellt.

Der gewöhnliche US-Bürger hat allerdings von dem 8.000 Kilometer entfernten Gemetzel nichts zu befürchten und er hat schon gar nichts zu gewinnen durch seine Teilnahme. Also bildet sich eine Woche nach der Kriegserklärung ein Propagandaministerium der USA. Dieses Council on Public Information soll das Volk der USA von Null auf Hundert in Kriegsrage bringen.

Das CPI ist ein Musterbeispiel Öffentlich Privater Partnerschaft: Der Staat gibt den Auftrag, stellt das meiste Geld und entsendet drei Minister in den Vorstand. Konzeption und Ausführung der Kriegspropaganda liegen dagegen in den Händen von Journalisten und Fachmännern aus der Werbebranche. Diese Leute bringen das Weltbild ihres Gewerbes mit. Es geht nicht darum, mit Argumenten zu überzeugen, sondern darum, ein Produkt zu verkaufen. Und das geschieht durch Aktivierung unbewusster Antriebe im Adressaten. Antriebe, von denen der Adressat gar nichts weiß.

Edward Bernays, ein Mastermind des CPI, benennt die Fähigkeiten des Werbemannes:

> „Es ist seine Fähigkeit, die untergründigen Tendenzen des öffentlichen Bewusstseins zu verdichten (crystallizing), bevor sie einen bewussten Ausdruck erhalten haben. Das macht ihn so wertvoll. Die Ansprache an die Instinkte und die universellen Wünsche stellt die grundlegende Methode dar, durch die er (der Werbemann) seine Ergebnisse erzielt.“ <5>

Also: wie bringt man die US-Bürger dazu, vor diesem Krieg Angst zu haben? Antwort: Man muss die Bedrohung im eigenen Land beschwören.

In den USA sind die Deutsch-Amerikaner die größte ethnische Gruppe, gefolgt von den Englisch-Amerikanern. Nunmehr wird eine Beziehung hergestellt zwischen den Kriegsanstrengungen des Deutschen Reiches und den Deutsch-Amerikanern. Letztere sind plötzlich eine Fünfte Kolonne des Kaisers. Aus dem Stand wird eine extreme Hasskampagne gegen die Deutschen entfacht. Und damit einhergehend ein Gefühl der Bedrohung bei den US-Bürgern. Das führt sogar zu Lynchmorden an Deutschen in den USA.

Walter Lippmann

Die Werbeprofis des CPI leisten ganze Arbeit. 75.000 ehrenamtliche Four-Minute-Men halten 750.190 vierminütige Ansprachen auf öffentlichen Plätzen, Kirchen und Kinos, in denen sie zur Wachsamkeit gegen die inneren Feinde in den USA aufrufen und zum Zeichnen von Kriegsanleihen aufrufen. Vierzehntägig gehen Rundbriefe an 6.000 Lehrer. 1.438 verschiedene Bildmotive für Plakate, Postkarten u.ä. werden entworfen. Pimpfe sind in der Yellow-Dog-League organisiert und mobben deutsche Schüler und bellen auf der Straße Leute an, die keine Kriegsanleihen gezeichnet haben. Die American Protective League und der Ku Klux Klan beobachten und verdreschen Leute, die der Spionage für Deutschland verdächtig sind.

Nun hat man im Winter 1917/18 Soldaten in den USA rekrutiert und die Arbeiter so weit eingeschüchtert, dass sie in den Rüstungsbetrieben widerstandslos im Akkord schuften. Und dann passiert der Super-GAU mit der Enthüllung der Geheimverträge. Diese Enthüllung wird begleitet von einer Waffenpause an der russisch-deutschen Front. Ihr folgen Friedensverhandlungen zwischen Russland und Deutschland in Brest-Litowsk. Trotzki agiert auch hier erfrischend „unprofessionell“, indem er die Verhandlungen für öffentlich erklärt und die Westmächte einlädt, ebenfalls herzukommen und über Frieden zu verhandeln.

Der unendlich kluge Walter Lippmann, der spätere Chefideologe des Council on Foreign Relations, hat die Faszination der Feuerpause und der Verhandlungen von Brest-Litowsk eingefangen: „In Brest-Litowsk wurde der Traum aller einfachen Leute wahr; es war also möglich zu verhandeln. Es gab andere Möglichkeiten, das Martyrium zu beenden, als mit seinen Feinden ums Überleben zu ringen. Scheu, aber mit angespannter Aufmerksamkeit, wandten die Menschen ihren Blick nach Osten. Warum denn eigentlich nicht, fragten sie sich. Wozu ist denn das Ganze gut? … Die früheren Symbole des Krieges waren abgedroschen und hatten ihre einigende Kraft eingebüßt. Unter der Oberfläche war eine tiefe Kluft aufgerissen in jedem alliierten Land … Die ganze alliierte Sache war in die Defensive gedrängt durch die Weigerung, an den Verhandlungen in Brest-Litowsk teilzunehmen.“ <6>

Sozialistische, kommunistische und anarchistische Gruppen schießen in den USA wie Pilze aus dem Boden. Gegen diese Ausbrüche von Eigenwilligkeit des Volkes geht die Wilson-Regierung mit äußerster Brutalität vor. Tausende von Linken werden deportiert oder in Lagern gepeinigt. Der aufgehetzte Mob lyncht Führer der Gewerkschaft IWW oder steckt deren Büros in Brand. Mit der millionenfachen Verbreitung der „Protokolle der Weisen von Zion“ in den USA kommt zum Deutschenhass der Judenhass hinzu.

Mit Einschüchterung allein aber kann der Sieg weder zuhause noch in Übersee gewonnen werden. Man muss den Bolschewiki die Trophäe

Free21

Das Abo 2016:

Erscheinung alle 2 Monate.

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe.

10,-/Ausgabe.

free21abo.de

„Man kann mehr erreichen, wenn man nicht in der Öffentlichkeit arbeitet." (Beate Lindemann, langjährige Geschäftsführerin der Atlantik-Brücke in Berliner Zeitung 16.1.2003) – Hermann Ploppa zeigt in diesem Buch die diskreten, feinmaschigen Netzwerke oder auch Seilschaften wie Bilderberger oder Atlantikbrücke, die in aller Stille Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft durchdrungen haben. Neoliberale Schockstrategen und US-Lobbygruppen arbeiten seit Jahrzehnten in einem Generationen übergreifenden Projekt an der Enteignung und Entmündigung der Bürger.

Kommentar Tommy: *„Die Macher hinter den Kulissen" beleuchtet, wie die transatlantischen Netzwerke in der Tat die Demokratie unterwandert haben. Dieses gut recherchierte Buch gehört in jedes Regal."*

Die Macher hinter den Kulissen.

Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern.
von Hermann Ploppa

Broschiert: 200 Seiten
Verlag: Nomen Verlag;
Auflage: **5. (14. August** 2015)
Sprache: Deutsch
ISBN-10: 3939816221
ISBN-13: 978-3939816225
Größe: 13,4 **x 2** x 21,1 cm

der Meinungsführerschaft wieder abknöpfen. Denn, das haben die Alliierten im Gegensatz zur deutschen Regierung begriffen: ein Krieg besteht aus drei vollkommen gleichwertigen Armen. Erstens: der Niederringung durch Waffen und Munition. Zweitens: der Abschnürung der wirtschaftlichen Hauptschlagader des Feindes. Und Drittens, genau so wichtig: dem Krieg an der Propagandafront.

Und der wichtigste, intelligenteste Krieger an der Propagandafront war Walter Lippmann. Er sagt: Wenn man Leute unter einen Hut bringen will, die von ihren Grundpositionen her nicht zusammenzubringen sind, dann darf man nicht rational-logisch arbeiten. Man muss einen Begriff nehmen, der möglichst inhaltsleer ist, und unter dem sich jeder was anderes vorstellen kann.

Walter Lippmann ist einer der Verfasser von Wilsons berühmten 14 Punkten, die als Gegenoffensive gegen Brest-Litowsk gedacht waren: „Sie (die 14 Punkte) sollten, kurz gesagt, alliierte Einheit sichern und befestigen für den Fall, dass der Krieg weiterging." <7>

Und der Krieg musste weitergeführt werden. Sonst wäre die überhitzte US-amerikanische Kriegswirtschaft zusammengebrochen.

Das Team um Lippmann hatte in einer erstaunlichen Kraftanstrengung jenes politische Programm zusammengezimmert, das Präsident Wilson am 8. Januar 1918 dem Kongress der USA vorlegte. Damit ist Wilson als tapferer, gleichwohl tragischer Streiter für eine bessere Welt in die Geschichte eingegangen. Man sieht indes Wilsons Forderungen an, dass sie einen Negativabguss der Geheimverträge darstellen. Weiterhin sind sie eine propagandistische Reaktion auf das Zimmerwalder Manifest von 1915. Im schweizerischen Dörfchen Zimmerwald hatten sich Delegierte sozialistischer Parteien verschiedener Länder getroffen. Ihre wichtigste Forderung ist die Selbstbestimmung der Völker.

Tatsächlich sind Wilsons 14 Punkte eine lustige Mischung aus hohlen Versprechungen und geschickt eingeschmuggelten Regelungen, die sich mit Regelungen der Geheimverträge deckten.

Da fordert Wilson alias Lippmann das Ende aller Geheimdiplomatie. So etwas kann Wilson unmöglich anders als propagandistisch gemeint haben.

Die Bildung neuer Nationen wird angekündigt. Es handelt sich exakt um jene Staaten, die aus der Auflösung Österreich-Ungarns hervorgehen.

Selbstbestimmung gilt nicht für Völker im ehemaligen russischen Reich. Denn die US-Regierung baut noch bis 1922 auf die Wiedereinsetzung eines konservativen russischen Regimes von US-Gnaden. Kolonien sollen sich die Großmächte nicht gegenseitig wegschnappen. Von einer Selbstbestimmung der Kolonialvölker ist keine Rede. Freier Handel ist wohlfeil, denn jeder kann sich was anderes darunter vorstellen.

Lippmann, listig, über den Gummi-Charakter der 14 Punkte: „Denn die Phrase, die immer inhaltsleerer wird, ist nunmehr in der Lage, fast nichts zu bedeuten. Dann wird sie bald fähig, beinahe alles zu bedeuten. Mr. Wilsons Phrasen wurden in unendlich unterschiedlichen Weisen in jedem Winkel der Welt aufgefasst." <8>

Der Krieg konnte weitergehen.

Dank Wilsons 14 Punkten: „Sie standen für entgegengesetzte Ideen, aber sie riefen eine gemeinsame Empfindung wach. Und in diesem Sinne spielten sie eine Rolle, die westlichen Völker für jene verzweifelten zehn Monate des Krieges zu gewinnen, die sie immer noch zu erdulden hatten." <9>

Dieser Text wurde zuerst am März 14, 2016 auf usacontrol.wordpress.com unter der URL ‹https://usacontrol.wordpress.com/2016/03/15/die-geheimvertraege-aus-dem-ersten-weltkrieg-im-wortlaut/› veröffentlicht (Lizenz: Hermann Ploppa)

Quellen:

[1] Die Texte der Geheimverträge in englischer Sprache sind nachlesbar unter: *<http://www.gwpda.org/comment/secrettreaties.html>*

[2] Die britische Marine hatte den gesamten Transport der deutschen Handelsmarine blockiert. Auch dafür musste es einen Minister geben. Die britische Seeblockade kostete auf deutscher Seite 750.000 Menschen das Leben, durch Hunger oder Mangelernährung. Noch durch Generationen sprach man mit Schaudern vom schrecklichen „Steckrübenwinter" 1917/18.

[3] zitiert nach Harold D. Lasswell: „Propaganda Technique in the World War". Chicago 1927, S. 78.

[4] ebda., S.79

[5] Edward Bernays: „Crystallizing Public Opinion". New York 1923, S.173.

[6] Walter Lippmann: „Public Opinion". New York 1921.

[7] [8] [9] ebd.

Weitere Informationen in Hermann Ploppa: Hitlers amerikanische Lehrer, S. 42 bis 114"the-clich.html›

Autor:

Hermann Ploppa

Hermann Ploppa ist Politologe und Publizist. 2014 erreichte Ploppa eine größere Öffentlichkeit mit seinem Buch „Die Macher hinter den Kulissen – Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern." Er hat zahlreiche Artikel über die Eliten der USA veröffentlicht, u.a. über den einflussreichen Council on Foreign Relations. Daneben produzierte Ploppa Features über Sri Lanka und Burma für den Deutschlandfunk.

‹http://www.free21.org/?p=21660›

Publiziert auf Free21 am 30.3.2016, 13:30 Uhr, von Hermann Ploppa auf usacontrol.wordpress.com, Lizenz: Hermann Ploppa

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Print-Abonnent erhält in 2016 je Magazin-Ausgabe zehn gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite unserer kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Print-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Print-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2016: 15.2.16/15.4.16/15.6.16/15.8.16/15.10.16/15.12.16

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2016 gedruckt. Die Bezugs- und Druckgebühren werden 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Print-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Print-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Neulich im Drohnencamp

Das Free21-Prinzip:

Die Geschenkidee: Ein Free21-Abo

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Free21 publiziert in verschiedenen Sprachen. Für alle Sprachversionen werden druckfähige PDF-Artikel layoutet. Dabei brauchen wir Eure Unterstützung.

Wir freuen uns über engagierte

Layouter/innen

mit Adobe Indesign ab Vers. CS4

Unsere Vision ist ein weltweites ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen.

Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestaltet, können wir einiges bewegen!

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: team@free21.org